# Landtag von Baden-Württemberg

**63. Sitzung** **14. Wahlperiode**

Stuttgart, Donnerstag, 19. März 2009 • Haus des Landtags

Beginn: 9:31 Uhr | Mittagspause: 12:20 bis 13:30 Uhr | Schluss: 16:49 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . . 4455

1. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – **Aufnahmevoraussetzungen für Bewerberinnen und Bewerber an beruflichen Gymnasien verbessern** – Drucksache 14/2617

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – **Übergangsquoten auf berufliche Gymnasien** – Drucksache 14/4068 . . . . . 4455

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE . . . . . 4455, 4463
Abg. Gunter Kaufmann SPD . . . . . 4457
Abg. Andrea Krueger CDU . . . . . 4458
Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP . . . . . 4459
Minister Helmut Rau . . . . . 4460
Abg. Dr. Frank Mentrup SPD . . . . . 4463

Beschluss . . . . . 4465

2. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Wegerechtsgesetz zur Realisierung der geplanten Ethylen-Pipeline in Baden-Württemberg** – Drucksache 14/3701 . . . . . 4465

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD . . . . . 4465, 4471
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU . . . . . 4466
Abg. Franz Untersteller GRÜNE . . . . . 4467
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . . 4469
Minister Ernst Pfister . . . . . 4470

Beschluss . . . . . 4472

3. a) Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009** – Drucksache 14/4200

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/4202

b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes** – Drucksache 14/4201

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/4203

c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Finanzministeriums – **Mittelfristige Finanzplanung ohne Deckungslücken** – Drucksache 14/2656

d) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Finanzministeriums – **Für die Kapitalaufstockung bei der Landesbank Baden-Württemberg die Bundeshilfen nutzen** – Drucksache 14/3772 . . . . . 4472

Abg. Klaus Herrmann CDU . . . . . 4472, 4486
Abg. Dr. Nils Schmid SPD . . . . . 4474, 4485
Abg. Eugen Schlachter GRÜNE . . . . . 4477
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . . 4479
Minister Willi Stächele . . . . . 4483

Beschluss . . . . . 4486

4. **Fragestunde** – Drucksache 14/4183

4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Christoph Bayer SPD – **Die Zukunft der Jugendarrestanstalt Müllheim als wichtiges Element des baden-württembergischen Strafvollzugs** . . . . . 4487

Abg. Christoph Bayer SPD. . . . . 4488
Minister Dr. Ulrich Goll . . . . . 4488

4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – **Kriminalstatistik 2008 der Polizeidirektion Freiburg** . . . . . 4488

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD . . . . 4488, 4489, 4490
Staatssekretär Rudolf Köberle . . . . 4488, 4489, 4490
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . . 4490

4.3 Mündliche Anfrage der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – **Zukunft der Arbeitsverwaltung**. . . . 4491

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . . 4491
Staatssekretär Dieter Hillebrand. . . . . 4491, 4492
Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE . . . . . 4491
Abg. Rudolf Hausmann SPD . . . . . 4492

5. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Finanzministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 3. März 2009 – **Vertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Familie von Baden über den Kauf der Schlossanlage Salem und weiterer Kunstgegenstände sowie zur Bereinigung aller streitigen Fragen über die badischen Kunstschätze** – Drucksachen 14/4107, 14/4129

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – **Die Zähringer Stiftung und ihre Rolle bei den eigentumsrechtlichen Streitfragen um die badischen Kulturgüter** – Drucksache 14/2202 (geänderte Fassung)

c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – **Salem und die badischen Kulturgüter aus der veränderten Perspektive nach der Veröffentlichung des Gutachtens der Expertenkommission** – Drucksache 14/2209

d) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – **Die Sicherung von Salem im Spannungsfeld zwischen öffentlichem Interesse und den „Eckpunkten des Verhandlungsergebnisses“ der Landesregierung mit dem Haus Baden** – Drucksache 14/3533

e) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Finanzministeriums – **Bewirtschaftung der Schlossanlage Salem** – Drucksache 14/3538

f) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – **Die Gesamtanlage Salem und ihre Zukunft im Eigentums des Landes** – Drucksache 14/3737 . . . . . 4492

Abg. Dr. Klaus Schüle CDU . . . . . 4493
Abg. Dr. Nils Schmid SPD. . . . . 4495
Abg. Jürgen Walter GRÜNE . . . . . 4497
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . . 4501
Minister Willi Stächele. . . . . 4503, 4504
Abg. Dr. Nils Schmid SPD (Kurzintervention) . . . 4504
Minister Dr. Peter Frankenberg . . . . . 4506

Beschluss . . . . . 4508

6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Verbrauchernahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs in Baden-Württemberg (Nahversorgung)** – Drucksache 14/2159 . . . . . 4508

Abg. Birgit Kipfer SPD . . . . . 4508, 4515
Abg. Veronika Netzhammer CDU . . . . . 4510
Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE . . . . . 4511
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . . 4512
Minister Ernst Pfister . . . . . 4513

Beschluss . . . . . 4516

7. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – **Rücknahme der Regionalisierungsmittelkürzungen durch im Lokführerstreik eingesparte Bestellerentgelte** – Drucksache 14/2191. . . . . 4516

Abg. Hans-Martin Haller SPD. . . . . 4516
Abg. Winfried Scheuermann CDU . . . . . 4517
Abg. Franz Untersteller GRÜNE. . . . . 4518
Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP . . . . . 4519
Staatssekretär Rudolf Köberle . . . . . 4520

Beschluss . . . . . 4522

8. Antrag der Fraktion der SPD – **Überprüfung von Datenabgleichen durch den Landesdatenschutzbeauftragten** – Drucksache 14/4011 . . . . . 4522

Beschluss . . . . . 4522

9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 17. November 2008 – **Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks 2006 durch die Rechnungshöfe der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz** – Drucksachen 14/3570, 14/4171. . . . . 4522

Beschluss . . . . . 4522

10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Dezember 2008 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Kinder- und Jugendmedienschutz im Bereich der Bildschirmmedien (Internet, Videospiele, Fernsehen, Handys)** – Drucksachen 14/3732, 14/4173 . . . . . 4523

Beschluss . . . . . 4523

11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 15. Dezember 2008 – **Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrages über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe** – Drucksachen 14/3798, 14/4174. . . . . 4523

Beschluss . . . . . 4523

12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 8. Dezember 2008, Az.: 1 BvR 2544/08 – **Verfassungsbeschwerde gegen die in das Bayerische Polizeiaufgabengesetz und das Bayerische Verfassungsschutzgesetz neu aufgenommenen Online-Durchsuchungsbefugnisse** – Drucksache 14/4175. . . . . 4523

Beschluss . . . . . 4523

13. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 2. Dezember 2008 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2006 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Nr. 8) – Erhöhungsanträge bei Infrastrukturmaßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs** – Drucksachen 14/3712, 14/4130 . . . . . 4523

Beschluss . . . . . 4523

14. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 16. Dezember 2008 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2005 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 (Nr. 7) – Elektronische Zeiterfassung bei der Landespolizei** – Drucksachen 14/3782, 14/4131. . . . . 4523

Beschluss . . . . . 4523

15. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Dezember 2008 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 (Nr. 10) – Datenverarbeitung der Polizei** – Drucksachen 14/3738, 14/4133 . . . . . 4523

Beschluss . . . . . 4523

16. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. Dezember 2008 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 (Nr. 16) – Ausgaben im Zusammenhang mit Aufenthalt und Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer** – Drucksachen 14/3741, 14/4134 . . . . . 4523

Beschluss . . . . . 4523

17. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. Dezember 2008 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 (Nr. 20) – Betätigungsprüfung bei einem Medienunternehmen** – Drucksachen 14/3742, 14/4135 . . . . . 4523

Beschluss . . . . . 4523

18. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 8. Dezember 2008 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 6. Oktober 2006 zur Struktur der Grundbuchämter und Einführung des Elektronischen Grundbuchs in Baden-Württemberg** – Drucksachen 14/3767, 14/4136 . . . . . 4523

Beschluss . . . . . 4524

19. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. Dezember 2008 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens in Deutschland – Folgerungen für Baden-Württemberg – und Denkschrift 2002 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2000 (Nr. 13) – Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf des Statistischen Landesamts** – Drucksachen 14/3739, 14/4137. . . . . 4524

Beschluss . . . . . 4524

20. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 3. Dezember 2008 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien** – Drucksachen 14/3735, 14/4138 . . . . . 4524

Beschluss . . . . . 4524

21. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Dezember 2008 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2005 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 (Nr. 21) – Bürgschaften zur Förderung der Wirtschaft** – Drucksachen 14/3721, 14/4139 . . . . . 4524

Beschluss . . . . . 4524

22. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport zu der Mitteilung der Landesregierung vom 2. Dezember 2008 – **8. Bericht der „Interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen“** – Drucksachen 14/3613, 14/4123. . . . . 4524

Beschluss . . . . . 4524

23. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/4097, 14/4098, 14/4099, 14/4100, 14/4101, 14/4102, 14/4103, 14/4104 . . . 4524

Beschluss . . . . . 4524

24. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten sowie zu Eingaben – Drucksache 14/4089. . . . . 4524

Beschluss . . . . . 4524

Nächste Sitzung . . . . . 4524

# Protokoll

**über die 63. Sitzung vom 19. März 2009**

**Beginn: 9:31 Uhr**

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 63. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg. Ich bitte Sie alle, Platz zu nehmen.

*

Krank gemeldet sind Abg. Christoph Palm, Abg. Klaus Dieter Reichardt und Abg. Hans-Ulrich Sckerl.

Aus dienstlichen Gründen haben sich Minister Dr. Wolfgang Reinhart, Staatssekretär Gundolf Fleischer und Staatssekretär Georg Wacker – 15:00 bis 16:00 Uhr – entschuldigt.

*

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Aufnahmevoraussetzungen für Bewerberinnen und Bewerber an beruflichen Gymnasien verbessern – Drucksache 14/2617**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Übergangsquoten auf berufliche Gymnasien – Drucksache 14/4068**

Dazu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/4206, und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/4218, mit auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b je fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Kaufmann das Wort erteilen.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Bin ich der Erste? – Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

– Entschuldigung! Ich hatte Sie gar nicht im Blick, Herr Kollege Lehmann.

(Heiterkeit)

Ich hatte nur nach links geschaut.

Ich darf für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Lehmann das Wort erteilen.

**Abg. Siegfried Lehmann** GRÜNE: Einen schönen guten Morgen, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Heiterkeit – Zurufe, u. a. Abg. Norbert Zeller SPD: Wenn schon, dann „Präsident“!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das war Ihre Replik, danke.

(Heiterkeit)

**Abg. Siegfried Lehmann** GRÜNE: Manchmal ist es besser, wenn man auch einmal in die Mitte und nicht nur nach links schaut.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Da haben Sie recht! Weiter so! – Abg. Peter Hofelich SPD: Das hätte ich jetzt nicht gesagt! – Unruhe)

Da gibt es manchmal auch etwas zu sehen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Die Mitte ist hier, Herr Kollege!)

– Gut. Darüber können wir uns einmal streiten.

Zur Sache: Wir hatten unseren Antrag zur Situation an den beruflichen Gymnasien im letzten Jahr eingebracht. Diese Situation ist landauf, landab von denen, die sich in den Landkreisen bewegen, in den letzten Jahren durchaus auch kritisch bewertet worden. Wir haben einen sehr starken Zulauf von jungen Menschen mit mittlerer Reife, von Berufsfachschülern und Wechslern von Gymnasien, die gern auf ein berufliches Gymnasium gehen würden. Ich sage vorab, Herr Minister: Die beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg sind ein Kleinod. Da hat sich etwas entwickelt, das sich wirklich auch – –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU)

– Ich sage das vorweg, denn ich denke, die ganze Debatte, die wir hier führen, sollte man immer vor dem Hintergrund führen, dass man auch sagt, dass man da etwas Gutes hat.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: „Etwas Gutes“! Das wird immer besser!)

Aber wir sind natürlich nicht zufrieden – das ist klar –, wenn das Gute, das wir haben, nicht entsprechend ausgereizt wird, wenn man hier nicht die erforderlichen Möglichkeiten für die jungen Menschen schafft. Auch Sie sagen ja immer: „Kein Abschluss ohne Anschluss.“ Das ist eine richtige Losung. Die-

*(Siegfried Lehmann)*

se Losung unterstreiche ich völlig. Aber dann muss man das natürlich auch mit Leben füllen. Man muss den jungen Menschen auch die Chance geben, das wirklich wahrnehmen zu können.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Herr Minister, wir waren im letzten Jahr doch sehr überrascht davon, dass Sie auf unsere Frage, wie eigentlich die reale Situation bei der Aufnahme an den beruflichen Gymnasien aussieht – wie viele Bewerber werden da abgewiesen, welcher Notenschnitt ist erforderlich, gibt es Wartelisten usw.? –, keine Antwort geben konnten. Und dies in einer Situation, in der wir auch gewusst haben, dass es im kommenden Schuljahr aufgrund des doppelten Mittlere-Reife-Jahrgangs aus G 8 und G 9 einen zusätzlichen Andrang geben wird.

Sie haben damals geschrieben:

> *Die Standorte, an denen ein Auswahlverfahren durchgeführt wurde, und der jeweilige für die Aufnahme an den einzelnen beruflichen Gymnasien erforderliche Notendurchschnitt werden in der amtlichen Schulstatistik nicht erfasst.*

Ich muss Ihnen sagen: Das kann ja so sein. Ich denke, das war in den vergangenen Jahren wahrscheinlich so. Man hat darauf nicht geachtet. Aber spätestens seit dem letzten Jahr hätte das Kultusministerium bei dem doppelten Jahrgang sagen müssen: Wir machen eine saubere Analyse: Wie ist die Situation? Wie ist der Bedarf vor Ort?

Wir haben im September zum Schuljahrsbeginn eine Umfrage gemacht. Herr Minister, es hat sich genau das bestätigt, was in den Landkreisen die Leute, die sich mit diesem Thema beschäftigen, auch schon wahrgenommen haben. Das ist auch landesweit so. Wir hatten bei unserer Umfrage eine Rücklaufquote von 46 %. Da kann man sagen: Die Aussagen sind belastbar, sind sicher repräsentativ. Es gibt heute Umfragen, die mit einer geringeren Stichprobe gemacht werden. Wir haben festgestellt, dass 42 % der beruflichen Gymnasien einen zusätzlichen Bedarf haben, den sie über unsere Anfrage angemeldet haben, und 71 % der beruflichen Gymnasien eine Warteliste geführt haben.

Sie weisen ja immer darauf hin, dass alle, die auf einer Warteliste geführt werden, irgendwann einmal unterkommen und es ja eigentlich keinen gibt, der letztlich unversorgt bleibt. Aber man muss sich das wirklich einmal zu Gemüte führen: Im Durchschnitt sind auf diesen Wartelisten 41,5 % junge Bewerber pro Schule, die nicht zum Zuge gekommen sind. Die Spitze lag sogar bei 239 Bewerbern an einer Schule, die unversorgt blieben.

Jetzt kann man fragen: Wo bleiben die? Das wissen wir auch. Einzelne Schulen haben geschrieben: Wir haben die zwar nicht in beruflichen Gymnasien versorgen können, aber wir haben ihnen ein Angebot gemacht, auf die Berufskollegs zu gehen. Ich weiß selbst aus meiner Fachpraxis heraus: Viele gehen dann nachher als zweite Wahl auf das Berufskolleg und machen da ihren Abschluss.

Ich kann nicht verstehen, Herr Minister, warum man – wir haben ja Ressourcenknappheit an den beruflichen Schulen; auch das ist bekannt – junge Menschen eben nicht entsprechend ihrem Wunsch in die beruflichen Gymnasien lässt, sondern in die Berufskollegs lenkt.

(Beifall bei den Grünen)

Man könnte einen Teil des Mangels dadurch beheben, dass man einfach Ressourcen von den Berufskollegs auf die beruflichen Gymnasien verlagert. Ich denke, das muss man systematisch machen, man muss das angehen. Man muss aber natürlich auch die Zahlen kennen. Deswegen meine Bitte, dass Sie dieses Thema gründlicher und substanzieller angehen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sehr gut!)

Der Berufsschullehrerverband hat gesagt: Aufgrund des doppelten Jahrgangs und des schon bestehenden Mangels fehlen in Baden-Württemberg ca. 90 Klassen. Wir haben bei unserer Umfrage diese Zahl aufgrund der Situation der vergangenen Jahre bestätigt bekommen; der doppelte Jahrgang war da noch gar nicht eingerechnet. Ich möchte auch keine Kaffeesatzleserei machen, wie viele Klassen nun wirklich aufgrund der Wechselmöglichkeiten von G 8 zu G 9 zusätzlich benötigt werden. Darüber wird man trefflich streiten können. Aber das Grundproblem, Herr Minister, ist doch, dass wir hier einen Mangel haben, der schon seit Jahren besteht.

Wozu führt das? Der für die Aufnahme erforderliche Notendurchschnitt in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch oder einer anderen Fremdsprache, der in der Verordnung mit 3,0 festgesetzt wird, wird durch die neue Situation natürlich nicht mehr gehalten werden können. Jungen Menschen, die die mittlere Reife gemacht haben und jetzt im Anschluss an einem beruflichen Gymnasium die Hochschulreife erwerben wollen, wird also gesagt: „In der Verordnung steht 3,0, aber das reicht nicht.“ Wir haben herausgefunden, dass bei 42 % der beruflichen Gymnasien die Jugendlichen einen Schnitt von 2,6 und besser benötigen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das ist ein NC!)

Das muss man sich wirklich einmal überlegen.

Ich muss Ihnen sagen: Ich halte die Strategie, 30 Klassen über das Land zu streuen, um etwas abzufedern, für eindeutig zu wenig. Wir müssen den jungen Menschen, die eine vernünftige mittlere Reife gemacht haben, auch die Perspektive geben, dass für sie der Slogan „Kein Abschluss ohne Anschluss“ Wirklichkeit wird. Ich glaube, es ist eine große Enttäuschung für junge Menschen, wenn sie nach ihrem ersten Schulabschluss sehen, dass das, was auf dem Papier steht, mit dem, was tatsächlich als Aufnahmevoraussetzung besteht, nicht übereinstimmt, dass ihr Wunsch nicht Realität werden kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Da brauchen wir dringend eine Veränderung.

Auf der Grundlage der Ergebnisse unserer Umfrage haben wir nochmals einen Änderungsantrag eingebracht und gefordert, die Kapazitäten der beruflichen Gymnasien über das Land verteilt um 90 Klassen auszuweiten. Wir brauchen keine Mangelverteilung, sondern eine vernünftige Orientierung und die Aussage, dass jeder, der möchte und der auch den entspre-

chenden Notendurchschnitt hat, eine Ausbildung an einem beruflichen Gymnasium durchlaufen kann. Über Facharbeitermangel oder Mangel an Ingenieuren brauchen wir nicht zu reden, wenn wir nicht bereit sind, die Ressourcen in den entsprechenden Bereichen zur Verfügung zu stellen. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

So weit meine Ausführungen in der ersten Runde.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kaufmann das Wort.

**Abg. Gunter Kaufmann** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorhin wurde schon betont, welche wichtigen Aufgaben die beruflichen Gymnasien im Land wahrnehmen. Sie schöpfen einen Teil der Begabungsreserven aus, und sie tragen zur Chancengleichheit und zur Chancengerechtigkeit im Bildungssystem bei. Das bleibt nach wie vor festzuhalten. Damit sind sie die Schulen des sozialen Aufstiegs.

Wenn wir auf die Abiturientenquote schauen, sehen wir, dass ein Drittel der Abiturienten in Baden-Württemberg aus den beruflichen Gymnasien kommen. Würden wir diesen Anteil herausrechnen und uns allein auf die allgemeinbildenden Gymnasien stützen, wäre die Abiturientenquote in Baden-Württemberg ebenso wie die in Bayern die schlechteste in der ganzen Republik.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Ursula Lazarus: Wäre!)

Allerdings bekommen die beruflichen Gymnasien von der Landesregierung nicht die Unterstützung, die notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Nach wie vor fehlen diesen Schulen die notwendigen Ressourcen, um ihrem Auftrag vollumfänglich gerecht werden zu können. Dazu gehört die Feststellung, dass es immer noch Unterrichtsausfall gibt, dazu gehört die Feststellung, dass wir noch immer keine ausreichenden Lehrerzuweisungen haben, und dazu gehört die Feststellung, dass auf den beruflichen Gymnasien nach wie vor ein Deckel liegt, der es ihnen nicht erlaubt, nachfragegerecht auf die Bewerberzahlen zu reagieren.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, eine Unterfinanzierung des Bildungssystems kann ähnlich dramatische Auswirkungen haben wie das Wegbrechen von Wirtschaftszweigen. Gute Bildung ist so systemrelevant wie die Banken.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Dessen sollten sich alle bewusst sein. Denn wer Bildungschancen einschränkt, sieht auch dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel tatenlos zu. Sie kennen die Prognosen für den Ausbildungsmarkt. Ausbildungsplätze im dualen System korrelieren sehr stark mit der Wirtschaftsentwicklung. Daher steht zu befürchten, dass es in diesem Bereich zu einem Rückgang kommt, den wiederum die beruflichen Schulen und auch die beruflichen Gymnasien auffangen müssen. Deswegen ist es notwendig, hier die entsprechenden Klassenzahlen zuzulassen und allen Berechtigten die Chance zu geben, diesen Bildungsweg zu gehen. Dazu gehört, die notwendigen Lehrkräfte, die notwendigen Unterrichtsstunden und die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Was wir beklagen, ist nach wie vor der harte Numerus clausus, der bei den beruflichen Gymnasien seit Jahren besteht. Die Landesregierung hat sich ja geweigert, auf die Fragen in unserem Antrag entsprechende Antworten zu geben und mitzuteilen, um wie viele Schüler es in diesen einzelnen Jahren geht, wie viele Schüler abgewiesen wurden und wie der tatsächliche Notendurchschnitt sein musste, um auf ein berufliches Gymnasium zu kommen.

Die Landesregierung erschwert es lernwilligen Schülerinnen und Schülern, die Hochschulreife zu erlangen, wenn durch einen solchen Numerus clausus solche Beschränkungen bestehen.

Woran liegt das? Zum einen können wir feststellen, dass in den beruflichen Gymnasien und in den beruflichen Schulen die durch Pensionierungen ausscheidenden Jahrgänge nicht voll ersetzt werden, Herr Minister. In dem Bereich, den ich überschaue, dem Bereich Nordbaden, sieht es so aus, dass von drei ausscheidenden Berufsschullehrern nur zwei ersetzt werden. Man muss ja abziehen, was für zusätzliche Poolklassen zur Verfügung steht und was für die zusätzliche Erzieherinnenausbildung benötigt wird. Dann haben wir eben für die in Pension gehenden Lehrkräfte keinen entsprechenden Ersatz. Wir bedauern das ausdrücklich.

Dafür tragen allein Sie die Verantwortung. Denn in den Haushaltsberatungen haben wir ausdrücklich gefordert, mehr Lehrerstellen in den Haushalt einzustellen. Diesen Antrag haben Sie abgelehnt. Jetzt tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Problem ist, dass die Verteilung der Lehrerstellen im Land nicht ganz gerecht ist. Das ist zum Nachteil der Region Nordbaden. Wir haben in Nordbaden wesentlich mehr Vollzeitschulen mit kompensatorischem Charakter. Wenn die Zuteilung der Lehrkräfte nach der Zahl der Köpfe geht, dann haben diejenigen einen Vorteil, die in verstärktem Umfang Teilzeitunterricht anbieten, während die, die quasi diejenigen in der Warteschleife aufsaugen, die ein Übergangssystem zur Verfügung stellen, die eine Kompensation betreiben, die Benachteiligten sind. Deshalb liegt das strukturelle Defizit allein im Bereich Karlsruhe bei über 6 %. Das ist ein Tatbestand, den man so nicht akzeptieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Um ein kleines Schlaglicht auf die aktuelle Situation zu werfen – wir brauchen uns nicht darüber zu streiten, wie viel aus

den einzelnen Schulbereichen G 8 und G 9 kommen –: Es ist einfach so, dass die Kapazität nicht ausreicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Hinten und vorne nicht!)

Im Landkreis Rastatt bewerben sich auf die fünf beruflichen Gymnasien über 600 Schüler. Die Kapazität ist so bemessen, dass ein Viertel abgewiesen werden müssen. Das ist ein äußerst unbefriedigender Zustand, und den gilt es zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD)

Kein Wunder, dass wir daher einen entsprechenden Zulauf zu den privaten beruflichen Gymnasien mit exorbitanten Steigerungsraten haben. Es kann aber nicht sein, dass die öffentliche Hand, dass die Verantwortlichen die Schüler darauf verweisen müssen, sie sollten auf eine private Schule gehen – dort kostet es Geld –, weil die Landesregierung nicht in der Lage ist, die Kapazitäten entsprechend auszubauen.

Unser vorliegender Antrag wurde, wie schon gesagt, nicht ausreichend beantwortet. Es geht insbesondere um die Fragen nach dem Notendurchschnitt, nach der Anzahl der Abweisungen und nach der Entwicklung in den letzten Jahren. Deswegen meinen wir – die Stellungnahme ist erst gestern eingetroffen –, dass wir dieses Thema im Ausschuss noch einmal diskutieren sollten. Unser Antrag sollte daher zur weiteren Beratung an den Schulausschuss überwiesen werden.

Was die heutige Diskussion betrifft, so bleibt unsere Forderung nach zusätzlichen Stellen. Insofern können wir den vorliegenden Antrag der Fraktion GRÜNE unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der CDU erteile ich Frau Abg. Krueger das Wort.

**Abg. Andrea Krueger** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Jetzt könnte man einmal den Änderungsantrag erläutern!)

Lieber Herr Kollege Lehmann, ich muss zugeben, Sie haben mich heute Morgen tatsächlich überrascht. Eigentlich hatte ich angesichts Ihrer Antragsbegründung damit gerechnet, dass Sie Ihr Dauerlamento, Ihre Dauerkritik am G 8 und am gegliederten Schulsystem insgesamt wieder aufleben lassen. Aber, wie gesagt, ich staune über die doch offensichtlich vorhandene Einsichtsfähigkeit.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Denn immerhin haben Sie das berufliche Gymnasium als Juwel und Kleinod beschrieben, und da haben Sie recht. Also herzlichen Dank dafür.

(Beifall des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Aber Sie sollten bitte nicht im selben Atemzug Berufskolleg und berufliches Gymnasium auseinanderzudividieren versuchen. Beide haben ihre Berechtigung. Es ist auch gut, wenn Sie vielleicht zur Kenntnis nehmen, dass die zu weiten Teilen schweigende Mehrheit der Bevölkerung die Vorzüge unseres gegliederten Schulsystems zu schätzen weiß.

Ich will es nicht der Länge nach ausführen. Sie alle haben mitbekommen, dass sich vor wenigen Tagen das Aktionsbündnis für das gegliederte Schulwesen in Baden-Württemberg zusammengeschlossen hat. Wir werden an dieser Stelle sicherlich noch mehr davon hören.

Auf etwas möchte ich aber schon hinweisen. Gerade die Lehrer an beruflichen Schulen können die Qualität und vor allem die Durchlässigkeit unseres Schulsystems ganz besonders gut beurteilen. Denn sie sind es ja, die die Haupt- und Realschüler zum höher qualifizierten Bildungsabschluss bis hin zum Abitur führen. Wie gesagt: Immerhin konzedieren auch die Grünen, dass es sich beim beruflichen Gymnasium um eine attraktive Schulart handelt. Stimmt ja auch.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das haben wir noch nie anders gesehen!)

– Das freut uns zu hören. – Bemerkenswert ist, dass die Zahl der Hauptschüler, die den Wechsel auf das berufliche Gymnasium geschafft haben, sich in den vergangenen fünf Jahren um 40 % erhöht hat. Ich denke, das ist schon auch ein Qualitätsausweis für die gute Arbeit, die Tag für Tag an unseren Hauptschulen geleistet wird. Die Zahl der Überwechsler aus Realschulen und Berufsfachschulen ist um 20 % gestiegen, hingegen ist die Zahl der Wechsler – und da sind wir dann auch beim Thema G 8 – aus den allgemeinbildenden Gymnasien konstant geblieben. Von einem Verdrängungswettbewerb zulasten der Haupt- und Realschüler kann also in keiner Weise die Rede sein. Wir werden wie in der Vergangenheit dafür sorgen, dass das in Zukunft auch so bleibt.

Auch wenn die Zahl der Bewerbungen steigt, wird sich der Bedarf an zusätzlichen Schulplätzen erheblich relativieren. Grund – das wissen Sie so gut wie wir – sind die große Zahl von Mehrfachbewerbungen und auch die Tatsache, dass sich eben doch viele der ursprünglichen Bewerber am Ende dafür entscheiden, in eine duale Ausbildung zu gehen.

Erst mit dem Abgleich, der dieser Tage auch stattgefunden hat, kann man genau sagen, wie viele Schulplätze wir am Ende brauchen. Um dem real zu erwartenden Zuwachs gerecht zu werden, haben wir bereits im vergangenen Jahr – Sie erinnern sich vielleicht – die zusätzliche Einrichtung sozialwissenschaftlicher Gymnasien mit 15 Klassen beschlossen. Weitere 30 Klassen werden entsprechend dem regionalen Bedarf an den anderen beruflichen Gymnasien eingerichtet.

Meine Damen und Herren, berufliche Gymnasien sind tatsächlich ein Erfolgsmodell. Denn gerade die beruflichen Schulen sind die Garanten dafür, dass wir in Baden-Württemberg kaum Jugendliche ohne Schulabschluss – das Thema „Kein Abschluss ohne Anschluss“ wurde vorhin schon angesprochen – und dementsprechend auch die bundesweit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit haben.

Wie gefragt das berufliche Gymnasium schon seit Langem ist, lässt sich an der Entwicklung der Schülerzahlen ablesen, die in den letzten 20 Jahren um 50 % auf über 45 000 Schüler zugenommen haben. Da nimmt sich selbst die Zahl von 2 500

zusätzlichen Bewerbern, die die Kollegen und Kolleginnen von der SPD in den Raum stellen, eher bescheiden aus.

Herr Kaufmann, in der Begründung des Antrags Drucksache 14/4068 steht: Die SPD fordert die Landesregierung angesichts der steigenden Bewerberzahlen auf, „schnellstens zu reagieren und zusätzliche Lehrkräfte dauerhaft an den beruflichen Gymnasien im Land“ einzustellen. Auf die Haushaltsberatungen haben Sie ja schon hingewiesen.

(Zuruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Aber es ist halt wie so oft im Leben: Sie machen es sich auch an dieser Stelle wieder einmal sehr einfach. Ich habe mir einmal das Vergnügen gemacht,

(Heiterkeit des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

nur grob die Haushaltsanträge zu überschlagen, die Sie allein zum Etat des Kultusministeriums im Zuge der letzten Haushaltsberatungen gestellt haben. Dabei bin ich auf die stolze Summe von präterpropter 340 Millionen € gekommen. Nicht feststellen konnte ich allerdings, dass Sie an dieser Stelle auch einen vernünftigen Finanzierungsvorschlag gemacht hätten.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! – Abg. Reinhold Gall SPD: Da hätten Sie halt bei den Haushaltsberatungen sorgfältig zuhören müssen! Dann hätten Sie es mitbekommen!)

– Habe ich, habe ich. Doch. – Die Auflösung von Rücklagen, die Sie da jeweils anbieten, ist eben kein vernünftiger Finanzierungsvorschlag. Wie gesagt: vernünftig, nicht nur pauschal.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Aber Gott sei Dank ist es ja so, dass die Wählerinnen und Wähler in diesem Land dafür Sorge getragen haben, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, weder für das Schulwesen noch für den Haushalt Verantwortung tragen.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Denn mit beidem muss man verantwortlich umgehen. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst. Deshalb bekennen wir uns auch mit unserem gemeinsamen Antrag von CDU und FDP/DVP zum weiteren bedarfsgerechten Ausbau der beruflichen Gymnasien. Deshalb stehen wir für ein erfolgreiches, verlässliches, gegliedertes Schulwesen

(Unruhe bei der SPD und den Grünen)

und nicht wie Sie für die Beliebigkeit einer Einheitsschule.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold das Wort.

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann es nicht oft genug sagen, und ich möchte es auch von unserer Seite noch einmal mit Nachdruck betonen: Die beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg sind ein Erfolgsmodell der Bildungspolitik in unserem Land.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das zeigen die steigenden Schülerzahlen – sie sind in den letzten zehn Jahren um 25 % gestiegen –, und das zeigt auch die Tatsache, dass 31 % der Abiturienten – darauf wurde ja schon hingewiesen – in Baden-Württemberg aus den beruflichen Gymnasien kommen.

Aber nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ können sich die beruflichen Gymnasien durchaus mit den normalen Gymnasien messen. Die durchschnittlichen Abiturnoten unterscheiden sich nämlich bei beiden Schularten nur unwesentlich.

An den beruflichen Gymnasien ist der Ausländeranteil der Schüler mit 7 % fast doppelt so hoch wie an den normalen Gymnasien.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Kolleginnen und Kollegen, verlegen Sie bitte Ihre Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals. – Bitte, Frau Abg. Dr. Arnold.

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Präsident.

Damit erbringen die beruflichen Gymnasien eine große Integrationsleistung. Sie schöpfen Begabungsreserven aus und ermöglichen jungen Menschen aus eher gymnasialfernen Familien den sozialen Aufstieg.

Wir von der Landesregierung haben also alle guten Gründe, die beruflichen Gymnasien weiter bedarfsgerecht auszubauen, und das bekräftigen wir noch einmal mit unserem Änderungsantrag, natürlich auch mit Blick auf den doppelten Mittlere-Reife-Jahrgang 2009/2010.

Nur, das größte Problem dabei, meine Damen und Herren von der Opposition, ist: Man kann natürlich tausend Ansprüche formulieren, man könnte 150 neue Klassen fordern, Sie müssen aber auch die Lehrer dafür haben. Das ist das größte Problem, mit dem wir kämpfen. Vor allem hierauf richten wir unser Augenmerk.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Denn die beruflichen Gymnasien stehen wie die anderen beruflichen Schulen in einer starken Konkurrenz zur Wirtschaft. So hat z. B. der hohe Bedarf an Ingenieuren in der Wirtschaft – im letzten Jahr, 2008, fehlten bundesweit 100 000 Ingenieure – zu einem massiven Einbruch der Direktbewerberzahlen an unseren beruflichen Schulen geführt; sie sind nämlich um 70 % zurückgegangen. Das sind die eigentlichen Probleme.

Auch die Studierendenzahlen in den traditionellen Gewerbelehrerstudiengängen stagnieren seit Jahren auf niedrigem Niveau. So studierten z. B. im Wintersemester 2007/2008 an den Universitäten Karlsruhe und Stuttgart in den Bereichen Metalltechnik und Elektrotechnik insgesamt nur 72 bzw. 61 Personen mit dem Ziel Lehramt. Das ist natürlich viel zu wenig.

*(Dr. Birgit Arnold)*

Damit können wir den Lehrerbedarf in diesen Mangelbereichen nicht abdecken.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Was heißt das denn jetzt?)

Wir müssen – das ist keine Frage – den Schuldienst an unseren beruflichen Schulen attraktiver machen,

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann macht das doch endlich einmal! – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

und wir können ihn jetzt auch attraktiver machen – wir machen es, Frau Haußmann –, und zwar dank der Bildungsoffensive. Wir haben für die nächsten Einstellungs- und Ausbildungsjahrgänge bis einschließlich 2012 insgesamt 15 Millionen € in der Bildungsoffensive zur Verfügung. Mit diesem Geld werden wir tarifliche Zulagen bzw. Sonderzuschläge gerade für diese Mangelbereiche Elektro- und Metalltechnik für Direkteinsteiger, aber auch für Lehramtsanwärter gewähren. Damit kommen die Bruttogehälter in diesen Bereichen im Schuldienst zumindest in die Nähe der aktuellen unteren Ingenieursgehälter in der Wirtschaft und bringen uns hoffentlich mehr Lehrer.

Weitere Maßnahmen sind auf den Weg gebracht worden, um qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen. Ich nenne beispielhaft schulbezogene Ausschreibungen, frühzeitige Ausschreibungen, frühzeitige Einstellungszusagen, unterjährige Einstellungen, permanente Werbung und Information und auch die verbesserte Anrechnung der Berufserfahrungen von Direkteinsteigern bei der tariflichen Zuordnung.

Wir sind also erkennbar auf einem guten Weg, und die geschilderten Maßnahmen werden sicherlich dazu beitragen, den Lehrermangel an unseren beruflichen Schulen, einschließlich der Gymnasien, zu mildern und so einen bedarfsgerechten Ausbau der Kapazitäten zu ermöglichen.

Wir werden den Ausbau der beruflichen Gymnasien fortsetzen – quantitativ und qualitativ.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Als neu entwickelter Zweig kommen ab dem nächsten Schuljahr 15 Standorte für sozialwissenschaftliche Gymnasien dazu. Auch dieser Ausbau muss und wird fortgesetzt werden. Der Bedarf und die Nachfrage sind groß. Das haben die Bewerbungen von allen Stadt- und Landkreisen um den Zuschlag für einen solchen Standort gezeigt.

Wenn wir unser Ziel des flächendeckenden Ausbaus der Kleinkindbetreuung erreichen wollen, dann brauchen wir sowohl die jungen Menschen, die im sozialpädagogischen Bereich arbeiten wollen, als auch die, die studieren und andere dafür ausbilden wollen. Deshalb keine Sorge, meine Damen und Herren von der Opposition: Baden-Württemberg und seine beruflichen Gymnasien – diese Erfolgsstory wird weiter fortgesetzt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Rau das Wort.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Berufliche Schulen sind Schulen des Bildungsaufstiegs. Die Durchlässigkeit unseres Schulsystems ist sprichwörtlich. In Baden-Württemberg werden mittlerweile an die 50 % der Studienberechtigungen an beruflichen Schulen erworben und nicht mehr im allgemeinbildenden Schulwesen; bundesweit sind es übrigens 16 %. Daran können Sie ermessen, wie weit wir in Baden-Württemberg beim Ausbau der Angebote der beruflichen Bildung vor den anderen Ländern liegen, insbesondere dort, wo es um den Erwerb zusätzlicher Abschlüsse und Qualifikationen geht.

Das bitte ich einfach zu berücksichtigen, wenn wir hier Bilanzen ziehen, bei denen der eine oder andere noch Verbesserungsmöglichkeiten sieht. Wir, die wir Verantwortung für den Bildungsbereich tragen, Herr Lehmann, sind ja grundsätzlich Optimisten. Deswegen sehen wir jeden weiteren Bedarf, wissen aber auch, dass wir gut unterwegs sind.

Der besondere Beitrag beruflicher Gymnasien zur gerechten Verteilung von Bildungschancen im Schulsystem wird in der TOSCA-Studie ausdrücklich bestätigt. Professor Jürgen Baumert vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin unterstreicht die „Modernität“ des baden-württembergischen Bildungsangebots und stellt dabei insbesondere heraus, dass die beruflichen Gymnasien in einem gegliederten Bildungswesen entscheidend dazu beitragen, dass alle Begabungsreserven erfasst, gefördert und zum Wohl der jungen Menschen und des Landes ausgebildet werden. „Die beruflichen Gymnasien sind eine intelligente Lösung“, so Baumert wörtlich.

Das berufliche Gymnasium trägt entscheidend zur Durchlässigkeit des Bildungssystems bei. Über die Realschule, welche mit über 70 % der Schülerinnen und Schüler die wichtigste Zubringerschule für das berufliche Gymnasium ist, über die Hauptschule in Verbindung mit der zweijährigen Berufsfachschule oder über die Werkrealschule ist für leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler ein Durchstieg bis zur allgemeinen Hochschulreife möglich.

Darüber hinaus kommen Schülerinnen und Schüler aus dem allgemeinbildenden Gymnasium nach Klasse 10 im neunjährigen Bildungsgang oder nach Klasse 9 oder 10 im achtjährigen Bildungsgang in die Eingangsklasse des beruflichen Gymnasiums.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Allseits bekannte Allgemeinplätze, Herr Minister!)

– Ich glaube nicht, lieber Herr Kollege Kretschmann, dass es Sinn machen würde, die Dinge nicht im Zusammenhang darzustellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Genau! Das hören Sie nicht so gern, Herr Kretschmann!)

Ich halte es in diesem Zusammenhang für wirklich wichtig, dass dabei auch einmal dargestellt wird, was wir mit den An-

geboten der beruflichen Schulen, insbesondere in beruflichen Gymnasien in diesem – –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber diese Debatte heißt schon „Aktuelle Debatte“!)

– Wir debattieren über zwei Anträge, Herr Kollege Kretschmann.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Man muss nicht immer bei Adam und Eva anfangen und bei der Weltrevolution enden!)

– Nein, die Weltrevolution ist dann Ihre Nummer. Da wird es dann ganz allgemein und ganz verstiegen. Aber wir machen hier konkret berufliche Bildung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Für Schülerinnen und Schüler eröffnet sich über das berufliche Gymnasium neben dem G 8 nach wie vor der neunjährige Weg zur allgemeinen Hochschulreife. In der Regel sind das sechs Jahre Realschule und drei Jahre berufliches Gymnasium.

Die beruflichen Gymnasien sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut worden. Ebenso stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den öffentlichen beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg von 37 129 im Schuljahr 2001/2002 auf 46 344 im Schuljahr 2008/2009 stetig an. Die Zahl wird weiter steigen, weil wir im nächsten Jahr 30 zusätzliche Klassen in Aussicht gestellt haben. Dazu kommen noch die 15 neuen Klassen des sozialwissenschaftlichen Gymnasiums.

Dabei ist die Zahl der Eingangsklassen auch an den bestehenden Standorten kontinuierlich ausgebaut worden. Aber wir haben auch neue Standorte ausgewiesen, in den vergangenen Jahren etwa zehn neue Standorte für die Technischen Gymnasien.

Zum Schuljahr 2009/2010 haben wir eine Sondersituation. Schülerinnen und Schüler aus den allgemeinbildenden Gymnasien haben sich sowohl nach Klasse 10 des G 9 als auch nach Klasse 9 des achtjährigen Gymnasiums an beruflichen Gymnasien beworben. Dazu ist in den vergangenen Wochen und Monaten viel Panik gemacht worden; insbesondere der Kollege Kaufmann hat sich dabei „rühmlich“ hervorgetan.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Unrühmlich!)

– Ja, unrühmlich! Sie haben recht, Herr Kollege Noll.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Er hat immer behauptet, hier käme ein doppelter Bewerberjahrgang auf uns zu. Es war klar, dass es so nicht kommen würde. Wir wissen jetzt, was an zusätzlicher Nachfrage aus der neunten Klasse des G 8 kommt: Es ist etwa ein Viertel der Zahl der Schüler eines Bewerberjahrgangs aus Klasse 10, die aus den Gymnasien an die beruflichen Gymnasien wechseln wollen.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Aber das bringt das Fass zum Überlaufen!)

Für dieses Viertel haben wir mit den 30 zusätzlichen Klassen längst angemessen Vorsorge getroffen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber es fehlt doch eh schon hinten und vorn! Es gibt doch schon einen grundsätzlichen Mangel! – Zurufe der Abg. Theresia Bauer GRÜNE und Gunter Kaufmann SPD)

Herr Kollege Kaufmann, Sie haben ja immer auch die Rastatter Situation im Auge. Am letzten Samstag hat die geschäftsführende Schulleiterin der beruflichen Schulen im Kreis Rastatt, Frau Wörz-Reichenauer, in ihrer Heimatzeitung erklärt, dass die zusätzliche Nachfrage eine „vernachlässigbare Größe“ sei.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie hoch ist die Ablehnungsquote? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das entscheidet sich im September!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kaufmann?

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Ja, bitte.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Kaufmann.

**Abg. Gunter Kaufmann** SPD: Herr Minister, würden Sie dem Plenum bitte den gesamten Inhalt dieses Artikels zur Kenntnis geben. Dort wird nämlich zum Ausdruck gebracht, dass weit über 600 Bewerbungen anstehen und angesichts der jetzigen Lage für mindestens ein Viertel der Bewerber keine Plätze zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Hoppla! Wieder nur die halbe Wahrheit gesagt! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Also! Ein Viertel muss zurückgeschickt werden!)

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Auch diesen Sachverhalt erkläre ich Ihnen gern. Die geschäftsführende Schulleiterin spricht von 600 Bewerbern und davon, dass 16 Klassen à 32 Plätze existieren – insgesamt über 500 –, sodass also einem Sechstel, nicht einem Viertel – aber beim Bruchrechnen kann man auch einmal großzügig sein – derer, die sich beworben haben, jetzt kein Platz in Aussicht gestellt werden kann. Dazu müssen wir uns erst einmal anschauen, wie das Verfahren übers Jahr läuft.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Es bewerben sich nämlich auch Leute, die eine Option u. a. im beruflichen Gymnasium sehen, die aber auch noch andere Eisen im Feuer haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Alle Erfahrungswerte aus den vergangenen Jahren verheißen, dass sich gerade aus diesem Bewerberfeld im Lauf des Schuljahrs bis zum 1. September auch noch andere Entscheidungen für die künftige Berufs-, Ausbildungs- oder Schullaufbahn ergeben

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

und dass wir deswegen mit einer solchen Kapazität dafür sorgen können, dass angemessen auf die Anfragen und Anmeldungen reagiert werden kann.

Das Zweite ist: Sie rechnen da alle mit hinein, die vom allgemeinbildenden Gymnasium aufs berufliche Gymnasium wechseln wollen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir müssen hier nicht für alle Wechselwünsche Vorsorge treffen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Diese Schülerinnen und Schüler befinden sich in einem gymnasialen Bildungsgang und wollen nur auf einen anderen gymnasialen Bildungsgang mit dem gleichen Abschlussziel wechseln. Wir haben eine so breite Palette von gymnasialen Bildungsangeboten, dass es zumutbar ist, einem Gymnasiasten zu sagen: „Für dich haben wir jetzt an der Schule, an der du bist, einen Gymnasialplatz, und an der anderen Schule, auf die du gern gehen würdest, haben wir in diesem Jahr keinen Gymnasialplatz für dich.“ Das halte ich für zumutbar.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Völlig richtig! – Zuruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Wenn wir diese Schülerinnen und Schüler daran hindern würden, einen gymnasialen – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wenn ich mir den einen oder anderen Rektor hier anschaue, weiß ich, warum die auf ein anderes Gymnasium wollen!)

– Herr Gall, es wäre nicht schlecht, wenn Sie sagen würden, wen Sie meinen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: So viel Auswahl haben Sie ja hier nicht!)

– Ross und Reiter! Kommen Sie, nennen Sie Ross und Reiter!

(Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CDU)

– Erst die Leute anonymisiert anmachen und dann nicht Ross und Reiter nennen! Was ist denn das für ein Debattenstil?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Das war immer schon die Gall-Methode! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die wollen doch gar nicht wechseln! Bei uns will ein Einziger wechseln, einer! – Unruhe)

– Feigling!

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kultusminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Ja, klar.

**Abg. Alfred Winkler** SPD: Herr Minister, Sie beschreiben die Übergänge vom Gymnasium auf das berufliche Gymnasium. Was ist aber mit den Übergängen von Realschülern auf das berufliche Gymnasium?

(Zurufe)

Ich habe zwei aktuelle Briefe aus meinem Wahlkreis über fehlende Plätze: Ein Realschulabsolvent weiß mit einem Notendurchschnitt von 2,8, 2,7 oder 2,6 nicht, ob er aufgenommen wird. Er muss sich doch zwangsläufig weiter um andere Möglichkeiten kümmern, sprich eine Lehrstelle suchen und finden. Sie beschreiben ein Dilemma der Schule. Das Dilemma ist aber bei den Jugendlichen. Da er nicht einmal weiß, ob er aufgenommen wird – obwohl er rechtlich aufgenommen werden sollte –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er weiß es j e t z t noch nicht!)

hat er natürlich zwei Möglichkeiten, einen Anschluss zu finden. Sie werfen ihm das ja geradezu vor!

(Unruhe)

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Ich werfe ihm das nicht vor.

(Anhaltende Unruhe)

Ich sage Ihnen: Wir haben breit angelegte Möglichkeiten für Jugendliche, die einen mittleren Bildungsabschluss haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Machen Sie doch einmal Ihre Hausaufgaben! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Es gibt die Möglichkeit, in eine berufliche Ausbildung zu gehen. Es gibt die Möglichkeit, über Berufkollegs die Fachhochschulreife und damit eine Studienberechtigung zu erwerben.

(Zurufe – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, einen Moment bitte! – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf um Ruhe bitten. Verlegen Sie notwendige Gespräche bitte nach außerhalb des Plenarsaals.

Bitte, Herr Minister.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Vielen Dank, Herr Präsident. – Es ist ganz normal, dass Jugendliche sich in dieser Entscheidungsphase unterschiedliche Möglichkeiten vornehmen, sie sich vorbehalten und prüfen. Alle Erfahrungen sprechen dafür – ich werfe das gar niemandem vor –, dass in der ganzen Bandbreite der Bildungs- und Ausbildungsangebote das richtige Angebot gesucht wird.

Ich glaube, dass wir bei uns mit den breit aufgestellten Berufsbildungsangeboten die richtige Antwort darauf geben. Deswegen werden wir weiterhin am Ausbau dieser gesamten Berufsbildungsszenerie arbeiten, weil auch hier die Vielfalt die Chancen zum Tragen bringt.

Wir sind in diesem Jahr mit 15 neuen Standorten der sozialwissenschaftlichen Gymnasien einem speziellen inhaltlichen Bereich gerecht geworden, den wir für zukünftige Berufsori-

entierungen dringend brauchen. So werden wir Jahr für Jahr die richtigen Entscheidungen treffen, die wir brauchen, um den Jugendlichen die Zukunftschancen zu sichern.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lehmann das Wort.

**Abg. Siegfried Lehmann** GRÜNE: Herr Minister, ich habe gedacht, ich bekäme jetzt die geforderten Informationen; ich habe sie aber nicht bekommen. Dies ist auch eine Antwort. Bei Ihnen liegen die Zahlen seit dem 11. März 2009 auf dem Tisch.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Unruhe – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Pst!)

Ich möchte noch einen Satz oder zwei Sätze zu dem Antrag sagen, den die Regierungsfraktionen eingebracht haben. Begründet wurde er allerdings nicht. Mir scheint doch, dass dieser Antrag ein Ausdruck von Sprachlosigkeit oder Unzufriedenheit ist. Das geht aus dem Antrag nicht ganz hervor. Offensichtlich musste man sich hier als Fraktion, nachdem diese Diskussion seit einem Jahr in der Öffentlichkeit so gelaufen ist, irgendwie äußern. Aber diese Äußerung ist hilflos – das muss ich Ihnen sagen –, weil Sie nicht sagen, in welche Richtung es gehen soll. Was schlägt die Landesregierung vor, was soll vorgeschlagen werden, wie soll dies gemacht werden?

(Anhaltende Unruhe – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Pst!)

Der Schulausschuss des Kreistags des Landkreises Konstanz hat am Montag mit Frau Netzhammer und mir über dieses Thema beraten. Der Landkreis Konstanz bekommt eine Poolklasse. Wir haben im Landkreis Konstanz alle Zahlen bereinigt. Es gibt 82 zusätzliche Bewerber, die eigentlich einen Platz haben wollen. Eine einzige zusätzliche Poolklasse wurde zugesagt; der Mangel kann dadurch nicht abgedeckt werden. Eine zweite Klasse wurde im Ausschuss einstimmig von allen Fraktionen gefordert. Im Regierungsbezirk Südbaden bekommen wir sieben Klassen. Wir hätten in Konstanz gern mindestens zwei. Herr Minister, wir brauchen eigentlich drei Klassen, um diesen Mangel abzudecken.

Das sind reale, belastbare Zahlen. Da ist nichts geschönt und nichts schöngerechnet. Wir brauchen eigentlich drei Klassen im Landkreis Konstanz, und wir brauchen eine Verlässlichkeit. Ich denke, was die Jugend heute braucht, ist eine Verlässlichkeit der Politik. Es kann nicht sein, dass wir unsere Schulpolitik bei der Grundschulempfehlung so machen würden, wie es beim Übergang auf ein berufliches Gymnasium läuft, indem wir sagten: „Ihr könnt euch ja einmal bewerben, aber ob ihr einen Platz auf dem Gymnasium bekommt, das müssen wir sehen. Ihr könnt ja auch auf die Realschule gehen. Wir deckeln das.“ Das ist die Situation, die wir heute an den beruflichen Gymnasien haben.

Ich möchte zum Abschluss den Herrn Ministerpräsidenten zitieren. Er hat gestern etwas sehr Denkwürdiges gesagt. Er hat nämlich gesagt: „Schulen sind Orte der Zukunft.“ Das kann ich nur vollumfänglich unterstreichen.

Herr Minister, Sie haben auch gesagt – das finde ich auch völlig richtig –, dass hier Zukunftschancen verteilt würden. Sie haben von Bildungsgerechtigkeit gesprochen. Wir müssen das aber einlösen. Die Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich die jungen Leute auf das verlassen können, was wir hier beschließen. Diese Verlässlichkeit verlangt einen Ausbau und eine klare Zusage: „Wenn ihr die Leistungsnoten habt, müsst ihr auch die Chance haben, die Hochschulreife zu erwerben“. Diese Verlässlichkeit fordern wir mit unserem Antrag ein. Die CDU-Fraktion und die FDP/DVP-Fraktion drücken sich meines Erachtens um die Antwort auf diese Frage.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Mentrup das Wort.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Muss das sein?)

**Abg. Dr. Frank Mentrup** SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zu unserem Gegenfinanzierungsvorschlag, Frau Krueger. Ich finde es schon bemerkenswert, dass das Einzige, was die Landesregierung an Neuigkeiten in der Bildungspolitik in den Haushalt eingestellt hat – nämlich die berühmte Bildungsoffensive –, komplett über eine Rücklage finanziert wird

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Aha!)

und es trotzdem nicht gelingt, den Anteil des Kultusministeriums am Gesamthaushalt zu erhöhen. Der Anteil sinkt vielmehr, und Sie stellen sich dann hier hin und sagen auf unser Begehr hin, das sei eine unvernünftige Gegenfinanzierung. Sie sollten zunächst einmal vor Ihrer eigenen Haustür kehren, bevor Sie uns mit solchen Angriffen konfrontieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir sind uns in der Analyse einig: 50 % der jungen Menschen, die die Hochschulreife erwerben, erwerben die Hochschulreife mittlerweile nicht mehr über das allgemeinbildende Gymnasium. 17 % der Kinder mit einer Grundschulempfehlung für das Gymnasium gehen auf die Realschule. Ihnen verspricht man – auch durch Sie, Herr Minister –, es sei ein gleichwertiger Bildungsweg zum Abitur, ob man auf das allgemeinbildende Gymnasium gehe oder ob man auf die Realschule gehe und anschließend das berufliche Gymnasium besuche.

Wir werden Ihnen, Frau Krueger, auch noch nachweisen, dass Ihre Aussage, durch das G 8 gebe es keine erhöhten Übergangszahlen, so nicht stimmt. Ich rechne nach Einzelauszählung mit dem Zwei- bis Dreifachen, was am G 8 in den Klassen 5 bis 8 auf die Realschule herunterwechselt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt nicht! Das ist völliger Unfug! Das ist mitnichten der Fall! Es ist nachgewiesen, dass das nicht so ist!)

*(Dr. Frank Mentrup)*

Auch die verlassen sich darauf, dass sie nach der Absolvierung der mittleren Reife auf das berufliche Gymnasium wechseln können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völliger Unfug!)

Wenn wir also sagen, Herr Minister: „Wir haben hier nicht einen sogenannten zweiten Bildungsweg, sondern es gehört zum Standardangebot, dass ich auch über das berufliche Gymnasium die Hochschulreife erwerben kann“, dann dürfen Sie sich bei den entsprechenden Konsequenzen hier aber nicht durch die Sache heucheln. Vielmehr müssen Sie den Fakten einmal ins Auge sehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Wo ist denn der bedarfsgerechte Ausbau? Ich finde es ja schon einmal positiv, dass auch CDU und FDP/DVP mit ihrem Antrag sagen, man habe hier einen bedarfsgerechten Ausbau einzufordern.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wo ist denn der Ausbau? Der Ausbau ist deswegen einigermaßen gelungen, weil Sie sich auf die Privatgymnasien verlassen haben. Hier haben wir in den letzten fünf bis sechs Jahren einen Zuwachs der Schülerzahl um 251 %. Bei den allgemeinbildenden Gymnasien beträgt der Zuwachs nur 22 %.

202 öffentliche berufliche Gymnasien im Jahr 2004/05 sind im Jahr 2008/09 zu 210 Gymnasien geworden. Im privaten Bereich sind aus elf Gymnasien 41 geworden. Daher kann doch von einem bedarfsgerechten Ausbau im Bereich des öffentlichen Schulwesens nicht die Rede sein. Vielmehr haben Sie sich in den letzten Jahren darauf verlassen können: Die jungen Leute sind bereit, Schulgeld zu zahlen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Eltern zahlen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Eltern! Schulsteuer!)

So kann es doch nicht weitergehen, wenn es sich um ein gleichwertiges Angebot handeln soll.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das Zweite: Wenn ich sage: „Liebe Eltern, die Realschule ist okay, denn anschließend können eure Kinder auf das berufliche Gymnasium wechseln“, dann brauche ich einen Übergang, der mit dem Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen vergleichbar ist. Die Eltern melden ihre Kinder an und können die Sicherheit haben: Wenn die Kinder die Voraussetzungen für den Besuch des Gymnasiums erfüllen, erhalten sie einen Platz an einem Gymnasium, weil man sich am Bedarf orientiert und nicht an dem, was ursprünglich einmal geplant war.

Bei den beruflichen Gymnasien ist es genau umgekehrt. Die Hälfte der Kinder, die da angemeldet werden, erhalten zunächst einmal den Bescheid: „Obwohl ihr die Voraussetzungen erfüllt, können wir euch zunächst keinen Platz anbieten.“ Da, Herr Minister, ist es schon ein bisschen zynisch, dass man viele dieser jungen Menschen seit Jahren von März bis September im Grunde auf der Wartehalde hält, ohne ihnen zusagen zu können, dass sie im Herbst einen Platz bekommen. Das führt dazu, dass sie sich mehrfach bewerben. Das führt auch dazu, dass sie sich um Alternativen bemühen. Jetzt nimmt man genau diese Anpassungsleistung dieser Familien und dieser Schüler als Begründung dafür, dass man keine ausreichende Zahl an Plätzen bereitstellen müsse. Das ist wirklich eine zynische Argumentation.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Billiges Argument!)

Wenn man ernst nimmt, dass das ein gleichwertiges Angebot sein soll, dass wir sozusagen, Herr Futter, das fünfte Rad holen und als viertes Rad an den Wagen montieren, dann müssen wir hier auch gleichwertige Sicherheiten schaffen, damit jeder die Sicherheit hat, dieses Ziel zu erreichen, und dürfen uns nicht auf die Ausweichbewegungen zurückziehen, die in den letzten Jahren notgedrungen erforderlich waren, wenn es darum geht, zu begründen, dass man dem Bedarf nicht hinterherfahren will.

Der dritte Punkt ist die Unterrichtsversorgung. Wir haben im beruflichen Bereich schon strukturell eine Unterversorgung von 7 % bis 8 %, was mit der 13. Stunde zu tun hat, die beim dualen System in Baden-Württemberg einmalig als Kannleistung angerechnet wird. Das heißt, Sie sind von vornherein mit 92 % zufrieden, weil Sie wissen: Die zwölf Stunden bekommen Sie dadurch aufgefangen. Wenn ich aber in diesen Berufsschulzentren einen zunehmenden Anteil an Schülern habe, die ein berufliches Gymnasium oder auch andere Teil- oder Vollzeitschulausbildungsgänge absolvieren, dann muss ich auch an dieser Stelle endlich 100 % zur Grundlage nehmen.

Wenn ich merke, dass es hier ein Defizit gibt, dann muss ich das Angebot attraktiver machen. Ich muss vor allem schon dann werben, wenn sich die jungen Leute zu Beginn ihres Studiums entscheiden, ob sie Ingenieur werden wollen oder auch noch etwas Pädagogisches dazunehmen, ob sie an die Universität gehen, um Physik zu studieren, oder sich auch eine Berufsschullehrerkarriere vorstellen können. An dieser Stelle könnte man seit Jahren werben. An dieser Stelle könnte man seit Jahren die Voraussetzungen verbessern. Dem sind Sie bisher nicht gefolgt und nicht nachgegangen. Es ist Ihr Job, uns jetzt zu erklären, wie das gemacht werden muss. Sie dürfen auch diese Notlage, die Sie selbst herbeigeführt haben, nicht als Begründung dafür nehmen, dass man den Ausbau einfach so vor sich hin dümpeln lässt. Damit können Sie sich nicht aus der Verantwortung ziehen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** In der Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie? Da waren doch noch tausend Fragen an den Kultusminister! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir sind doch jetzt nicht bei der Fragestunde! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klasse!)

– Es liegen keine Wortmeldungen mehr in der Aussprache vor.

Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

*(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)*

Abschnitt I des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2617, enthält ausschließlich Berichtsersuchen und kann daher mit der Beantwortung der gestellten Fragen für erledigt erklärt werden. Ist das richtig? – Das ist der Fall. Danke.

Jetzt kommen wir zu dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/4218, der von Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2617, am weitesten abweicht. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ei, nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Da drüben ist jemand aufgeregt!)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit hat die Mehrheit des Hauses diesen Änderungsantrag Drucksache 14/4218 angenommen.

Über Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2617, und den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/4206, müssen wir nicht mehr abstimmen, weil diese durch die Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 14/4218 erledigt sind.

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/4068, ist ein reiner Berichtsantrag. Dazu wurde vorhin beantragt, ihn zur weiteren Beratung an den Schulausschuss zu überweisen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. – Dann ist die Überweisung beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Wir kommen jetzt zum **Tagesordnungspunkt 2:**

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Wegerechtsgesetz zur Realisierung der geplanten Ethylen-Pipeline in Baden-Württemberg – Drucksache 14/3701**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Dr. Prewo das Wort erteilen.

**Abg. Dr. Rainer Prewo** SPD: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sieben namhafte Unternehmen der chemischen Industrie haben sich zusammengetan.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie wollen eine Pipeline für Ethylen, den wichtigsten Grundstoff der Kunststoffchemie, durch Baden-Württemberg bauen, um den Oberrhein mit den Chemiestandorten in Bayern zu verbinden. Die Investition ist logistisch gut. Sie verbessert die Wertschöpfung. Sie bringt erheblich mehr Sicherheit gegenüber Eisenbahn- und Lastwagentransporten, und sie stärkt das Chemiedreieck Karlsruhe–Mannheim–Ludwigshafen.

Baden-Württemberg ist standortpolitisch der Gewinner. Wir sind auch besonders darauf angewiesen: für die leistungsfähige chemische Industrie, für die Kunststoffhersteller, darunter viele Mittelständler, für die Automobilindustrie usw. Die Pipeline steht als Common Carrier jedem zur Verfügung. Jedes Unternehmen im Streckenbereich kann sie nutzen, auch Neuansiedlungen. Wir bekommen ein Stück wertvollster Infrastruktur. In der Investorengemeinschaft sind baden-württembergische Unternehmen und Unternehmen außerhalb von Baden-Württemberg.

Es ist wie eine große Überlandwasserleitung mit dem Unterschied, dass die Versorgung nicht für private Haushalte bestimmt ist, sondern für die Industrie, und dass es einen privaten Investor und Netzbetreiber gibt. Weil es ein Privater ist, braucht er dazu ein Wegerecht. Er kann nicht machen, was er will. Das Wegerecht bekommt er nicht geschenkt, sondern er muss es von den Eigentümern der Grundstücke kaufen,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

die aber trotzdem Eigentümer der Grundstücke bleiben. Um das Wegerecht notfalls gegen erpresserische Forderungen

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Oi, oi, oi!)

Einzelner erwerben zu können, bedarf es eines Wegerechtsgesetzes, verehrter Herr Kollege Kluck.

Die Investoren der Ethylen-Pipeline Süd sollen bei ihren Erwerbsgesprächen teilweise unwirsch aufgetreten sein.

(Abg. Ingo Rust SPD: Was?)

Das ist verwerflich; das kritisieren wir.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Heute geht es aber um die Hausaufgabe des Landes. Wegerechte braucht man in vielen Fällen – jeder Bürgermeister weiß das –: Straßenbau, Gehwege, Wasserleitungen, Baulandumlegungen, Flurbereinigungen, Breitbandversorgungen, Flussrenaturierungen usw. Das ist immer mühsam. Meistens klappt es, aber nur deswegen, weil es das rechtliche Instrumentarium dafür gibt. Die allermeisten machen sowieso mit, aber es gibt das rechtliche Instrumentarium, es notfalls durchzusetzen. Sonst könnten einzelne spekulative Verweigerer alles verhindern. Jeder, der 1 m Strecke besitzt, würde zum Monopolisten dieses einen Meters.

Solche Dinge rasch und eindeutig zu klären, meine Damen und Herren, gehört überall zur Kunst des Regierens, eigentlich zum Normalgeschäft des Regierens. Deshalb gibt es auch einige Ethylen-Pipelines in Europa: durch Niedersachsen bis zur Küste, durch Holland, das Ruhrgebiet und das Rheinland bis nach Ludwigshafen.

Jetzt soll eine durch Süddeutschland gebaut werden. Wir wissen von Karlsruher Unternehmen, die darauf warten, um in neue Kunststofffertigungen zu investieren. Dieses Stück politisches, gesetzgeberisches Management muss das Land beisteuern. Aber das, meine Damen und Herren, schaffen wir nicht.

(Abg. Johannes Stober SPD: Die Regierung nicht! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Regierung nicht! W i r schaffen es!)

Das schaffen wir nicht, weil die Regierung nichts macht. Die Investoren haben darauf vertraut. Alle sieben haben sich ver-

pflichtet: „Wenn die Pipeline bis zum 31. März 2010 gebaut ist, bleiben wir alle dabei; darüber hinaus sind wir nicht verpflichtet.“ Bayern und Rheinland-Pfalz haben ein Wegerechtsgesetz in Kraft gesetzt. Die Investoren haben gottlob schon angefangen zu bauen. Die Einzigen, die die Hände in den Schoß legen, sind wir – die Regierung natürlich.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wer die Hände in den Schoß legt, braucht nicht untätig zu sein! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Die Zeit ist schon sehr knapp. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt. Wenn das Gesetz im Sommer nicht in Kraft tritt, wird alles wackelig werden. Man hört, die Investoren sollten erst einmal 90 % aus eigener Kraft erwerben; dann machen wir vielleicht ein Gesetz für die letzten 10 %. Das heißt, die letzten 10,1 % der Anlieger brauchten sich nur zu einem Kartell zusammenzuschließen – dazu fordern wir sie geradezu auf –, dann könnten sie alles diktieren.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

So machen wir das, meine Damen und Herren. Das ist Regierungshandeln in Baden-Württemberg!

Bayern hat das dortige Gesetz gemacht, als die Erwerbsquote bei 52 % lag.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Das ist falsch, Herr Kollege!)

Danach ging es ziemlich schnell und weitgehend einvernehmlich.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Dr. Prewo, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Mack?

**Abg. Dr. Rainer Prewo** SPD: Ich möchte jetzt die Begründung abschließen, damit die Fakten klar sind. Nachher können wir gern diskutieren.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Die Fakten sind aber klar! Die Fakten, die Sie vortragen, sind alle klar!)

Sie alle haben ja nachher noch Gelegenheit zu sprechen.

Bei uns sind jetzt 75 % bereits erworben.

In der letzten Woche war das Thema im Kabinett. Mittags verkündete der Wirtschaftsminister

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der war doch gar nicht da!)

– der Sprecher des Wirtschaftsministers –: „Wir machen das Gesetz.“

(Zuruf des Ministers Ernst Pfister)

So steht es in der Zeitung, Herr Minister Pfister.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Beziehen Sie Ihre Informationen nur aus der Zeitung?)

Nachmittags kam das Staatsministerium hinterher und sagte: „Nein, es wurde nur berichtet. Der Minister hat keinen Auftrag.“

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Kuddelmuddel! – Zuruf von der SPD: Skandal!)

War er nun im Kabinett, oder war er im Kabarett?

(Heiterkeit des Abg. Johannes Stober SPD)

Meine Damen und Herren, manchmal zeigt sich an ganz alltäglichen Dingen leise und doch dramatisch, was eine Regierung kann.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oder nicht kann!)

Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt freuen wir uns auf Sachlichkeit bei diesem Thema!)

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Fastenzeit wirken positive Wirtschaftsnachrichten wie österliche Botschaften. Eine solche Botschaft ist: Die Chemiebranche will in Baden-Württemberg zum Ausbau einer petrochemischen Industrie fast 200 Millionen € investieren. Durch ein Rohrleitungsnetz soll Ethylen fließen, ein Gas, das bei der Aufspaltung von Rohbenzin entsteht und der Grundstoff für die meisten Kunststoffe ist.

Ethylen ist unentbehrlich für die Produktion nahezu aller Verbrauchsgüter – für das Armaturenbrett im Auto ebenso wie für einen Joghurtbecher und ein künstliches Hüftgelenk. Bei der größten deutschen Erdölraffinerie, der MiRO in Karlsruhe, fallen jährlich 80 000 t Ethylen als Nebenprodukt an. Bislang wird das Gas für die Wärmeerzeugung verfeuert. Es auf der Straße oder auf der Schiene zu befördern ist gefährlich und unwirtschaftlich. Ethylen ist leichter als Luft und unschädlich für das Grundwasser. Der Transport durch eine Pipeline ist daher auch umweltpolitisch die Ideallösung.

In Bayern bedient eine 100 km lange Ethylen-Pipeline die petrochemische Industrie. Mit 45 Millionen € subventioniert der Freistaat diese Rohrleitung und sichert so 60 000 Arbeitsplätze.

Wird von der Firma EPS die bestehende Pipeline durch Baden-Württemberg bis nach Ludwigshafen gebaut, das heißt, einen Meter tief in die Erde vergraben, kann diese Leitung wie eine Nabelschnur die petrochemische Industrie entlang der Wertschöpfungskette mit Ethylen versorgen. Keine schlechten Aussichten!

Um eine Pipeline mit einer Trassenlänge von 190 km in Baden-Württemberg zu verlegen, muss sich die EPS mit 5 600 Grundstückseigentümern über die Eintragung einer Dienstbarkeit ins Grundbuch einigen. Diese Verhandlungen laufen seit fast zwei Jahren. Bislang haben 77 % der Grundstückseigentümer vertraglich eine Dienstbarkeit akzeptiert, in Karlsruhe sind es 95 %, im Rems-Murr-Kreis 96 %. Auf der Ostalb

ist man zugeknöpfter. Dort haben sich erst etwas mehr als die Hälfte der Eigentümer mit der EPS geeinigt, obwohl die landwirtschaftliche Nutzung durch die Pipeline nicht beeinträchtigt wird.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Mir gebet nix!)

Aus unterschiedlichen Gründen stagnieren die Verhandlungen. Einzelne Gesellschafter der EPS werden unruhig. Die Finanzierung des Projekts lässt sich in der momentanen Finanzkrise auf Dauer nicht halten. Das Projekt ist in Gefahr.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Na, na!)

In Bayern hat der Landtag ein Rohrleitungs-Enteignungsgesetz verabschiedet. Die Situation in Bayern ist allerdings mit der unsrigen nicht vergleichbar, da dort bereits eine petrochemische Industrie mit Zehntausenden von Arbeitsplätzen besteht. Bei uns muss sich ein vergleichbarer Markt erst noch entwickeln.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Dafür muss man etwas tun! – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

– Enteignungen dürfen nicht Teil unserer Wirtschaftskultur werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Es geht nicht um Enteignung, sondern es geht um das Wegerecht! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir reden nicht von Enteignung! Das darf man nicht vermischen! Das ist etwas völlig anderes!)

Es mag aus wirtschaftspolitischen Gründen richtig sein, Investitionen der privaten Wirtschaft politisch und rechtlich mit allen Möglichkeiten zu unterstützen. Der Staat ist aber nicht der Steigbügelhalter privater Interessen, sondern er ist ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Es geht um 150 000 Arbeitsplätze!)

Es bedarf einer sorgfältigen Abwägung,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die ist doch schon passiert!)

wenn zugunsten eines privaten Unternehmens in das Eigentum des Bürgers eingegriffen wird.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig! – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Johannes Stober: Es gibt doch ein Gutachten!)

Für die Verlegung einer Rohrleitung im Erdboden muss nicht im klassischen Sinn enteignet werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Also!)

Es reicht aus, ein Wegerecht als Dienstbarkeit in das Grundbuch einzutragen. Auch dafür ist eine Entschädigung zu bezahlen, weil die Duldung dieses Wegerechts das Eigentum einschränkt.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

Keine Zukunft kann gutmachen, was in der Gegenwart versäumt wird. Ihre Probleme muss die EPS jetzt am Verhandlungstisch lösen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist lächerlich!)

Erst wenn alle Möglichkeiten der privatrechtlichen Einigung ausgeschöpft sind, kann der Gesetzgeber handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

Die Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht im Boxberg-Urteil an ein Enteignungsgesetz stellt, erstrecken sich auch auf ein Wegerechtsgesetz. Da die Duldung einer Dienstbarkeit auch in das Eigentum eingreift, muss dieser Eingriff durch ein öffentliches Interesse gerechtfertigt sein und der dauerhaften Sicherung des Gemeinwohls dienen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Wenn auf Dauer Arbeitsplätze geschaffen werden, dann dient das zweifellos dem Gemeinwohl. Machen wir uns nichts vor, die Weltwirtschaftslage nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Mehr und mehr brechen unsere Absatzmärkte weg. Der Ruf nach einem Rettungsschirm für die Industrie wird immer lauter. Die Chance, dass sich entlang der Ethylen-Pipeline eine Industrie entwickeln kann, fällt uns fast in den Schoß.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Also! – Abg. Reinhold Gall SPD: Also los!)

Wir müssen die Chance dieses privaten Konjunkturpakets nutzen, weil es dauerhaft Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven auch in strukturschwachen Regionen bietet.

(Abg. Johannes Stober SPD: Worauf warten wir dann?)

Das Grundgesetz sagt: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Vor dem Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise müssen wir prüfen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie lange denn noch? Es ist doch geprüft!)

ob ein Wegerechtsgesetz die wirtschaftliche Entwicklung bei uns dauerhaft verbessern kann und verfassungsrechtlich den Eigentümern zuzumuten ist. Wenn der Wirtschaftsminister dies bejaht, dann soll er dem Parlament ein Wegerechtsgesetz vorlegen. Einer Abstimmung dazu bedarf es heute nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Untersteller.

**Abg. Franz Untersteller** GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich gleich zu Beginn festhalten: Wir halten den Bau der Ethylen-Pipeline Süd industriepolitisch für ein sinnvolles Projekt. Wir sehen insbe-

*(Franz Untersteller)*

sondere unter Umwelt- und Sicherheitsgesichtspunkten keine Alternative darin, Ethylen auf der Straße oder auf der Schiene zu transportieren. Herr Kollege Prewo hat das dazu Notwendige bereits ausgeführt.

Ich will aber gleich zu Beginn auch sagen: Dem Beschlussteil des Antrags der SPD, zum jetzigen Zeitpunkt ein Wegerechtsgesetz zu verabschieden, werden wir nicht zustimmen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wovor habt ihr denn Angst?)

Ich erkläre später noch, warum.

Ziel des heute diskutierten Projekts ist es, das bereits bestehende mitteleuropäische Pipelinenetz mit einer 360 km langen Pipeline vom bayerischen Chemiedreieck um Burghausen quer durch Bayern nach Baden-Württemberg über Karlsruhe mit dem Ludwigshafener Chemiedreieck Rhein-Neckar zu verbinden. Das ist ein wichtiger Baustein. Wir sehen auch durchaus Chancen für die MiRO in Karlsruhe. Unter industriepolitischen Gesichtspunkten – das habe ich auch schon im Wirtschaftsausschuss gesagt – ist die Begründung für dieses Projekt durchaus schlüssig und nachvollziehbar.

Aber auf der anderen Seite reden wir über ein Projekt der Privatwirtschaft. Wir reden über ein Projekt von sieben Unternehmen, die in einem Konsortium zusammengeschlossen sind und die ureigene wirtschaftliche Interessen haben, was ja nichts Negatives ist. Aber das muss man erst einmal voranstellen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wirtschaft dient uns allen!)

Es ist aber dann auch zunächst einmal Aufgabe dieses EPS-Konsortiums, die Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern zu führen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das machen sie doch!)

Daher sollte sich der Staat bzw. das Land zunächst einmal zurücknehmen.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Man muss auch sehen, dass zu Beginn dieser Geschichte diejenigen, die jetzt vonseiten der EPS Druck machen, nach meinem Dafürhalten eine Reihe von Fehlern begangen haben. Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen.

Wenn man zuerst in Rheinland-Pfalz und in Bayern verhandelt und da alles unter Dach und Fach bringt und dann erst merkt, dass in Baden-Württemberg 5 600 Grundstücksbesitzer davon betroffen sind – und somit dreimal so viele wie in Bayern – und wir das Problem der württembergischen Realteilung haben, dann frage ich mich, was die sich dabei denken, erst zum Schluss nach Baden-Württemberg zu kommen. Sie haben zunächst in Rheinland-Pfalz und Bayern begonnen, um anschließend Druck auf uns auszuüben mit dem Hinweis, dass links und rechts von uns alles schon unter Dach und Fach sei und bei uns der Staat mit dem Erlass eines Wegerechtsgesetzes eingreifen solle.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Zweites Beispiel: Zu Beginn des Projekts verhandelt die EPS in Bayern mit dem Bayerischen Bauernverband und macht einen Preis X aus. Dann kommt sie ins Württembergische, verhandelt hier mit dem Bauernverband und macht einen niedrigeren Preis aus. Mittlerweile ist das korrigiert, aber so etwas ist nicht dazu angetan, Vertrauen zu schaffen,

(Zurufe von der CDU)

sondern so etwas ist zunächst einmal dazu angetan, Misstrauen zu schaffen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Sie kennen doch diese Briefe auch und wissen, dass zu Beginn des ganzen Projekts

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Leute aufgetaucht sind, die durch die Art und Weise, wie sie verhandelt haben, das Gegenteil dessen gemacht haben, was notwendig wäre, um Vertrauen zu schaffen. Das ist mittlerweile korrigiert und meines Erachtens durchaus auf einem guten Weg.

Wir haben heute 77 % an abgeschlossenen Verträgen – das sind fünf Prozentpunkte mehr als Ende letzten Jahres –, und deshalb glaube ich, dass wir auf diesem Weg erst einmal weitermachen können.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mein Gott, seid ihr langweilig!)

Auch wenn der Aufwand hoch ist, sehen wir in einem Rechtsstaat keine Alternative dazu, zunächst einmal auf dem Verhandlungsweg zu versuchen, relativ nahe an die 100 % heranzukommen. Dass zum Schluss ein Delta bleibt, sei zugestanden. Wir werden zum Schluss Grundstückseigentümer haben, die – was weiß ich – in Form von Erbengemeinschaften irgendwo in der Welt sitzen, von denen Sie eben eine Unterschrift brauchen, aber sie nicht bekommen. Im Moment stehen bei 23 % die Vertragsabschlüsse noch aus.

„Wir machen den Weg frei“ mag vielleicht ein guter Slogan für die Bank des Kollegen Schlachter sein, aber ich finde, das Land sollte sich hierbei zunächst einmal zurückhalten. Man muss auch sehen: Wenn wir zu diesem Zeitpunkt eingreifen, dann hat das auch eine negative Vorbildwirkung für zukünftige Projekte, weil sich jeder potenzielle Investor darauf berufen kann: Hier bekommst du relativ schnell dein Wegerechtsgesetz oder etwas Ähnliches.

(Widerspruch bei der CDU und der SPD)

Deshalb finde ich: Zunächst muss man in Verhandlungen eintreten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Noch ein Letztes: Je früher man bei einem solchen Projekt mit der Keule „Wegerechtsgesetz“ droht – – Dazu will ich Ihnen einen Tipp geben. Werfen Sie doch einmal einen Blick in das Rechtsgutachten des Justizministeriums. Darin sehen Sie, mit

*(Franz Untersteller)*

welchen Problemen Sie dann rechnen können. Ich zitiere einmal aus dem Gutachten des Justizministeriums:

> *Enteignungen zugunsten privater Unternehmen mit nur mittelbarem Gemeinwohlbezug sind verfassungsrechtlich zumindest problematisch und nicht ohne Risiko.*

(Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Schmiedel, die Forderung „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ wäre bei diesem Projekt meines Erachtens eher angebracht als bei manch anderen politischen Fragen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Claus Schmiedel und Reinhold Gall SPD sowie Dr. Klaus Schüle CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorzüge dieses Projekts wurden hinreichend geschildert und werden von meiner Fraktion auch so gesehen. Es ist überhaupt keine Frage, dass dieses Projekt ein wichtiges Infrastrukturprojekt für das Land Baden-Württemberg ist. Es ist auch keine Frage, dass sich die wirtschaftlichen Interessen der bayerischen Industrie in diesem Projekt legitim widerspiegeln, ebenso wie die wirtschaftlichen Interessen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Sie haben völlig recht: Das gilt auch für unsere eigenen wirtschaftlichen Interessen im Chemiedreieck zwischen Karlsruhe und Mannheim.

Zu Recht wurde auch darauf hingewiesen, dass dieses Projekt ökologisch sinnvoll ist. Denn es ist weit besser, das Ethylen in einer Pipeline durch Baden-Württemberg zu bringen als über Gefahrguttransporte, die mit entsprechenden Unfallgefahren verbunden sind.

(Zustimmung des Abg. Reinhold Gall SPD)

Deshalb spricht wirtschaftspolitisch und ökologisch alles für dieses Projekt. Allerdings stellt sich die Frage, wann es realisiert werden soll.

(Zuruf von der SPD: Möglichst schnell!)

– Nicht möglichst schnell! Denn wir müssen auf der anderen Seite natürlich auch berücksichtigen, dass es legitime Eigentumsinteressen der Bevölkerung gibt.

Die Regierungskoalition in Baden-Württemberg aus Union und FDP/DVP fühlt sich den wirtschaftlichen Interessen des Landes sehr verpflichtet. In dieser Verpflichtung werden wir von den Kollegen der Sozialdemokratie sicherlich nicht übertroffen.

(Oh-Rufe von der SPD)

Was uns im Gegensatz zu Ihnen aber auch sehr wichtig ist, sind die Freiheitsrechte der Bürger und die legitimen Interessen der Bürger.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Ich weiß, diese Interessen passen nicht in Ihr kollektivistisches Weltbild.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

Sie freuen sich über jede Gelegenheit, die Sie bekommen, um die Bürger möglichst rasch mit irgendwelchen Gesetzen zu gängeln.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Für uns gibt es aber eine legitime Abwägung zwischen den wirtschaftlichen Interessen des Landes und denen der Industrie mit den Freiheitsrechten der Bürger. Deshalb glauben wir, dass es am Ende des Tages durchaus zu einem Wegerechtsgesetz kommen wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Also! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ganz sicher wird es so sein, dass der eine oder andere, mit dem im Guten gesprochen wurde, oder – der Kollege Untersteller hat ja Beispiele genannt – Erbengemeinschaften, die vielleicht schwer erreichbar sind, am Ende des Tages über ein Wegerechtsgesetz möglicherweise dazu gezwungen werden, diese Ethylen-Pipeline passieren zu lassen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was heißt „möglicherweise“?)

Die Frage, die sich aber stellt, ist, wann „am Ende des Tages“ ist. Dieser Zeitpunkt ist für uns noch nicht gekommen. Denn uns wurde zugetragen, dass mit manchen Grundstücksbesitzern überhaupt noch kein Kontakt aufgenommen wurde. Das soll zunächst einmal geschehen, und mit denen soll verhandelt werden. Dann soll man zu einer vernünftigen Lösung kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Wortmeldung des Abg. Johannes Stober SPD – Glocke des Präsidenten)

– Eine Nachfrage werde ich nachher gern gestatten.

Wenn eine solche Lösung dann nicht gefunden wird, weil ein geringer Prozentsatz an Grundstückseigentümern dazu nicht bereit sind, wird mit Sicherheit kein Weg an einem Wegerechtsgesetz vorbeiführen.

Es wäre aber falsch, dem Betreiberkonsortium zum jetzigen Zeitpunkt zuzurufen: Es funktioniert auf jeden Fall, und zwar jetzt. Was wir ihm zurufen können, ist: Die Ethylen-Pipeline wird kommen, aber auf den genauen Zeitpunkt werden wir uns nicht festlegen. Herr Kollege Prewo, wir werden auch keinen genauen Prozentsatz nennen, nicht z. B. 90 %, sodass die sich zwischen 89,9 und 90,0 % auf ein Kartell festlegen könnten. Wir werden auch nicht genau sagen, wann dieses Wegerechtsgesetz kommt.

(Lachen des Abg. Reinhold Gall SPD)

Denn wir wollen das Betreiberkonsortium dazu motivieren, mit den Leuten zu reden, um dann zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich höre in meinem eigenen Wahlkreis, durch den die Ethylen-Pipeline führt, von keinen Problemen. Insofern könnte ich aus wahlkreisegoistischen Interessen jetzt schon zustimmen. Aber – die Zahlen wurden genannt – es gibt andere Regionen in diesem Land, und dort sollte eben zunächst noch einmal verhandelt und mit den Leuten auf dem Verhandlungsweg eine vernünftige Lösung gesucht werden. Am Ende wird dieses Wegerechtsgesetz kommen, aber heute ist es dafür mit Sicherheit zu früh.

Jetzt gern, Herr Kollege Stober.

**Abg. Johannes Stober** SPD: Sehr geehrter Herr Kollege Rülke, ist Ihnen bekannt, dass sich die EPS gemäß dem bayerischen Rohrleitungs-Enteignungsgesetz für die Enteignung oder für dieses Wegerecht, das da eingetragen werden soll, „nachweislich ernsthaft bemüht“ haben muss, „das Grundstück oder das in Artikel 2 Abs. 1 Satz 2 bezeichnete Recht“, also das Wegerecht, „zu angemessenen Bedingungen freihändig zu erwerben“? Ist Ihnen weiter bekannt, dass die EPS glaubhaft machen muss, sich in freihändigen Verhandlungen bemüht zu haben, dieses Wegerecht zu erwerben, und dass sie dafür vor Gericht auch nachweispflichtig ist? Daher kann es nicht sein, dass sozusagen einfach von Staats wegen verordnet wird: Es wird enteignet. Vielmehr muss es darum gehen, dass die EPS selbst nachweist, dass sie in ausreichender Weise in Verhandlungen versucht hat, das Grundstück oder das Wegerecht freihändig zu erwerben. Ist Ihnen das bekannt?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Ja.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich dem Herrn Wirtschaftsminister.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unstrittig ist auch nach der Debatte, dass Baden-Württemberg an dieser Ethylen-Pipeline interessiert ist und aus vielfältigen wirtschaftspolitischen Gründen, die hier genannt worden sind, auch interessiert sein muss. Unstrittig ist, dass eine Pipeline ökologisch die umweltfreundlichste Lösung ist, jedenfalls gegenüber Straße, Schiene oder anderen Transportwegen. Unstrittig ist also, dass wir alle – alle! – ein Interesse daran haben müssen, dass diese Pipeline kommt. Unstrittig ist, dass die Betreiber, das Konsortium, in der Vergangenheit Fehler gemacht haben. Auch ich finde es nicht in Ordnung, dass Baden-Württemberg in dieser Sandwichposition viel zu spät

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Richtig!)

in die Dinge involviert worden ist. Unstrittig ist, dass es noch erheblich Luft gibt, in Verhandlungen zu freiwilligen Ergebnissen bezüglich der Grundstücke zu kommen. Auch dies ist unstrittig.

Unstrittig ist deshalb, dass wir gut daran tun, auf der einen Seite festzuhalten, dass wir diese Ethylen-Pipeline wollen, auf der anderen Seite aber die nächsten Wochen noch dafür zu nutzen, um intensiv zu versuchen, das zu erreichen, was Bayern und was auch Rheinland-Pfalz erreicht haben, nämlich ohne Schwingen der Gesetzeskeule, ohne Gesetzesanwendung auf dem Verhandlungsweg immerhin über 90 % der Grundstücke zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jawohl! Sehr schön!)

Unstrittig ist schließlich aber auch – das muss man der Ehrlichkeit halber sagen; Herr Dr. Rülke hat zu Recht darauf hingewiesen –: Wenn wir all diese Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft haben, dann werden zum Schluss trotzdem Totalverweigerer übrig bleiben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie lange geben Sie denen Zeit?)

Da können Sie sich auf den Kopf stellen, da können Sie machen, was Sie wollen: Sie werden diese Totalverweigerer nicht überzeugen können, weil sie entweder sagen „Wir sind mit der Entschädigung nicht zufrieden“ oder „Mir passt die ganze Pipeline nicht in den Kram“ und verschiedene andere Gründe anführen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wenn wir die Pipeline wollen, dann bleibt in dieser Situation überhaupt nichts anderes übrig, als ein Wegerechtsgesetz auf den Weg zu bringen. Deshalb kündige ich für die Landesregierung an:

Erstens: Wir werden alles tun, um auf dem Freiwilligkeitsweg jetzt noch so viele Grundstücke wie möglich zur Verfügung stellen zu können.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Selbstverständlich!)

Da sind noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgereizt. Ich sage noch einmal: Bayern hat es geschafft, 90 % der Grundstücke zur Verfügung zu stellen, ohne die Gesetzeskeule schwingen zu müssen, und in Rheinland-Pfalz war es ähnlich. Wir liegen im Augenblick bei 77 %. Ich finde übrigens, dass das eine großartige Marke ist. Ein Anteil von 77 % kann sich sehen lassen. Damit ist ja im Grunde auch der Beweis erbracht worden, dass von allen Seiten durchaus mit Nachdruck gearbeitet worden ist. Aber ich halte es schon für möglich, den Anteil von 77 % auf dem Freiwilligkeitsweg noch zu steigern. Dies muss in den nächsten Wochen im Vordergrund stehen,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Genau!)

und dies wird für uns auch im Vordergrund stehen.

Ich kündige aber zweitens an: Wenn sich zum Schluss die Situation so darstellt, dass aufgrund von Totalverweigerern keine andere Möglichkeit bleibt, als auf dem gesetzlichen Weg zu diesen Grundstücken zu kommen, um auf diese Weise zu verhindern, dass diese wirtschaftlich sinnvolle Pipeline nicht realisiert wird, dann wird die Landesregierung in der Lage sein, in allerkürzester Zeit mit einem Wegerechtsgesetz diese Dinge auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo.

**Abg. Dr. Rainer Prewo** SPD: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, wenn Sie sagen, in Baden-Württemberg unter diesen Umständen einen Anteil von 77 % zu erreichen sei eine starke Leistung,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Fünf Prozentpunkte mehr als im Dezember!)

dann sagen Sie bitte dazu: Es ist die Leistung der investierenden Unternehmen und nicht der Landesregierung.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Die Landesregierung hat sie bisher hängen lassen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das stimmt doch nicht, Herr Prewo! – Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Hagen Kluck FDP/DVP)

Wenn Sie sagen, Sie würden in allerkürzester Zeit ein Wegerechtsgesetz vorlegen, dann stimmen Sie unserem Beschlussantrag zu! Denn darin wird genau gefordert, in allerkürzester Zeit einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das haben Sie bewusst missverstanden, Herr Prewo!)

Den Eiertanz davor können Sie sich ganz ersparen, wenn Sie glauben, dass wir ein Wegerechtsgesetz brauchen werden, weil am Ende Totalverweigerer übrig bleiben; das haben Sie gesagt. Also braucht man ein solches Gesetz.

Zweitens: Wir wollen diese Pipeline. So viel steht anscheinend auch fest. Ich hoffe, dass das feststeht.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Da hat doch keiner dagegengeredet! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dagegen hat keiner etwas gesagt!)

Daraus folgt: Dann können Sie jetzt dieses Gesetz machen. Es ist ganz einfach:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bei Ihnen!)

Ein Gesetz zu machen ist die Sache des Staats, und die Unternehmen sowie die Bürgerinnen und Bürger müssen Rahmenbedingungen haben, unter denen sie handeln können,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das haben sie schon jetzt!)

unter denen sie frei handeln können. Wenn der Staat seine Aufgaben erfüllt und frühzeitig die Gesetze macht, von denen er weiß, dass er sie brauchen wird, dann können anschließend die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen dieser Regeln ihre Verhandlungen führen und sich auf dem Freiwilligkeitsweg einigen.

(Beifall bei der SPD)

Das, was nach dem Erlass eines solchen Gesetzes passiert, ist die freiwillige Verhandlung.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Dr. Prewo, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Mack?

**Abg. Dr. Rainer Prewo** SPD: Bitte schön, Herr Mack.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Herr Abg. Prewo, steht die gesamte SPD-Fraktion hinter Ihren Aussagen?

**Abg. Dr. Rainer Prewo** SPD: Herr Mack, vielen Dank für die Frage. Ich glaube, Sie haben am Beifall gemerkt: Ich brauche dazu nichts mehr zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Die Dinge sind völlig klar: Wir haben ein Problem, wir haben ein Führungsproblem im Land. Das haben wir schon lange!

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die SPD hat ein Führungsproblem! Das ist der erste richtige Satz! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Übrigens, der Fall deckt doch noch einiges mehr auf. Wir haben in Baden-Württemberg wirklich seit Jahren ein Führungsproblem bei der Infrastruktur. Die Leute wissen das. Bei Stuttgart 21 haben wir bis jetzt nichts wirklich Abschließendes hingekriegt. Wir haben beim Fernstraßenbau, bei der Infrastruktur, bei der Breitbandverkabelung, bei der Oberrheinstrecke, bei der Strecke Mannheim–Frankfurt Verschleppungen bis zum Gehtnichtmehr.

(Zuruf von der CDU: Nicht bei uns!)

Schauen Sie, was in Bayern geschieht, was in Hessen früher unter der SPD-Regierung gebaut wurde. Wir haben vor 19 Jahren eine einzige ICE-Strecke von 99 km Länge – von Stuttgart nach Mannheim – gebaut bekommen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist eine Schande! – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Seit 19 Jahren kam nicht ein Kilometer dazu. Schauen Sie nach, was in Bayern – Ingolstadt, München, Würzburg –, in Hessen – Fulda, Kassel, Frankfurt –, in Hannover und in Köln alles gebaut wurde. Schauen Sie sich die Landesstraßen an. Überall treten wir nur noch hasenfüßig auf.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wie lange darf der reden? – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Es gibt einen SPD-Verkehrsminister Tiefensee, der manches anders sieht!)

– Er ist aber auch Verkehrsminister für die anderen Länder, Herr Kollege Noll. Die anderen Länder haben denselben Bundesverkehrsminister, aber wir kriegen es nicht hin.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Dr. Prewo, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

**Abg. Dr. Rainer Prewo** SPD: Ja, wenn wir schon dabei sind, gern.

(Heiterkeit – Zurufe: Jetzt aber!)

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Kollege Dr. Prewo, darf ich aus Ihren Äußerungen schließen, dass der SPD die berechtigten Sorgen und Wünsche beispielsweise der Anrainer einer Oberrheintal-Neubaustrecke in Bezug auf Umweltschutz und Lärmschutz egal sind?

*(Hagen Kluck)*

Zweite Frage: Teilen Sie meine Ansicht, dass das Vertrauen der Bevölkerung in Baden-Württemberg in die jetzige Landesregierung so groß ist, dass die sie tragenden Fraktionen jedes Mal überwältigende Mehrheiten erhalten, während Ihnen niemand etwas zutraut?

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

**Abg. Dr. Rainer Prewo** SPD: Das werden wir ja beim nächsten Mal sehen, Herr Kollege Kluck. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Das Vertrauen der Bevölkerung wächst, wenn eine Regierung in der Lage ist, klare Vorschläge zu machen und dann auch klare Entscheidungen zu treffen, und nicht dauernd herumeiert: Wollen wir, wollen wir nicht, wollen wir vielleicht, wollen wir später? Auf diese Weise kriegen wir nichts gebacken.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die Aussagen waren klar: Wir wollen! – Gegenruf des Abg. Johannes Stober SPD: Wir wollen, aber wir machen nicht!)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 14/3701. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsbegehren und durch die Aussprache erledigt. – Sie stimmen dem zu.

Ich lasse über Abschnitt II des Antrags abstimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/3701 ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**a) Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 – Drucksache 14/4200**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/4202**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann**

**b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes – Drucksache 14/4201**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/4203**

**Berichterstatter: Abg. Ingo Rust**

**c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Finanzministeriums – Mittelfristige Finanzplanung ohne Deckungslücken – Drucksache 14/2656**

**d) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Finanzministeriums – Für die Kapitalaufstockung bei der Landesbank Baden-Württemberg die Bundeshilfen nutzen – Drucksache 14/3772**

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Herrmann.

**Abg. Klaus Herrmann** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Hoffnung, dass wir in diesem Jahr eine konjunkturelle Erholung bekommen, ist nach wie vor gering und geht gegen null. Das EU-weite Geschäftsklima konnte sich noch nicht stabilisieren. Die Kreditklemme zieht weitere Kreise, und der Welthandel geht zurück.

Dies ist für Baden-Württemberg nicht ohne Folgen, da unser Land sehr stark exportorientiert ist. Aber es gibt bei uns in Baden-Württemberg keinen Grund für Schwarzmalerei oder Untergangsstimmung. Die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist stark, die Unternehmen sind wettbewerbsfähig. Wir haben in guten Jahren unsere Hausaufgaben gemacht. Wir sind besser aufgestellt als viele andere, und wir werden schneller als andere einen neuen Wachstumspfad einschlagen.

Umso wichtiger ist es, dass der Mittelstand starke Partner hat, die ihm helfen, das Tal der Rezession zu überbrücken. Die Landesbank Baden-Württemberg war immer ein starker Partner des Mittelstands und soll auch ein starker Partner des Mittelstands bleiben. Durch die Kapitalerhöhung, die wir heute mit dem Nachtrag und der Änderung des Landesbankgesetzes beschließen, schaffen wir die Voraussetzungen, dass die Landesbank Baden-Württemberg auch in Zukunft ein verlässlicher Partner des Mittelstands bleiben wird. So verhindern wir eine Kreditklemme, so leisten wir einen Beitrag dazu, dass Arbeitsplätze in unserem Land gesichert werden können.

Nun ist auch die LBBW keine Insel der Glückseligen. Sie ist ebenfalls – wir haben das gestern breit diskutiert – von der Finanzmarktkrise betroffen. Wenn man aber einen Vergleich zu anderen Banken zieht, dann sieht man, dass unsere Landesbank nach wie vor gut dasteht. Krisenrhetorik ist hier nicht angebracht.

Die LBBW ist durch drei Beratungsunternehmen gründlich unter die Lupe genommen worden. Alle bescheinigen der Landesbank ein gutes Geschäftsmodell. Aus unserer Sicht sind die Risken hinreichend geprüft worden, und wir können feststellen, dass die Landesbank stabil ist und gut in der jetzigen Krise aufgestellt ist.

Unser Mittelstand in Baden-Württemberg ist reich an Ideen, aber nicht so reich an Kapitalreserven, wie es vielleicht wünschenswert wäre. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass der Mittelstand solvent bleibt, auch wenn die Geldmärkte weiter stocken sollten. Mit der Kapitalerhöhung, die wir heute beschließen, machen wir unsere Landesbank weiter handlungsfähig. Der Sparkassenverband als Träger hat dieser Kapitalerhöhung am Montag dieser Woche mit großer Mehrheit zugestimmt und wird sie auch finanziell mittragen. Damit wird das bewährte, erfolgreiche Miteinander der Sparkassen mit der LBBW fortgesetzt. Heute Nachmittag wird wohl auch der Stuttgarter Gemeinderat den Weg für die Kapitalerhöhung endgültig freimachen.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zum Geschäftsmodell der LBBW machen. Die Sparkassen, die die Landesbank jetzt mit stützen, sollten vor Ort keine unnötige Konkurrenz be-

*(Klaus Herrmann)*

kommen. Die bisher bewährte Praxis sollte fortgeführt werden, dass nämlich kleine und mittlere Betriebe als Ansprechpartner schwerpunktmäßig die Sparkassen vor Ort und als Konkurrent die Raiffeisenbanken haben. Beide, sowohl die Sparkassen als auch die Raiffeisenbanken, genießen bei der Bevölkerung nach wie vor hohes Vertrauen. Die bewährte Praxis im Zusammenspiel mit der LBBW sollte auch künftig fortgesetzt werden.

Mit der Kapitalspritze, die wir heute beschließen, wird das Eigenkapital der LBBW von derzeit 6 % auf 8 bis 9 % erhöht. Wir werden der LBBW die Landesmittel in Höhe von 2,1 Milliarden € über eine Finanzierungsgesellschaft zur Verfügung stellen.

Herr Kollege Schmiedel, ich war schon überrascht, dass Sie gestern hier im Plenum davon sprachen, das seien Schleichwege, das sei Verschleierung, das seien Schattenhaushalte, damit werde der Haushalt geschönt. Ich will hier klar feststellen: Es handelt sich um keinen Schattenhaushalt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch!)

Alles ist sauber und öffentlich dargestellt. Das entspricht der Haushaltswahrheit und -klarheit. Die Schulden, die wir aufnehmen, um die LBBW zu unterstützen, werden getrennt ausgewiesen, bilden keine Konkurrenz zu anderen Aufgaben des Landes. Das ist eine korrekte, transparente und offene Vorgehensweise. Das möchte ich hier einmal deutlich feststellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ein weiterer Grund, warum wir den Weg über die Finanzierungsgesellschaft wählen, ist, dass wir dabei nach derzeitigem Steuerrecht in der Bundesrepublik Deutschland eine Ersparnis in Höhe von 74 Millionen € auf zehn Jahre haben, weil die Ausschüttungen der LBBW, wenn sie direkt an das Land erfolgten, die Erhebung von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag notwendig machen würden und weil das Land dann die Finanzierungskosten nicht gegenrechnen könnte.

Wenn Sie, Herr Schmiedel, das mit Cross-Border-Leasing vergleichen, wie Sie es gestern getan haben, dann vergleichen Sie nicht nur Äpfel mit Birnen, sondern vergleichen Sie Obst mit irgendetwas anderem. Denn das eine ist amerikanisches Steuerrecht, das andere ist unser Steuerrecht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist egal! Trotzdem schien es todsicher! Sie haben doch behauptet, das sei todsicher!)

Das ist ein sehr großer Unterschied.

Wenn sich die Ersparnis in Höhe von 74 Millionen € nicht ergeben würde, würden wir genauso dastehen, als wenn wir das Vorhaben über den Haushalt abwickeln würden – also kein zusätzliches Risiko. Sie malen hier etwas an die Wand, was in der Praxis nicht besteht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch, höhere Kosten!)

Weiterhin schaffen wir mit diesem Gesetz heute die haushaltsrechtlichen und die gesetzlichen Voraussetzungen dafür, dass die Kapitalerhöhung über die Zweckgesellschaft durchgeführt werden kann.

Ein weiterer strittiger Punkt im Landtag ist die Frage, ob wir die Hilfe des SoFFin in Anspruch nehmen sollten. Hierzu haben wir bereits gestern durch den Kollegen Kößler klar gesagt: Wir stehen dazu, dass wir die Finanzierung als Land selbst erbringen. Wenn wir den Schutzschirm des SoFFin in Anspruch nähmen, würde der Bund Mitsprache und Eigentümerrechte geltend machen. Des Weiteren dürften keine Ausschüttungen mehr erfolgen. Ob das im Interesse unserer Sparkassen, im Interesse des Landes und im Interesse der Stadt Stuttgart als Miteigentümern der LBBW richtig wäre, halte ich zumindest für fragwürdig.

Defizite, die durch die Stützung einer Landesbank entstanden sind, tragen die Länder entsprechend ihrer Beteiligung an der jeweiligen Landesbank gesondert. Da das Risiko also ohnehin beim Land bleibt, ist es besser, wir bleiben Herr im eigenen Haus und übernehmen die Finanzierung selbst.

Meine Damen und Herren, jetzt zahlt sich auch aus, dass Baden-Württemberg die Erträge des Aufschwungs in den letzten Jahren nicht für irgendetwas ausgegeben, sondern Rücklagen gebildet hat. „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“, sagt der Volksmund. Das haben wir gegen Kritik der SPD berücksichtigt.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Das zahlt sich heute positiv aus. Wir haben solide gewirtschaftet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Lachen der Abg. Christine Rudolf SPD)

Nun zu den Anträgen. Die SPD legt zwei Anträge vor, die sich mit dem Thema Studiengebühren beschäftigen.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Wir haben Familien für dritte und weitere Kinder von Studiengebühren befreit. Den dadurch entstehenden Einnahmeausfall wollen Sie den Hochschulen nun in Höhe von 36 Millionen € erstatten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Viel Geld!)

Zunächst einmal möchte ich feststellen: Wenn es nach der SPD gegangen wäre, hätten die Hochschulen das Geld gar nicht,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! Aus dem Haushalt!)

weil Sie ja gegen Studiengebühren waren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Ingo Rust SPD: Sie haben bei den Hochschulen gekürzt! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Jetzt wollen Sie eine äußerst unseriöse Finanzierung vornehmen. Sie wollen die 36 Millionen € nämlich aus der Rücklage entnehmen. Die würden aber jedes Jahr anfallen. Wie Sie das in den Jahren 2010 ff. machen wollen, sagen Sie nicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da gewinnen wir die Wahlen! Dann ist alles anders!)

*(Klaus Herrmann)*

Sie setzen die unseriöse Finanzpolitik fort, die Sie beim Urhaushalt schon begonnen haben. Deshalb können wir diesen Anträgen nicht zustimmen.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Ein weiterer Punkt sind die Vorstandsvergütungen. Hierzu liegt ja ein gemeinsamer Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP/DVP vor. Wir wollen eine marktgerechte, der jeweiligen betriebswirtschaftlichen Situation angemessene Vergütung für die Vorstände, die sich am wirtschaftlichen Ergebnis einer Bank orientiert. Aber klar ist auch: Wo kein Gewinn ist, darf es auch keine Tantiemen geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Bei Erfolg soll es durchaus Boni geben. Ich füge hinzu: Mit mir könnte man für schlechte Zeiten – wenn man in guten Zeiten Boni gibt – auch einmal einen Malus bei den Vorstandsbezügen einführen.

(Zurufe von der SPD: Oi!)

Das wäre ein leistungsorientierter Weg. Er wäre auch transparent.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Der Herr Ministerpräsident, den Sie, Herr Schmiedel, gestern zitiert haben, hat im Zusammenhang mit der Postbank gesagt – ich wiederhole Ihr Zitat –:

> *Gerade ein Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung muss beim Thema Bonuszahlungen für Manager mit gutem Beispiel vorangehen.*

Wir haben jetzt gemeinsam einen vernünftigen, leistungsorientierten Vorschlag gefunden,

(Abg. Ingo Rust SPD: Sehr gut!)

der, wie gesagt, keinen Bonus vorsieht,

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU)

wenn das Unternehmen keine Gewinne, sondern Verluste macht. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP – Abg. Ingo Rust SPD: Besser spät als nie!)

Lassen Sie mich noch eine für mich wichtige Bemerkung machen. Bei der ganzen Aktion der Stützung der LBBW sind Risiken vorhanden, die niemand genau abschätzen kann, egal, ob wir jetzt unmittelbar vom Land aus oder anderweitig Stützungsmaßnahmen durchführen. Ich sage ganz offen: Mir ist dabei nicht ganz wohl. Expertenrat ist wichtig, aber nicht immer unbedingt richtig. Mir sagt jedoch der gesunde Menschenverstand: Trotz aller Probleme und Abwägungen gibt es keine Alternative zu dem jetzt vorgesehenen Verfahren,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Blödsinn!)

nämlich einer Stützung der Landesbank im Rahmen einer eigenen Lösung, nicht über den SoFFin,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Blödsinn! Es gibt immer Alternativen! Hier gibt es eine ganz konkrete, die heißt SoFFin!)

und mit der Abwicklung über eine Finanzierungsgesellschaft.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Wir wollen weiterhin ein starker Partner für leistungsstarke und leistungsbereite Menschen und eine starke Wirtschaft in Baden-Württemberg bleiben. Wir wollen weiterhin, dass wir eine starke Landesbank haben. Wie gesagt, bei allen Bedenken: Es gibt keine Alternative

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Blödsinn!)

zu dem heute Vorgeschlagenen, auch wenn Sie von den Grünen es anders sehen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Blödsinn! Da gibt es eine Alternative! Sie gefällt Ihnen nicht, aber zu sagen, es gebe sie nicht, ist einfach Blödsinn!)

– Ich spreche hier ja für unsere Fraktion und nicht für die Grünen.

Wir stimmen aus diesem Grund den vorgeschlagenen Entwürfen zur Änderung des Haushalts sowie dem vorgeschlagenen Entwurf zur Änderung des Landesbankgesetzes einmütig zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid.

**Abg. Dr. Nils Schmid** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesbank Baden-Württemberg ist von der Finanzmarktkrise erfasst worden. Sie macht Verluste.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die SPD-Landtagsfraktion hat von Anfang an signalisiert, dass wir als SPD in dieser schweren Zeit hinter dieser Landesbank stehen, weil wir daran glauben, dass sie für den Mittelstand in unserem Land, für Beschäftigung in unserem Land und für die Unternehmen in unserem Land wichtig ist.

Wir glauben daran, dass sie im Kern ein tragfähiges Geschäftsmodell hat. Die letzten Monate haben gezeigt, dass eine Geschäftsstrategie ausgearbeitet worden ist, die konsequent das sogenannte Kreditersatzgeschäft abbaut und gleichzeitig die Stärken der Bank im Mittelstandsgeschäft – und zwar im gehobenen Mittelstandsgeschäft und Unternehmenskundengeschäft – ausbauen und ausdehnen will, und zwar in Zusammenarbeit mit den Sparkassen unter Umständen und nach Möglichkeit auch auf andere wirtschaftsstarke Räume in Deutschland.

Deshalb haben wir von Anfang an eine Stützung der Landesbank – die Kapitalerhöhung – begrüßt und unterstützt. Wir haben schon im November des vergangenen Jahres klargemacht:

*(Dr. Nils Schmid)*

Wir halten bei der Abwägung zwischen einer Bundeslösung über den SoFFin und einer Landeslösung die Landeslösung als Alternative für vorzugswürdig, weil wir der Auffassung sind, dass es immer gut ist, wenn der Eigentümer selbst zu seiner Bank steht und damit Vertrauen schafft, weil wir aber auch der Überzeugung sind, dass es besser ist, die Probleme der Landesbank in Baden-Württemberg zu lösen, als dem Einfluss Dritter ausgesetzt zu sein, und weil wir der Auffassung sind, dass die Konditionen des SoFFin im Vergleich zur Landeslösung aus verschiedenen Gründen nachteilig sind. Wir haben in den Ausschusssitzungen ausführlich darüber debattiert.

Die SPD-Landtagsfraktion hat aber auch von Anfang an klargemacht, dass es zwei besonders wichtige Anliegen bei der Landeslösung gibt, nämlich erstens Haushaltswahrheit und -klarheit. Wenn das Land Geld gibt und dieses über Schulden finanziert werden muss, dann muss dies im Landeshaushalt auftauchen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite Anliegen der SPD war, ebenfalls schon Ende letzten Jahres deutlich artikuliert, dass bei einer Landeslösung die Regelungen des Bundes zur Deckelung von Vorstandsgehältern nicht umgangen, nicht ausgehebelt werden dürfen. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass die Vorstandsgehälter der LBBW auf 500 000 € gedeckelt werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Beide Anliegen werden heute noch einmal in Anträgen aufgenommen. Das erste Anliegen, nämlich Haushaltswahrheit und -klarheit, wird von Ihnen leider anders gesehen. Aber die Motive liegen auf der Hand, denn Sie als CDU und FDP/DVP im Landtag von Baden-Württemberg wollen die Illusion der Nullneuverschuldung aufrechterhalten, um vor den Bürgerinnen und Bürgern im Land zu verbergen, dass Sie mit über 2 Milliarden € in die Verschuldung gehen, um die Landesbank zu stützen. Dies ist reines Wahlkampfgeplänkel, Vorwahlkampf,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Täuschung!)

und verlässt den Weg der notwendigen gemeinsamen staatspolitischen Verantwortung für unsere Landesbank, für die Beschäftigten der Landesbank und für die Wirtschaft im Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Manfred Groh CDU: Das steht doch im Staatshaushaltsgesetz!)

Sie wollen, dass in den offiziellen Statistiken des Statistischen Landesamts im Bundesländervergleich diese 2 Milliarden € Neuverschuldung nicht auftauchen und dass Sie auf dem Papier die Nettonull halten. Dies ist kurzsichtig, und dies werden die Menschen im Land Ihnen auch nicht nachsehen; denn so dumm, wie Sie die Menschen einschätzen, sind sie nicht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das sollten Sie uns nicht unterstellen!)

Sie kaufen sich mit der Lösung über eine Zweckgesellschaft eine Reihe von Risiken ein. Das erste Risiko ist, dass Sie das Kapital der Landesbank für private Träger öffnen. Wir haben in den vergangenen Jahren immer betont, dass eine Stärke der Landesbank Baden-Württemberg ist, dass sie sich ausschließlich auf öffentlich-rechtliche Träger stützt, keine private GmbH oder AG dort beteiligt ist und damit auch das Rating dieser Bank am Kapitalmarkt stabil gehalten wird. Das notwendige Signal der Stärkung der Bank und des Vertrauens in die Bank durch die Kapitalerhöhung wird konterkariert durch die Öffnung des Kapitals für private Träger. Denn an den Kapitalmärkten wird schon die Einschaltung eines privaten Trägers, sei er auch vollständig in öffentlicher Hand, als Schwäche gewertet. Diese GmbH, die dort als Träger auftaucht, kann theoretisch und formalrechtlich insolvent werden, und es kann zu Zahlungsverzögerungen kommen. Dies wird von den Kapitalmärkten nicht goutiert.

Aber noch viel wichtiger ist: Sie halsen sich dadurch, dass Sie die Zweckgesellschaft wählen, ein zehn Jahre lang bestehendes Steuerrechtsänderungsrisiko auf. Der vergleichsweise geringe wirtschaftliche Vorteil von 7 Millionen € rechtfertigt nicht,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Insgesamt 74 Millionen €!)

dass Sie sich mit Ihrer Konstruktion darauf verlassen, dass es zu Körperschaftsteuerrechtsänderungen, wie sie jedes Jahr neu diskutiert werden, nicht kommt. 7 Millionen € pro Jahr sind eine aus meiner Sicht angemessene Versicherungssumme gegen den Zugriff des Steuergesetzgebers auf verschiedene steuerrechtliche Privilegien, die Sie ausnutzen, um zu diesem Wirtschaftlichkeitsvorteil zu kommen.

Ich erinnere daran, dass die maßgeblichen Regelungen, die dieser Konstruktion zugrunde liegen, Herr Finanzminister, nämlich Körperschaftsteuer-, Gewerbesteuerregelung, die Frage, wie mit Ausschüttungen aus Körperschaften umgegangen wird, im Mehrjahresrhythmus geändert werden: 2001, 2008. Die Schachtelprivilegien, die Sie zur Anwendung bringen, sind nicht in Stein gemeißelt. Und wer weiß, was in den nächsten zehn Jahren in diesem Bereich an Änderungen kommen wird?

Deshalb halte ich es für den Steuerzahler, für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes für einen Unsicherheitsfaktor, wegen 7 Millionen € pro Jahr diese Risiken in Kauf zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in den Finanzausschusssitzungen gemeinsam herausgearbeitet, dass der SoFFin als Alternative schon deshalb nicht in Frage kommt, weil man genauso wie schon jetzt die Beihilfe, die eine solche Kapitalerhöhung darstellt, in Brüssel anmelden und notifizieren müsste. Zur Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit gehört natürlich auch, dass der SoFFin von A bis Z schuldenfinanziert ist, und das auch noch außerhalb des Bundeshaushalts. Insofern ist der SoFFin auch kein Beitrag zur Haushaltswahrheit und -klarheit.

Wir plädieren also für eine Abbildung hier im Haushalt und werden dies heute auch noch einmal beantragen.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweites wichtiges Anliegen ist jetzt mit dem gemeinsamen Antrag aller vier Landtagsfraktionen aufgegriffen worden. Wir

begrüßen dies als SPD-Fraktion. Wir haben, neben der Bestimmung, dass sich die Vergütung am langfristigen Unternehmenserfolg orientieren muss, vor allem darauf Wert gelegt, dass der Gedanke, der der SoFFin-Regelung zugrunde liegt, nämlich dass im Fall einer Stützung von staatlicher Seite die Vorstandsgehälter auf 500 000 € gedeckelt werden müssen, uneingeschränkt in diesen Änderungsantrag aufgenommen wird. Das ist für uns deshalb die Bedingung für unsere Zustimmung zur Kapitalerhöhung, weil wir als verantwortliche Politiker genau merken, dass die staatlichen Stützungsaktionen des Bundes und auch von Ländern für Banken in der Bevölkerung durchaus sehr umstritten sind. Denn die Menschen haben den Eindruck: Wenn es um die Banken geht, sitzt das Geld locker; wenn es um Hartz IV,

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Oder um Schulen!)

wenn es um sozialstaatliche Schutzmaßnahmen geht, ist das Geld nicht vorhanden. Deshalb war es für die gesellschaftliche Akzeptanz der staatlichen Rettungspakete im Bankensektor wichtig, dass man auch ein Element der Anerkennung der Verantwortung von Managern einfließen lässt. Die Bundesregierung hat ja zu Recht staatliche Hilfen an die Bedingung geknüpft, dass die Vorstandsgehälter gedeckelt werden, damit klar wird: Diejenigen, die die Verantwortung für Banken tragen, müssen auch für die Folgen haften.

(Beifall bei der SPD)

Dass dieser Gedanke, diese 500 000-€-Deckelung, nun aufgenommen wird, ermöglicht es der SPD-Fraktion – trotz schwerster Bedenken aufseiten der Finanzpolitiker, was den Schattenhaushalt und die Schattenschulden anbelangt –, der Kapitalerhöhung im Ergebnis zuzustimmen. Meine Damen und Herren, damit ist klar, dass vom Land ein Signal der Stützung für diese Bank ausgeht, die wichtig für die Unternehmen und für die Beschäftigten im Land ist.

Wir wollen im Rahmen dieser Beratungen zum Nachtragshaushalt jedoch noch ein weiteres Anliegen aufgreifen, das sich in den letzten Monaten als drängend erwiesen hat, nämlich die Folgen der von Ihnen in Kraft gesetzten Geschwisterregelung für die Gebührenhaushalte der Hochschulen.

Sie haben – dies wertet die SPD als ersten Schritt zur Abschaffung der Studiengebühren –

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU)

die Ausnahmeregelungen bei der Heranziehung zu Studiengebühren massiv ausgeweitet. Aufgrund dessen kann man einen Ausfall von einem Viertel bis einem Drittel der veranschlagten Studiengebühreneinnahmen an den einzelnen Hochschulen erwarten.

Wir sind aber der Auffassung, meine Damen und Herren: Wer A sagt, muss auch B sagen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Wer Hochschulen Gelder entzieht, indem großzügige Ausnahmeregelungen bei den Studiengebühren erlassen werden, der muss den Hochschulen, die sich in ihrer Finanzierung auf diese Gebühren verlassen haben, auch die entsprechenden Ersatzmittel zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber diese Gelder, die da entzogen werden, die wollten Sie doch gar nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau! Die Argumentation ist nicht schlüssig! – Abg. Wolfgang Drexler SPD zur CDU: Ihr habt doch vorher die Zuschüsse gekürzt!)

Die Auswirkungen dieser Geschwisterregel sind erheblich. Ich zitiere aus den „Badischen Neuesten Nachrichten“ vom 18. März 2008 den Rektor der Hochschule Karlsruhe Technik und Wirtschaft:

> *... nach unseren Berechnungen werden uns pro Jahr damit 1,4 Millionen der bisher 4,2 Millionen € an Einnahmen aus Studiengebühren fehlen.*

Rückmeldungen von anderen Hochschulen des Landes gehen von einer ähnlichen Größenordnung aus. So sagt ein weiterer Rektor, dass etwa ein Drittel der einkalkulierten Studiengebühren ausfielen. Weiter äußert er – und nun kommt der entscheidende Punkt –:

> *Diese Gebühren wurden erwartet und verplant. Wir sind nun gerade noch in der Lage, das zur Verbesserung unseres Lehrbetriebs und der Betreuung der Studenten eingesetzte Personal aus diesen Mitteln zu bezahlen.*

Man muss wissen: Diese Hochschule und andere können das für das laufende Jahr nur tun, weil sie Reserven aus den Vorjahren haben; nur so können sie bestehendes Personal halten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Eine weitere Rückmeldung einer anderen Hochschule lautet:

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

> *Nach derzeitigem Stand sind 32 % unserer geplanten Einnahmen aus Studiengebühren vom Einnahmeausfall betroffen. Da wir in der Tat einen Teil unserer Grundfinanzierung aus Studiengebühren bestreiten müssen, schmilzt dadurch vor allem der Teil, der für eine Verbesserung der Lehre eingesetzt werden kann.*

Dies ist der Punkt, sehr verehrte Damen und Herren. Durch ständige Kürzungen bzw. den Hochschulpakt, das heißt Einfrieren von Landesfinanzierung, sind Hochschulen immer stärker darauf angewiesen, aus Studiengebühren Grundfinanzierung zu leisten. Ein Beispiel ist diese Hochschule. Damit ist der Einnahmeausfall unmittelbar mit Auswirkungen für das Lehrangebot verbunden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Stimmt!)

Das entspricht sieben bis acht zusätzlichen Lehrprofessuren an dieser Hochschule.

Meine Damen und Herren, wer Wohltaten mit der Geschwisterregelung verteilen will – wir stehen dazu –, der muss den Hochschulen auch entsprechende Mittel zur Verfügung stellen, damit sie ihrem Bildungsauftrag nachkommen können. Dies wollen wir mit unserem Antrag. Wir haben nach wie vor Rücklagen im Landeshaushalt. Deshalb appelliere ich an Sie,

*(Dr. Nils Schmid)*

zur Stärkung von Bildungschancen im Land, für gute Hochschulen im Land: Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen bei den Studiengebühren zu.

(Beifall bei der SPD)

Damit ist klar, die SPD-Fraktion hält die Anträge zu den Studiengebühren aufrecht.

Wir werden wegen der Zweckgesellschaft und der Schattenverschuldung der Änderung des Landesbankgesetzes nicht zustimmen.

Wir stimmen aufgrund des Entschließungsantrags zu den Vorstandsgehältern der Kapitalerhöhung zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schlachter.

**Abg. Eugen Schlachter** GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In geradezu unerträglicher Hektik wird die finanzpolitisch bedeutendste Entscheidung, die dieses Land je zu treffen hatte, durch den Parlamentsgang gejagt. Alles, was ein ehrbarer Kaufmann nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Geschäftsführung bei einem solchen Vorgang prüfen würde, wird mir als Abgeordnetem der Opposition unmöglich gemacht, indem die Einsicht in die erforderlichen Unterlagen verweigert wird. Jeder Handwerker, der bei der Bürgschaftsbank eine Bürgschaft von vielleicht 200 000 € haben möchte und so daherkäme, würde bei der Bürgschaftsbank ausgelacht. Er würde nichts bekommen. Und wir debattieren heute über eine Landesbürgschaft von 2 Milliarden €!

Aber die große Koalition der Durchwinker in diesem Haus interessiert das nicht.

(Zuruf: Na, na, na!)

Ich sage es ganz offen: Es sind die Durchwinker, die auch in den Gremien der Landesbank Baden-Württemberg sitzen. Wir haben, um Aufklärung, um Informationen zu bekommen, eine Sondersitzung des Finanzausschusses beantragt. Das wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt. Wir hätten gern vernünftig und vertiefend dazu beraten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir hatten doch eine Sitzung am Dienstag! Drei Stunden!)

Es ist nicht einfach zu verstehen, warum die Landesregierung heute eine Bürgschaft von 2,1 Milliarden € beantragt, nachdem hier vor knapp einem Jahr die Landesbank als Musterknabe gefeiert und gepriesen wurde. Es bedarf eines Blickes auf die Vorgeschichte, allerdings im Sinne von Betrachtung der Wirklichkeit und unter Abnahme der rosaroten Brille.

Ich will Ihnen hier ein ungeschminktes Bild nach dem Stand meiner Informationen vortragen. Man muss ja wie ein Detektiv vorgehen, wenn man hier etwas erfahren will. Einsicht in die Unterlagen gibt es nicht.

Zur Erinnerung: Vor Aufhebung der Gewährträgerhaftung im Jahr 2005 saugte sich auch die Landesbank Baden-Württemberg noch kräftig mit günstigen Refinanzierungen voll. Ohne richtigen Plan, was damit zu tun ist, wurde in strukturierte Papiere und teilweise auch in fragwürdige Bankschuldverschreibungen investiert. Die damalige Alternative, die Landesbank auf das zurückzubauen, was das Landesbankgesetz vorsieht, was dem öffentlichen Auftrag entspräche, wurde nicht gewählt; diese Chance wurde nicht ergriffen.

So schlossen sich natürlich auch die politisch Verantwortlichen, die im zuständigen Gremium, dem Verwaltungsrat, sitzen, ein Stück weit dieser Fehlentwicklung an: Alles wurde durchgewunken, u. a. die Fusionen mit der Sachsen LB und der Landesbank Rheinland-Pfalz. Wir wissen heute: Nicht unerhebliche Risiken lasten inzwischen auf unserem Haushalt, auf den Füßen der Steuerzahler von Württemberg, weil das so gemacht wurde.

(Zurufe von der SPD: Und Baden! – Abg. Christine Rudolf SPD: Bei den Sachsen ja noch mehr!)

– Baden-Württemberg. Jawohl. – Alle Träger – und das verwundert mich sehr –, nämlich Land, Sparkassen und auch die Stadt Stuttgart, setzen bei diesem Institut in erster Linie auf Gewinnmaximierung. Wie sonst lässt es sich erklären, dass da eine Ertragserwartung

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die ganze Welt ist schlecht!)

– Herr Schmiedel, lassen Sie mich doch bitte ausreden – aus einer vormaligen Beteiligung für 539 Millionen € verkauft wurde, noch bevor dieser Ertrag vereinnahmt werden konnte, nur um Haushaltslöcher zu stopfen? Damit hat sich natürlich das Land in die Geiselhaft der Gewinnmaximierung begeben.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt wird Herr Dr. Jaschinski von einigen, die, sage ich einmal, auch zu den Durchwinkern gehören, immer als der Sündenbock hingestellt. Aber genau genommen war er der Erfüllungsgehilfe für die Maxime „Rendite, Rendite – Risiko egal“.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Jaschinski ist ein Durchwinker!)

Diejenigen, die heute das Land zum Ausbügeln dieser Risiken durch Bürgschaften verpflichten wollen, saßen und sitzen auch in den Gremien dieser Bank.

Ich will aus § 11 des Landesbankgesetzes zitieren:

> *Der Verwaltungsrat beschließt über die Grundsätze der Geschäftspolitik.*

Deshalb können Sie sich nicht aus der Verantwortung herausmogeln. Sie – auf der rechten wie auf der linken Seite dieses Parlaments – sind in der Verantwortung schön mit dabei. Herr Mappus, ich hoffe, Sie nehmen sie auch an.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Ingo Rust SPD: Sie halt nicht! Und deswegen nörgeln Sie herum!)

– Wir dürfen nicht mitmachen.

*(Eugen Schlachter)*

Ich sage deutlich: Herr Dr. Jaschinski war eigentlich der Einzige, der in den letzten Wochen Fehlentwicklungen zugegeben hat, und zwar in einem Interview mit der „Südwest Presse“. Es war auch Zeit, dass man einmal zugibt, dass man halt in die falsche Richtung marschiert ist. Aber von allen anderen, die hier Mitverantwortung tragen, wurde das so leider nicht gesehen. Man hätte früher durchgreifen müssen; denn heute haben wir hier im Landeshaushalt alles auf den Füßen des Steuerzahlers aufgedockt.

Die Bank hat ja noch mehr. Sie hat problematische Papiere in einer Größenordnung von 55 Milliarden €, exotisches Material, das man im Fachjargon inzwischen als „toxische Papiere“ bezeichnet, die vor dem Hintergrund des öffentlichen Auftrags einer Landesbank in deren Büchern eigentlich nichts zu suchen haben. Nicht zu vergessen: Allein der öffentliche Auftrag begründet eine staatliche Beteiligung, und sonst nichts.

Jetzt erwarten Sie – vorhin sagte ein Kollege, Sie trügen keine Verantwortung – von uns als Sachwalter der Steuerzahlerinteressen, dass wir Ihnen hier einfach trauen und das auch noch mit durchwinken. Das können wir bei dem, was uns an Informationen vorliegt, und dem, was wir sachlich ermittelt haben, so eben nicht machen.

Man muss jetzt die aktuelle Situation betrachten und sich die Meldungen der letzten vier Wochen vergegenwärtigen. Etwas irreführend für die Öffentlichkeit, meine ich, spricht Herr Dr. Jaschinski von „nur 2 Milliarden € Bewertungsbedarf“. „Nur 2 Milliarden € Bewertungsbedarf“! 2 Milliarden € Verlust! Ich hatte mit unserer Fraktion schon vor einem Jahr darauf hingewiesen, dass wir diese Risiken bekommen werden. Wir können das sogar belegen. Hier wurde ich ausgelacht, und wir wurden auch gescholten für die Miesmache, die wir betreiben würden. Das Schlimme daran ist – das wirklich Schlimme, und das ärgert mich persönlich –: Ich hatte recht damit.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Jetzt reden wir weiterhin mit rosaroter Brille über eine tolle Landesbank. Herr Dr. Scheffold sprach noch im November von einer exzellenten Landesbank. Das ist eben symptomatisch: Alles kommt bröckelesweise heraus, und Sie machen die Augen nicht vor dem auf, was jetzt wichtig ist und was zu tun ist.

14 Tage später wird ein neues Risiko gemeldet, nämlich 16 Milliarden €. Das sind neue Risiken, die es in den Büchern gibt. Wir erfahren das nicht vom Finanzminister und auch nicht aus dem Haus der Landesbank, sondern wir erfahren das über die Presse. Dann gibt es schnell einen neuen Begriff für diese 16 Milliarden €: „Immunisierung“. Wir reden dann also von „Immunisierung“, und ich habe den Eindruck, das kommt nicht nur von dem Wortakrobaten Dr. Jaschinski, sondern beim Thema Landesbanken sind wir nur so von Verbalakrobaten umgeben, die alles rosarot sehen und schönreden.

Also, 16 Milliarden € Bewertungsverluste sind Abschreibungen; es sind Wertberichtigungen oder schlicht und ergreifend Verluste. Das muss man der Bevölkerung sagen, und dann kann man auch sagen: Wir müssen als Land hier einsteigen. Aber es sind nun einmal nicht nur „Immunisierungen“, sondern es sind Wertnachteile. Dennoch, die rosarote Brille bleibt auf, sie wird nicht abgesetzt.

Weiterhin wollen Sie einen Plan verwirklichen, der so eigentlich nicht zu realisieren ist. Wenn wir selbst nicht wissen, wie es weitergeht, ziehen wir einen Unternehmensberater heran; der heißt in diesem Fall Roland Berger. Die Zielvorgabe an ihn: Ermittle uns bitte, wie wir zu 3 Milliarden € Gewinn kommen, und das schon im Jahr 2009.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Was?)

– Ja, 3 Milliarden €. – Mit seinen schöngefärbten Annahmen schafft es dieser Herr „Weichspüler“ Berger tatsächlich, diesen Gewinn herauszubringen oder zumindest zu prognostizieren, ungeachtet dessen, dass die Bank einen solchen Ertrag in ihrer Vergangenheit noch nie erwirtschaftet hat, und ungeachtet dessen, dass wir in einer Situation der wirtschaftlichen Talfahrt sind. Niemand unter den Banken prognostiziert momentan Gewinnsteigerungen, sondern die sind alle froh, wenn sie das Jahr 2009 heil überstehen.

Wenn ich jetzt aus der Debatte darum herum noch vernehme, dass die Verantwortlichen, mitsamt Berger, bei den Recovery Rates für Lehman Brothers oder auch für all die isländischen Banken und andere Crashs mit Beträgen rechnen, die deutlich über dem liegen, was die Wirtschaftsprüfer im Allgemeinen annehmen, dann schlummern selbst im Jahresabschluss 2008 noch weitere Risiken, über die wir auch heute noch nicht abschließend und sauber informiert worden sind.

(Beifall bei den Grünen)

Weil das Gutachten so schön ist, setzen Träger und Verantwortliche auf „Weiter so, Landesbank Baden-Württemberg!“, „Gewinne machen, koste es, was es wolle!“. Deshalb werden jetzt bei der Landesbank Baden-Württemberg trotz eines Rekordverlusts, trotz bekannter neuer Risiken von 16 Milliarden € Gewinnausschüttungen getätigt. Dies ist nach dem Kreditwesengesetz eigentlich streng verboten. Ich wiederhole: Ausschüttungen sind nach dem Kreditwesengesetz bei Verlusten eigentlich verboten. Aber es werden stille Reserven aufgelöst, um Gewinne darstellen zu können. Man will offenbar auf Zeit spielen, damit man irgendwie über die Wahlen im Jahr 2011 kommt. Nachher wird das wohl auf die Füße fallen.

Zum anschaulichen Vergleich – Frau Berroth sprach unlängst von den leeren Girokonten –: Wenn ich nichts verdiene, mein Girokonto permanent leer ist, dann wechsle ich eben zum Sparkonto, hebe kräftig davon ab und sage dann: Das ist Gewinn. So in etwa funktioniert die Gewinnausschüttungspraxis der Landesbank Baden-Württemberg. Ich sage: unseriös.

(Beifall bei den Grünen)

Was wir von Ihnen einfordern, auch von den Verantwortlichen der Bank, ist: Die rosarote Brille jetzt absetzen, Abkehr von einer Bankenpolitik der Blasen und Scheingewinne!

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wo gibt es denn bei der BW-Bank Blasen, Herr Kollege?)

Wir dürfen nicht weiter Risiken eingehen, Risiken für das Land aufbauen, die wir irgendwann nicht mehr tragen können. Die Bank und ihre öffentliche Aufgabe müssen doch im Vordergrund stehen und nicht die Gewinnausschüttung.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Was ist denn die Alternative?)

*(Eugen Schlachter)*

Das Ganze muss dann auch bitte wettbewerbskonform sein. Ich wundere mich da auch über die FDP/DVP, die gar nicht merkt, dass hier der Wettbewerb eigentlich einseitig beeinträchtigt wird, wenn eine Staatsbank mit dem Steuergeld der hiesigen Bürger bundesweit neue Gewinne einsammeln soll. Für mich als Marktwirtschaftler ist so eine Sache nicht vertretbar.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Ingo Rust SPD: Das ist beim SoFFin auch so! – Gegenruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist aber beim SoFFin transparent!)

Wir stehen ebenso wie Sie zu dieser Bank und schlagen Ihnen deshalb vor, den SoFFin für die Eigenkapitalausstattung und auch für die Übernahme von Risiken in Anspruch zu nehmen. Beides sieht der SoFFin vor.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Können Sie uns einmal sagen, was das kostet?)

– Ich werde dazu noch kommen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Oh Gott!)

Wir sagen auch: Das, was gestern von Herrn Minister Stächele zum SoFFin vorgetragen wurde, sind eigentlich eher Nebelkerzen. Er sagte gestern Morgen noch hier im Plenum, der SoFFin verlange die sofortige Aufspaltung in eine Good Bank und eine Bad Bank. Einmal abgesehen davon, dass das, was Sie mit den 16 Milliarden € vorhaben, ja nichts anders ist als eine Bad Bank – nur dass wir uns hierüber im Klaren sind –,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Nichts anderes ist das!)

haben wir ihn dann im Finanzausschuss gefragt, wo denn in den Regeln des SoFFin etwas zu Good Bank und Bad Bank steht. Aber er konnte uns nicht zeigen, wo das in diesen Papieren steht. Deshalb muss ich feststellen, dass es nur Nebelkerzen und leider keine Fakten sind.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das habe ich ausführlich erklärt! – Unruhe)

Ich hätte das gern gewusst. Vielleicht hätten wir uns in eine andere Richtung bewegt. Es gibt nichts, was Sie dazu als Beleg anführen können.

(Abg. Ingo Rust SPD: Er hat es noch nicht verstanden! – Gegenruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ihr seid so gescheit!)

Wir haben momentan eine konjunkturelle Talfahrt. Ich glaube, wir werden in den nächsten Monaten in diesem Haus noch schwerwiegende Entscheidungen treffen müssen, damit unsere Wirtschaft nicht zu sehr abfällt. Ich glaube, darüber sind wir uns einig; das sollten wir dann auch tun. Aber wir brauchen das Eigengeld nicht für die Landesbank, sondern explizit für Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur.

Für den langen Horizont bei der Landesbank brauchen wir ein Geschäftsmodell, das auf die Realwirtschaft setzt und nicht nur auf virtuelle Finanzprodukte. Schluss endlich mit den Expansionsfantasien, die zunächst einmal doch nur Anfangsverluste verursachen! Wir lehnen deshalb eine Landesbank auf Piratenkurs strikt ab.

(Beifall bei den Grünen)

Wir befürworten demgegenüber eine Aufarbeitung aller Risiken bei allen Landesbanken und möglicherweise, wenn alles sauber aufgearbeitet ist, auch ein Zusammengehen. Die Vorschläge des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands sind im ersten Schritt, wie wir meinen, schlüssig.

Falsch wäre jetzt in jedem Fall eine weitere Verschuldung und die Übernahme einer Garantie in Höhe des halben Jahreshaushaltsvolumens – das sind diese 16 Milliarden €. Das würde, wie ich glaube, das Rating unseres Landes beschädigen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Nein!)

Schon jetzt sind wir bei Moody's und Standard & Poor's eine Klasse unter Bayern und eine Klasse unter dem Bund eingestuft. Im Vergleich zum Bund besteht ein Spread von vier Punkten. Einmal angenommen, es wären nur zwei Punkte, die wir dadurch vielleicht verlieren, dann zahlen wir 84 Millionen € mehr an Zinsen. Insofern geht Ihr Versuch, Herr Mappus, hier eine rentierliche Schuldenaufnahme darzustellen, meines Erachtens in die Hose.

Deshalb möchte ich hier als Fazit zum Schluss vortragen: Wir fordern Sie erneut auf: Nehmen Sie Ihre Ansinnen zurück! Stimmen Sie unserem Antrag zu! Wir schlagen vor: Gehen wir unter den Schirm des SoFFin!

(Abg. Stefan Mappus CDU: Jetzt sagen Sie einmal, was das kostet!)

Wagen Sie einen Neuanfang bei der Landesbank, und zwar ohne neue Risiken! Dann sind wir dabei.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Was kostet denn die Inanspruchnahme des SoFFin?)

– 5,5 % bei der Commerzbank.

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die baden-württembergische Wirtschaft und insbesondere der Mittelstand brauchen die LBBW als leistungsfähige, regional verankerte Bank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Eine Stabilisierung dieser Bank liegt auch im Interesse der vielen heimischen Privatkunden, die wir bei dieser Diskussion keinesfalls vergessen sollten und bei denen wir nicht mit Reden wie Sie, Herr Schlachter, sie gehalten haben, Unruhe erzeugen sollten; das war schlicht unfair.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir müssen den Standort Baden-Württemberg sichern. Aber in den gestrigen Beratungen des Finanzausschusses haben Sie, Herr Schlachter, noch einmal erwähnt – Sie haben das ja schon

*(Heiderose Berroth)*

öfter gesagt; deswegen kann ich das wohl aus dieser Sitzung zitieren –, dass Sie sehen, dass man am Ende nur noch eine einzige Landesbank in Deutschland haben könnte. Diese Sorge teilen wir, weil uns klar ist, dass, wenn es so laufen sollte, diese Bank dann wohl nicht in Baden-Württemberg ihren Sitz hat. Das wäre eine deutliche Schwächung unseres Wirtschaftsstandorts. Deswegen wollen wir das nicht haben. Das ist ein wichtiger Grund für uns, die LBBW gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt durch Zuführung zusätzlichen Eigenkapitals zu stärken. Für eine Stärkung, für eine vernünftige Eigenkapitalausstattung, meine Damen und Herren, sind nun einmal bei jedem Unternehmen zuallererst die Eigner zuständig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich wundere mich schon, dass von den Grünen immer wieder auf den SoFFin verwiesen wird, obwohl wir in mehreren Sitzungen des Finanzausschusses die klare Auskunft bekommen haben, dass die Inanspruchnahme des SoFFin genauso ein Risiko für das Land ist, weil auch beim SoFFin am Schluss abgerechnet wird und weil das Land, wenn da Verluste bleiben, alles das, was seine eigenen Anteile betrifft, nachzahlen muss. Nichts anderes haben wir bei der jetzigen Lösung.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Die SPD sagt nach wie vor, das Land würde bei der Finanzierung dieser Eigenkapitalstärkung tricksen. Nun haben wir schon in einer ganzen Reihe von öffentlichen Sitzungen über genau diese Regelung gesprochen. Ich sehe deshalb kein Verstecken. Ich hätte auch kein Problem damit, wenn wir im Landeshaushalt irgendwo unterm Strich schreiben: „Des Weiteren haben wir noch Verpflichtungen aus sowieso, sowieso“, wie man es in einer guten Unternehmensbilanz auch macht.

(Beifall der Abg. Dr. Ulrich Noll und Michael Theurer FDP/DVP)

Wir halten es aber nach wie vor für richtig, wenn eine Zweckgesellschaft diese Anleihe gibt, das heißt, das Geld besorgt, und das Land für diese Anleihe lediglich garantiert.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Gegen Gebühr!)

Mein Kollege Theurer hat es gestern schon bei der Debatte zur Föderalismusreform und beim Thema Verschuldungsregeln deutlich gemacht: In allen Verschuldungsregeln weltweit sind Ausnahmen enthalten für Situationen, in denen eine Verschuldung zulässig ist. Und das sind dann immer wirtschaftlich besonders schwierige Zeiten. Genau so etwas haben wir im Moment. Selbst dann, wenn wir eine strikte, enge Verschuldungsregelung in der Verfassung hätten, wäre es zulässig, dass wir den Betrag, um den es hier geht, aufnehmen. Uns ist aber wichtig, dass wir im laufenden Haushalt nach wie vor diese enge Verpflichtung zum Schuldenstopp haben.

(Beifall der Abg. Dr. Ulrich Noll und Michael Theurer FDP/DVP sowie Thomas Blenke CDU)

Das ist dann keine Illusion, die wir aufrechterhalten, sondern das muss nach Punkt und Komma aufgehen. Wenn eine solche Finanzverpflichtung jedoch im Haushalt steht, dann weiß ich, wie schnell manche Leute diese Zahl aus dem Auge verlieren und wie schnell sie gleich anwächst. Das wollen wir vermeiden. Wir wollen klare Linien, eine klare Abgrenzung, und Deutlichkeit, zumal diese Kreditaufnahme nicht dem Verbrauch im Haushalt dient. Es gibt vielmehr eine klar definierte Rückzahlungsverpflichtung, eine klare Verzinsungsverpflichtung. Deshalb ist sie auch nicht vergleichbar mit jedem normalen Kredit, den ein Staat aufnimmt.

Herr Schlachter, sie haben zu Recht noch einmal die problematischen Papiere angesprochen, aber Sie haben mit Ihrer Darstellung durchaus etwas getrickst. Sie tun so, als ob da jetzt schon Verluste aufgelaufen wären. Als Fachmann wissen Sie doch ganz genau, dass die Verluste eben nicht realisiert sind, sondern dass sich über den Zeitverlauf noch manches positiv entwickeln kann. Dass da ein Wertberichtigungsbedarf ist, ist keine Frage, darüber sind wir uns alle einig. Die Bank hat ja Wertberichtigungen vorgenommen. Auch darüber ist deutlich gesprochen worden. Es gibt aber ein Risiko, das man absichern muss, und ich halte es für durchaus sinnvoll, solche schwierigen Papiere deutlich zu kennzeichnen und sie nicht jedes Jahr mit der Kursentwicklung in der Bilanz zu berücksichtigen. Man sollte sie aussortieren und getrennt verfolgen. Bei der Schlussfälligkeit – da bin ich sicher – werden so manche Papiere dann doch mit 100 % zurückgezahlt. Manche werden auch ausfallen – auch darüber sind wir uns im Klaren –, aber es geht nicht, jetzt zu sagen, das seien alles schon heute erzielte Verluste; denn das stimmt schlicht und ergreifend nicht.

Eine andere Frage: Wird denn die Landesbank Baden-Württemberg diesen Vertrag bedienen können? Wird sie ihre Zinsen zahlen können? Wird sie uns das Geld zurückerstatten? Eines ist ganz klar: Die Risiken für dieses Jahr liegen nicht in dem, was gestern angesprochen wurde, denn der Verlust vom letzten Jahr wird mit der Wertberichtigung abgehakt. Wir sind uns aber alle darüber im Klaren, dass die Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr durchaus dazu führen kann, dass im operativen Geschäft größere Risiken entstehen, weil beispielsweise mehr Unternehmen in die Insolvenz gehen. Das kann man nicht abstreiten, diese Gefahr besteht zurzeit in höherem Maße als in den letzten Jahren. Herr Schlachter – Sie haben es deutlich gesagt –, das können im Moment selbst Sie nicht absehen. Die mittelfristige Perspektive erscheint mir nach all dem, was uns vorgelegt wurde und auf unsere Fragen geantwortet wurde, jedoch stimmig. Auch Sie hatten die Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Wir sind übrigens nicht die Einzigen, die das so gesehen haben. Glauben Sie eigentlich, dass bei den Sparkassen und bei der Trägerversammlung im Sparkassenverband nur Leute sitzen, die das Ganze nicht blicken? Nein, sie haben sich das sehr genau angeschaut und haben mit großer Mehrheit beschlossen, dass sie diese Lösung so auch mittragen. Das sind Bankfachleute, und denen traue ich durchaus zu, dass sie das noch ein Stück weit besser einschätzen können als wir hier im Landtag.

(Unruhe bei der SPD)

Wir gehen im Übrigen davon aus, dass sich, wie der Kollege Herrmann bereits gesagt hat, der Stuttgarter Gemeinderat heute Nachmittag entsprechend entscheiden wird.

Noch etwas, Herr Schlachter. Sie haben gesagt: Wenn das Girokonto leer ist, dann holt man etwas vom Sparbuch. Das ist so, und das ist richtig so. Ein ordentlicher Kaufmann

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Legt zurück!)

*(Heiderose Berroth)*

legt in guten Zeiten Geld zurück, bildet Rücklagen, damit er sie in schwierigen Zeiten verbrauchen kann.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

Was soll daran bitte nicht in Ordnung sein? Dafür sind Rücklagen da, nicht dafür, dass man sie bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag aufhebt, sondern dafür, dass man sie zur Verfügung hat, wenn sie in schlechten Zeiten gebraucht werden.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Die Zeiten sind schlecht!)

– Eben, darum kann man die Rücklagen auch angreifen. Das ist genau der Punkt. Ihr Kollege hat das aber bemängelt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber doch nicht, um die Eigentümer zu füttern, sondern um die Bank in der Krise richtig aufzustellen!)

– Wenn uns jemand, egal wer, z. B. – wie Sie es wollen – der SoFFin, das Geld zur Verfügung stellt bzw. es der LBBW zur Verfügung stellt, will er doch auch Zinszahlungen, will er doch auch das Geld zurückhaben, und zwar viel schneller als wir mit dieser Regelung.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da füttern wir den SoFFin, oder?)

Wir schaffen damit der Bank Luft. Das müssen Sie sich endlich einmal klarmachen.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber der kriegt kein Geld, wenn sie Verluste macht!)

Herr Dr. Schmid, Sie sagen, mit diesem Vertrag seien Risiken verbunden. Das erste Risiko, das Sie nennen, ist, dass damit der Einstieg Privater möglich würde. Erstens: Wenn man den Gesetzentwurf genau liest, sieht man, dass dieses Risiko exakt ausgeschlossen ist, weil nur eine private Gesellschaft, an der ausschließlich die bisherigen Träger beteiligt sind, so etwas machen darf.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Zweitens – das muss ich dazusagen –: Mittel- und langfristig werden wir uns hier im Landtag – daraus mache ich keinen Hehl – durchaus überlegen müssen: Was ist die Aufgabe einer Landesbank und deswegen mit Landesmitteln zu finanzieren, und was ist bei einer Bank, wie sie die LBBW ist, mit einem großen Mischaufgabengebiet, vielleicht auch nicht Aufgabe eines Landes? Dann werden wir dies vermutlich – wie es bei der Hessischen Landesbank schon wunderbar geklappt hat – ein Stück weit auseinandersortieren und überlegen müssen, wie wir damit umgehen und wie wir vielleicht z. B. bestimmte Teile mehr in die Hände der Sparkassen geben. Das wären auch noch keine privaten Hände. Grundsätzlich zu sagen, privat sei schlecht,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das sind die Reflexe der Grünen!)

fällt mir als Liberaler – das können Sie vielleicht verstehen – sehr schwer.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Stefan Mappus CDU – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Es ist aber gar keine Frage: Jetzt, in dieser schwierigen Zeit, müssen die Träger zu ihrer Bank stehen. Deswegen ist es auch nur eine kurze Erörterung eines Zukunftsthemas.

Thema Vorstandsgehälter. Es ist gar keine Frage: Jetzt wird immer wieder versucht, mir Dinge zu unterstellen, die ich so nie gesagt habe.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie haben doch gestern gesagt, das wäre ein Neidkomplex!)

– Herr Kollege Kretschmann, Sie waren immer dabei, aber offensichtlich hören Sie überhaupt nicht zu.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Dann wüsste ich das ja gar nicht!)

Ich habe immer deutlich gemacht –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Es gibt ja ein Protokoll!)

das gilt übrigens nicht nur für Banken –, dass derjenige, der Verantwortung für ein Unternehmen trägt, im Rahmen seiner Entscheidungsbefugnis auch am Risiko beteiligt sein muss, wie dies übrigens auch für jeden mittelständischen Familienunternehmer gilt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist ein großes Dilemma, dass dies in manchen Managerkreisen anders gehandhabt wird. Das habe ich aber schon immer beklagt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich habe im Ausschuss und auch gestern hier im Plenum mehrfach deutlich betont, dass leistungsorientierte Bezahlung für mich bedeutet, dass in Verlustjahren keine Bonifikation möglich ist. Wie kann man es eigentlich noch deutlicher sagen?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Damit dies endlich auch schriftlich dokumentiert ist, haben wir einen Antrag vorgelegt. Wir haben als FDP/DVP ein bisschen Schwierigkeiten – das gebe ich zu –, eine Zahl in diesen Antrag hineinzuschreiben, die immer und ewig gelten soll. Ich glaube nicht, dass es Aufgabe der Politik ist, der Wirtschaft eine Gehaltszahl vorzugeben.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Weil es zur allgemeinen Befriedung beiträgt, haben wir es mitgetragen.

Aber mir sind die Ziffern 1, 2, 4 und 5 in diesem Antrag außerordentlich wichtig: dass man auf eine marktgerechte, angemessene Vergütung drängt, dass man mehrjährige Betrachtungszeiträume hat, dass im Fall eines Unternehmensverlustes keine Boni gezahlt werden, dass aber nach Ziffer 5 – daran möchte ich noch einmal erinnern; das haben wir nämlich vor einiger Zeit im Landtag beschlossen – alles Erforderliche da-

*(Heiderose Berroth)*

für zu tun ist, „dass insbesondere mit der Vergütungsstruktur der Mitglieder des Vorstands eine das Vertrauen der Öffentlichkeit sichernde Transparenz gewährleistet“ ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Vereinbarte Verträge sind einzuhalten. Dazu stehen wir als Rechtsstaatspartei als Allererstes. Das heißt aber, wir können im Landtag nicht beschließen, dass die Mitglieder des Vorstands künftig nur noch soundso viel bekommen. Vielmehr sind die Träger dafür zuständig, andere Verträge abzuschließen. Dazu möchte ich schon daran erinnern: Wir haben im Landtag beschlossen: Wenn Verträge verändert werden, wenn Verträge neu abgeschlossen werden – mit Vorständen, auch in landesbeteiligten Unternehmen –, dann ist da für Transparenz zu sorgen. Das hat uns die Landesregierung zugesagt. Daran will ich an dieser Stelle noch einmal erinnern.

Zum Thema Wettbewerb, Herr Kollege Schlachter. Sie haben behauptet, die FDP/DVP habe nichts dazu gesagt. Sie sind anscheinend auf den Ohren gesessen. Das war ein deutlicher Teil meiner gestrigen Rede, und ich habe es im Finanzausschuss ebenso mehrfach gesagt. Aber ich sehe in diesem Fall – so, wie die Regelung jetzt vorgesehen ist – noch die wenigsten Probleme. Die Bank muss marktübliche Zinsen an die Zweckgesellschaft zahlen – vergleichbar übrigens wie beim SoFFin. Wir brauchen eine EU-Notifizierung,

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist ganz wichtig!)

die das Ganze ganz genau prüfen wird und die auch im künftigen Vollzug darauf achten wird.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Damit keine Wettbewerbsverzerrung stattfindet! – Abg. Eugen Schlachter GRÜNE unterhält sich mit Abg. Dr. Nils Schmid SPD.)

– Herr Schlachter, jetzt wäre es mir recht, wenn Sie zuhören würden, damit Sie morgen nicht wieder behaupten, ich hätte dazu nichts gesagt. Ein Satz speziell zu Ihnen:

Unser Bankensystem braucht gerade für den Mittelstand verschiedene leistungsfähige Banken. Da denke ich jetzt wirklich insbesondere an Volksbanken, Raiffeisenbanken und Sparkassen, die über alle Turbulenzen hinweg – z. B. zu Zeiten, als die Deutsche Bank gesagt hat, mit solch kleinen Unternehmen wolle sie nichts zu tun haben – den Familienbetrieben eine stabile Stütze waren.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

Die FDP/DVP wird auch weiterhin wesentlich darauf achten, dass faire und solide Grundlagen für diesen Wettbewerb erhalten bleiben. Aber mit dem, was Sie, Herr Schlachter, jetzt gemacht haben, nämlich die LBBW schlechtzureden, werden Sie vermutlich nicht einmal in Volksbankkreisen Beifall erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Harte Attacke! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wir suchen die Wahrheit in den Tatsachen und setzen die rosarote Brille ab! Das ist alles!)

– Herr Kretschmann, Sie haben eine grüne Brille, die Sie manches überhaupt nicht sehen lässt und anderes sehr vergrößert.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zu den Änderungsanträgen in Bezug auf Studiengebühren: Die SPD ist jetzt wohl doch für Studiengebühren – das wurde schon gesagt. Aber für uns ist viel wichtiger: Sie haben die Gegenfinanzierung sehr, sehr kurzfristig gemacht. Sie machen da haushaltstechnisch etwas sehr Unsolides. Deswegen werden wir die Anträge genau wie bei den Haushaltsberatungen auch jetzt wieder ablehnen.

Herr Kollege Schlachter hat uns noch einen Schnellschuss vorgeworfen. Ich hatte seither gedacht, Sie hätten auch viel mit Unternehmen zu tun und mit Entscheidungen, die in Unternehmen gefällt werden. Insofern müssten Sie eigentlich wissen, dass man gerade in der Wirtschaft nicht immer warten kann, bis man alles weiß.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Bis dahin kann das Ereignis längst eingetreten sein. Vielmehr muss man manchmal mit Planungszahlen rechnen und prüfen, ob es wahrscheinlich ist, dass das Ganze so kommt. Man muss sich aber auch rechtzeitig entscheiden, bevor das Ganze „den Bach na“ ist, wie man auf Schwäbisch sagt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das heißt, ein ordentlicher Kaufmann muss zeitgerecht Entscheidungen treffen, und das tun wir heute.

Fazit: Ein wichtiges Anliegen ist uns, das Vertrauen in die Landesbank Baden-Württemberg jetzt und in Zukunft sicherzustellen.

(Wortmeldung des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Frau Abgeordnete – –

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Ich beende erst meine Rede.

(Beifall des Abg. Rainer Stickelberger SPD – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie weiß, warum!)

– Wenn Sie nachher noch fragen wollen, dürfen Sie das.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Eine Nachfrage lässt sie zu, Herr Präsident!)

Wir sehen in den jetzt zu treffenden Beschlüssen eine gute Lösung, die es der Landesbank Baden-Württemberg ermöglichen soll, die Turbulenzen auf dem Finanzmarkt solide zu überstehen. Wir sehen darin eine Regelung für Baden-Württemberg und seine Bürgerinnen und Bürger, mit der eine weiterhin positive wirtschaftliche Zukunft sichergestellt wird, und deshalb stimmen wir ihr zu.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn es jetzt noch Fragen gibt, dann bitte.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Obwohl Ihre Redezeit abgelaufen ist, lasse ich noch eine Frage zu. – Herr Abg. Kretschmann, bitte.

**Abg. Winfried Kretschmann** GRÜNE: Frau Kollegin Berroth, der Blick des Kollegen Schlachter durch die grüne Brille vor einem Jahr

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Warum geht das jetzt auf einmal mit einer Nachfrage?)

hat zu der Prognose geführt, dass die Bank 2 Milliarden € Verluste machen wird.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wo?)

Damals haben Sie auch schon – –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Schlachter, was hat denn Ihre Bank an Wertberichtigung machen müssen?)

– Kann ich jetzt meine Frage stellen?

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ich wollte vorhin eine Frage stellen und durfte auch keine Frage mehr stellen!)

Der Blick des Kollegen Schlachter durch die grüne Brille vor einem Jahr hat ihm gesagt:

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zufall! Zufall!)

Die LBBW macht 2 Milliarden € Schulden. Damals haben Sie gesagt: Schlechtredner! Jetzt ist das eingetreten, und Sie sprechen – wenn er nur Fakten darstellt – wieder von „Schlechtredner“.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wie soll das denn zusammenpassen? Vielleicht sollten Sie einmal Ihre gelbe Brille absetzen.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Ich kann Ihnen etwas dazu sagen. Ich will jetzt nicht einmal von mir reden, sondern ich weiß ganz genau und erinnere mich sehr gut, dass Herr Kollege Theurer uns schon vor zwei Jahren durch seine gelbe Brille diese Turbulenzen im Finanzmarkt deutlich vorhergesagt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Das war doch gar keine Kunst! – Unruhe)

Wir alle waren uns darüber im Klaren, dass er damit recht hat. Aber wer sich in der Wirtschaft einigermaßen auskennt, der weiß, dass man, wenn man solche Dinge dann auch noch auf eine große Leinwand schreibt, die Wirkungen daraus verstärkt und verschärft. Das nenne ich schlechtreden. Darum ging es mir.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Stefan Mappus und Dr. Stefan Scheffold CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erhält jetzt Herr Finanzminister Stächele.

**Finanzminister Willi Stächele:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern berieten wir über die Änderung des Landesbankgesetzes, heute nun über den Nachtrag zum Haushalt 2009,

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

und das alles unter einem Thema: „Stärkung unserer Landesbank zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg“.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich danke Ihnen, dass Sie der Verkürzung des Beratungsverfahrens zugestimmt haben, auch wenn Kollege Schlachter jetzt von „gejagt“ spricht. Aber ich finde, es ist auch nicht schlecht, wenn ein Banker einmal sieht, wie handlungsfähig die Politik sein kann.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich hätte gern Ihnen allen dafür gedankt, dass Sie so einmütig hinter der Landesbank stehen. Ich hätte gern gedankt für die konstruktiven Beiträge in einer schwierigen Diskussion über eine schwierige Frage. Aber, lieber Herr Schlachter, sosehr man Sie mögen kann: Heute fällt es mir schwer, nicht ein ganz, ganz kritisches Wort zu Ihnen zu sagen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das halten wir aus!)

Schauen Sie: Es geht nicht darum, gesundzubeten.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Doch! Darum geht es! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Manchmal hilft nur noch beten! – Gegenruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber man betet in der Kirche und nicht im Parlament!)

Aber man muss eine Finanzmarktkrise und deren Auswirkungen einigermaßen objektiv abhandeln. Diese Objektivität hat Ihnen, lieber Herr Schlachter, von Anfang an gefehlt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Im Gegenteil: Wenn ich überlege, was dazu alles geäußert worden ist, dann muss ich sagen, dass die Grenze zur Geschäftsschädigung beinahe überschritten worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE)

Denn die Landesbank ist nicht irgendetwas, sondern die Landesbank gehört in der Tat zu unserem Vermögen. Ihr Geschäft basiert auf Kundenvertrauen. Das sollte man hier im Landtag nicht um der Eigenprofilierung willen mutwillig zerstören.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was soll denn das jetzt? Da klatschen auch Sozis noch!)

*(Minister Willi Stächele)*

Jetzt habe ich nur die Hoffnung, dass beim Beitrag des Kollegen Schlachter vorhin die Fenster und Türen fest verschlossen waren.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Denn dabei konnte man den Eindruck gewinnen, dass der Banker Schlachter nicht zwischen Gewinnen und Bruttoerlösen zu unterscheiden weiß.

(Heiterkeit der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wenn sich das bis nach Dellmensingen herumspricht,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

dann bekommen wir eine Anfrage nach der anderen, und die Volkshochschule Dellmensingen wird dieses Thema schon in der nächsten Woche in ihr Programm aufnehmen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Ingo Rust SPD – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Wo liegt Dellmensingen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute geht es in der Tat um eine Änderung von § 5 des Staatshaushaltsgesetzes 2009. Der Gesetzentwurf sieht vor, das Finanzministerium zu ermächtigen, bis zur Höhe von 2,1 Milliarden € die Garantie und die Gewährleistung zugunsten einer Finanzierungsgesellschaft zu übernehmen, die die Mittel zur Kapitalerhöhung bei der LBBW bereitstellt.

Lieber Herr Schmid, wir werden uns wahrscheinlich bis in alle Ewigkeit nicht darüber verständigen können, was der richtige Weg ist. Aber es ist das Salz in der Suppe der Demokratie, dass man unterschiedliche Positionen vertritt.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wir waren ganz nah beieinander, und dann kamen die dazwischen! – Heiterkeit bei der CDU)

Wir haben Ihnen gestern und vorgestern in extenso dargelegt, warum wir der Auffassung sind, dass der Weg über eine Finanzierungsgesellschaft richtig und wirtschaftlich vernünftig ist. Deswegen gehen wir einfach davon aus, dass es bei dieser Unterschiedlichkeit der Auffassungen bleiben wird.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das hat auch wirtschaftliche Hintergründe!)

Aber Sie sollten nicht immer wieder von „Schattenhaushalt“ sprechen. Die Schulden einer solchen GmbH sind in der Finanzstatistik zwar nicht im Kernhaushalt ausgewiesen – das ist wohl wahr –, aber sie sind jedem Gesamthaushalt zugeordnet. Man kann also nicht sagen, sie würden irgendwo im dunklen Keller lagern, sondern sie sind für jedermann ersichtlich.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Transparenter als eine stille Einlage! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist keine stille, sondern eine laute Einlage!)

Wir sorgen ja gerade mit unserer Debatte dafür, dass jedermann darüber Bescheid weiß. Die Leute können doch lesen. Sie sollten allen Leuten zugestehen, dass sie lesen können und wissen, worüber hier debattiert wird, und dann selbst entscheiden können, was der richtige Weg ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die verstehen es aber nur, weil es Nils Schmid sauber erklärt! – Gegenruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist wahr! Wenn ich das nicht erklärt hätte!)

Sie werden erkennen: Die Zweckgesellschaft ist in der Tat in der Lage, die Lösung des Problems herbeizuführen.

Sie dürfen nicht sagen, es gehe um eine Verharmlosung oder ein Verstecken von Schulden. Man muss doch unterscheiden. Die GmbH nimmt Schulden für eine Kapitalerhöhung auf, aber sie refinanziert diese in den nächsten Jahren über Zinszahlungen und Ausschüttungen. Das ist ein Unterschied gegenüber dem, dass man Schulden aufnimmt, um konsumtive Ausgaben zu finanzieren. Das ist doch ein deutlicher Unterschied.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! Das muss man eigentlich gar nicht groß begründen! Das ist eine Selbstverständlichkeit!)

Lassen Sie also doch einmal die Behauptung weg, dass man hier Schulden kaschieren, Schulden verstecken wolle. Jedermann weiß, worum es geht. Im Gegenteil, so ist es noch sichtbarer, dass es hier um eine Einlage bei unserer Landesbank geht, die Zinszahlungen gewährleistet und Ausschüttungen vornimmt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP zu Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wir sind dazwischengekommen, damit es so transparent wird!)

Mir hat übrigens gefallen, dass Herr Kaufmann gesagt hat: „Selbstverständlich gibt es aber systemrelevante Bildungsausgaben.“ Dem stimme ich ausdrücklich zu.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die tätigen wir ja auch!)

Wenn solche systemrelevanten Bildungsausgaben noch da und dort zur Fortbildung von Bankern beitragen, dann, muss ich sagen, sind sie umso mehr gerechtfertigt.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das machen wir schwerpunktmäßig in Dellmensingen!)

Aber sie unterscheiden sich deutlich von dem, was eine Einlage bei einer Landesbank ausmacht.

Wir haben uns intensiv in Sachen SoFFin ausgetauscht, lieber, verehrter Herr Kollege Kretschmann. Wir haben Ihnen dargelegt – nachlesbar in sämtlichen Protokollen –, dass die Inanspruchnahme des SoFFin nicht die geeignete Lösung unseres Problems wäre und wir uns in der Tat einen Bärendienst erweisen würden, wenn wir diesen Weg gehen würden. Es hat keinen Wert, das nochmals vorzutragen. Sie haben es vorhin auch nochmals vorgetragen, Herr Schmid. Insofern würde ich einfach sagen: Lassen wir es jetzt einmal stehen.

Die Grünen-Fraktion ist in dieser Sache einfach uneinsichtig. Manchmal habe ich den Eindruck, dass Sie einfach keine Ant-

*(Minister Willi Stächele)*

wort auf dieses Problem haben. Denn nur ein Krisenszenario zu schildern, ohne eine Antwort auf die Fragen der Menschen zu finden, wie es mit der Wirtschaftsentwicklung weitergeht, ist einfach zu wenig. Deswegen lassen wir auch dies so stehen.

Ich freue mich, dass wir in Sachen Grundvergütungen und Bonuszahlungen einen Konsens finden können. Übrigens haben Sie recht: Meine gestrige Aussage, Sie seien direkt beteiligt gewesen, war falsch. Die Verträge werden in einem anderen Gremium behandelt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber klar ist: Das Problem ist natürlich nicht ganz gelöst. Denn Verträge zu machen heißt natürlich, eine marktübliche Vergütung anbieten zu können. Wir müssen also mit unseren Partnern ganz gründlich debattieren, wie eine solche Grundvergütung künftig aussehen kann. Aber ich finde es ausdrücklich charmant, zu sagen: In den Vertrag soll eine Regelung aufgenommen werden, wonach dann, wenn Verluste ausgewiesen werden, in der Tat eine Kürzung möglich ist. Denn eines ist auch klar: Wer Höchstsummen verdienen möchte, der muss auch Höchstleistung erbringen, und wenn die Höchstleistung nicht erbracht wird, dann muss auch die Grundvergütung davon berührt sein. Das ist überhaupt keine Frage.

Das gilt erst recht – das ist für mich eine Selbstverständlichkeit; das brauchte man gar nicht aufzunehmen – für Bonuszahlungen, wenn kein Erfolg da ist. Bei dem, was da verdient wird, darf „Erfolg“ nicht nur „normaler Erfolg“ bedeuten. Das muss ein Supererfolg sein. Wenn dieser Supererfolg nicht eintritt, dann kann es keine Bonuszahlung geben. Auch das ist ganz einfach.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke ausdrücklich für die intensive Beratung in den letzten Tagen. Diese hat ja schon in den Fraktionen begonnen. Man hat es sich nicht leicht gemacht. Wir dürfen es uns auch nicht leicht machen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Sie haben Kenntnis genommen von dem, was uns die Gutachter geliefert haben. Wir alle wissen, dass die Entscheidung schwierig ist, dass damit immer ein Risiko verbunden bleibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wir sind aber nicht nur für Schönwettertage gewählt, sondern auch für Zeiten, in denen es einmal schwierig wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Außer Polemik nichts gewesen!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid.

**Abg. Dr. Nils Schmid** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist in der Tat bedauerlich, dass nach langer, sachlicher Auseinandersetzung über die Vor- und Nachteile einer Inanspruchnahme des SoFFin die Grünen auf ihrer Position beharren. Unter dem Gesichtspunkt einer taktischen Motivation ist das nachvollziehbar.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Blödsinn! Was soll jetzt das? Nur weil wir einen anderen Standpunkt haben! Nur weil die SPD den Schnitzelträger der Regierung macht, müssen wir das doch nicht auch tun!)

Aber in fachlicher Hinsicht haben wir in den Finanzausschusssitzungen bei den verschiedenen Beratungen deutlich gemacht, weshalb der Weg über den SoFFin keine Rolle spielt. Herr Schlachter hat meinen Ausführungen im Finanzausschuss zum Thema „Good Bank und Bad Bank“ ausdrücklich zugestimmt. Er ist dennoch bei seiner Meinung geblieben. Aus Ihrer taktischen Position heraus ist das verständlich.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was für eine taktische Position haben wir denn?)

Aber ich meine, in einer solchen Situation geht es um die Frage, wie wir Banken stabilisieren können, und nicht um taktische Vorteile für einzelne Parteien.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich habe einführend darauf hingewiesen, dass für uns in der gesellschaftspolitischen Diskussion ein Zusammenhang zwischen den staatlichen Stützungsmaßnahmen und der Frage nach der Höhe der Vorstandsgehälter besteht. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass die Summe von 5 000 €

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: 500 000 €!)

– 500 000 € – jetzt als Deckelung in den gemeinsamen Antrag aufgenommen worden ist.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: 5 000 € wäre Diätenniveau! – Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, in der gestrigen Plenarsitzung war noch von „Sozialneid“ die Rede. Jetzt haben wir hier eine Gemeinsamkeit erreicht, und diese sollten wir begrüßen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr vernünftig!)

Ich glaube, es ist sehr vernünftig und stellt auch ein gutes Signal

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nicht Neid, sondern vernünftig!)

nach außen dar, dass wir auch in diesem Punkt Übereinstimmung festgestellt haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

In einem Punkt will ich aber ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir noch nicht am Ende der Debatte sind. Die Risikoabschirmung wird kommen müssen. Sie wird unter Umständen vom Land kommen müssen. Nach dem, was wir von den bisherigen Beratungen gehört haben, ist der SoFFin noch nicht bereit,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Auch noch nicht in der Lage!)

*(Dr. Nils Schmid)*

mit seinem Instrumentarium eine Risikoabschirmung vorzunehmen. Das heißt aber im Klartext: Es wird einen weiteren Nachtragshaushalt geben, meine Damen und Herren. Denn das Land müsste – wieder über den Haushalt – ermächtigt werden, eine Risikoabschirmung vorzunehmen. Es trägt nicht gerade dazu bei, Vertrauen zu schaffen, wenn diese Risikoabschirmung nun noch später kommt und ein weiteres parlamentarisches Verfahren zum Thema Landesbank erforderlich ist. Das wäre nicht das Höchste an Regierungskunst. Wir werden diese Vorschläge zur Risikoabschirmung vorurteilsfrei prüfen, weisen aber darauf hin: Die Landesregierung ist da schon in der Pflicht, bald eine Lösung vorzulegen.

Ansonsten gilt: Wir stimmen der Kapitalerhöhung zu, weil das Thema der Vorstandsgehälter zufriedenstellend geregelt ist. Wir haben nach wie vor schwerste finanzpolitische Bedenken wegen des Schattenhaushalts – ich bestehe auf diesem Begriff, Herr Stächele –, stellen unsere Bedenken aber in diesem Punkt zurück.

Die Änderung des Landesbankgesetzes wird von uns jedoch mit Nein beschieden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Herrmann.

**Abg. Klaus Herrmann** CDU: Herr Kollege Schmid, zu Ihrer letzten Bemerkung, Stichwort Risikoabschirmung: Auch unserer Fraktion wäre es recht gewesen, wenn wir die Risikoabschirmung heute hätten mit beschließen können. Aber es ist notwendig, mit Brüssel verschiedene Abstimmungsgespräche zu führen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Es ist auch notwendig, dass hier gründlich gearbeitet wird. Da kommt es uns jetzt nicht darauf an, dass der Beschluss zur Risikoabschirmung unbedingt am selben Tag stattfindet wie die Bewilligung des Kapitalzuschusses an die LBBW. Hier gehen uns Gründlichkeit und Genauigkeit vor Schnelligkeit.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: Genau!)

Daher haben wir überhaupt kein Problem damit, dass wir möglicherweise in einem Monat oder in zwei Monaten erneut über einen Nachtragshaushalt beraten müssen.

Aus diesem Grund stimmen wir den beiden Gesetzentwürfen in der vorliegenden Form heute zu. Es ist für uns, wie gesagt, kein Problem, dass wir das andere Thema hier in einem Monat oder in zwei Monaten erneut beraten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur E i n z e l a b s t i m m u n g.

Zunächst lasse ich über das

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009

abstimmen. Das ist die Drucksache 14/4200. Abstimmungsgrundlage hierfür ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/4202. Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Zum Gesetzentwurf liegen mehrere Änderungsanträge vor, die ich an den entsprechenden Stellen aufrufen werde. Ein Teil der Anträge zielt auf eine Änderung des Staatshaushaltsplans 2009 ab. Über diese Änderungsanträge lasse ich zuerst abstimmen. Es handelt sich dabei um die beiden Anträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 14/4211-1 und 14/4211-2, nach denen den Hochschulen die Studiengebührenausfälle aufgrund der Geschwisterregelung durch eine Entnahme aus der Rücklage für Steuermindereinnahmen und sonstige Haushaltsrisiken aus dem Einzelplan 12 ersetzt werden sollen.

Diese beiden korrespondierenden Anträge stelle ich gemeinsam zur Abstimmung. Wer ihnen zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Die Anträge sind mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe

§ 1

auf. Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Bei einigen Gegenstimmen ist § 1 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/4211-3, mit dem die Einfügung eines § 1 a zur Finanzierung der angestrebten Kapitalerhöhung bei der LBBW aus dem Landeshaushalt begehrt wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe

§ 2

auf. Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mit großer Mehrheit zugestimmt.

Ich rufe

§ 3

auf. Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist die Zweite Beratung des Nachtrags abgeschlossen.

Wir kommen in der Dritten Beratung zur A b s t i m m u n g. Abstimmungsgrundlage sind die soeben in Zweiter Beratung gefassten Beschlüsse.

Ich rufe

§ 1

auf. – Ich stelle Zustimmung fest.

*(Präsident Peter Straub)*

§ 2

– Ich stelle Zustimmung fest.

§ 3

– Ich stelle Zustimmung fest.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 19. März 2009 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Das Gesetz ist mehrheitlich angenommen.

Wir haben noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/4211-5, zur Begrenzung der Vergütung der Vorstandsmitglieder der LBBW bei der Vornahme einer Kapitalerhöhung durch die Anteilseigner abzustimmen.

Wer dem gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Dem Antrag ist einstimmig zugestimmt worden.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/4211-4, ist inzwischen zurückgezogen worden.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt in der Zweiten Beratung zur E i n z e l a b s t i m m u n g über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/4201: Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/4203. Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesbankgesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Auch Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 19. März 2009 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes“. – Sie stimmen dieser Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenstimmen? – Mit Mehrheit ist dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Wir haben noch über die beiden Anträge der Fraktion GRÜNE, Drucksachen 14/2656 und 14/3772, zu entscheiden. Kann ich davon ausgehen, dass der Antrag der Fraktion GRÜNE zum Thema „Mittelfristige Finanzplanung ohne Deckungslücken“, Drucksache 14/2656, durch die Etatberatung erledigt ist? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich stelle jetzt den Antrag der Fraktion GRÜNE mit der Überschrift „Für die Kapitalaufstockung bei der Landesbank Baden-Württemberg die Bundeshilfen nutzen“, Drucksache 14/3772, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag der Fraktion GRÜNE ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir sind damit am Ende von Punkt 3 der Tagesordnung.

Damit treten wir jetzt in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 13:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:20 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:30 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Fragestunde – Drucksache 14/4183**

Wir haben eine verkürzte Fragestunde mit einer halben Stunde, weil wir gestern die Regierungsbefragung hatten und uns darauf geeinigt haben, während des Probelaufs für die innere Parlamentsreform die Fragestunde auf eine halbe Stunde zu begrenzen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

M ü n d l i c h e A n f r a g e d e s A b g. C h r i s t o p h B a y e r S P D – D i e Z u k u n f t d e r J u g e n d a r r e s t a n s t a l t M ü l l h e i m a l s w i c h t i g e s E l e m e n t d e s b a d e n - w ü r t t e m b e r g i s c h e n J u g e n d s t r a f v o l l z u g s

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Christoph Bayer** SPD: Ich frage die Landesregierung:

a) Mit welchen jeweiligen Ergebnissen wurde 2009 im Justizministerium und im Finanzministerium über den Erhalt der Jugendarrestanstalt Müllheim beraten?

b) Kann vom Erhalt der Jugendarrestanstalt Müllheim ausgegangen werden oder droht deren Schließung?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Dr. Goll das Wort.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

*a) Mit welchen jeweiligen Ergebnissen wurde 2009 im Justizministerium und im Finanzministerium über den Erhalt der Jugendarrestanstalt Müllheim beraten?*

Hintergrund der Überlegungen zur Neuorganisation des Jugendarrestvollzugs im badischen Landesteil sind die seit Mitte des Jahres 2007 zunehmenden Beschwerden aus der strafrichterlichen Praxis über erhebliche Verzögerungen der Arrestvollstreckung. Durch den langen Zeitraum zwischen Urteil und Arrestantritt besteht die Gefahr, dass das erzieherische Ziel des Jugendarrests nicht erreicht werden kann.

Der Ladungsstau im Jugendarrestvollzug hat sich im Jahr 2008 weiter vergrößert. Am 31. Dezember 2008 waren insgesamt 740 Vollstreckungsersuchen unerledigt; davon entfallen 518, also 70 %, auf die Jugendarrestanstalten Müllheim und Wiesloch. Diese Entwicklung ist vor allem auf die geringen Kapazitäten der Einrichtungen mit jeweils nur 14 Arresträumen zurückzuführen.

Daher hat das Justizministerium in Erwägung gezogen, die Anstalten in Müllheim und in Wiesloch zu schließen und die über 51 Hafträume verfügende Außenstelle Rastatt der Justizvollzugsanstalt Karlsruhe künftig als zentrale Jugendarrestanstalt des badischen Landesteils zu nutzen. Da die Anstalt in Rastatt über eine Vielzahl zusätzlicher Funktionsräume und einen im Umgang mit jugendlichen Straftätern erfahrenen Personalstamm verfügt, würde diese Planung das erzieherische Angebot im Jugendarrest erheblich verbessern.

Das Finanzministerium ist im Rahmen einer ersten baufachlichen Prüfung inzwischen zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Umnutzung der Außenstelle Rastatt zwar grundsätzlich möglich sei, einer Aufgabe der Standorte in Müllheim und in Wiesloch aber die fehlende Verwertbarkeit der unter Denkmalschutz stehenden Gebäude entgegenstehe.

Um die Thematik über den vom Finanzministerium geprüften Aspekt hinaus umfassend zu erörtern und eine einvernehmliche Lösung zu finden, werde ich in Kürze Herrn Staatssekretär Fleischer, die Abgeordneten der berührten Wahlkreise und die Leiter der Arresteinrichtungen zu einem runden Tisch ins Justizministerium einladen.

*b) Kann vom Erhalt der Jugendarrestanstalt Müllheim ausgegangen werden oder droht deren Schließung?*

Die Entscheidung über Erhalt oder Schließung der Jugendarrestanstalt Müllheim bleibt dem Ergebnis des von mir vorgesehenen runden Tisches vorbehalten.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Minister. – Keine weiteren Zusatzfragen.

Dann ist diese Mündliche Anfrage erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Kriminalstatistik 2008 der Polizeidirektion Freiburg

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Gustav-Adolf Haas** SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die im Landesvergleich sehr niedrige Aufklärungsquote im Bezirk der Polizeidirektion Freiburg insgesamt (51,9 % in Freiburg gegenüber 58,8 % landesweit) und insbesondere die Aufklärungsquote im Bereich der Diebstahlskriminalität (27,6 % in Freiburg gegenüber 36 % landesweit) im direkten Zusammenhang mit dem Personalmangel steht?

b) Sind Pressemeldungen vom 14. März 2009 zutreffend, wonach die Polizeidirektion Freiburg personell schlechter besetzt ist als andere Polizeidirektionen und allein im Jahr 2008 im Vollzugs- und Nichtvollzugsbereich insgesamt 29 Stellen abbauen musste?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Herr Staatssekretär Köberle vom Innenministerium hat das Wort.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihre Mündliche Anfrage, lieber Herr Kollege Haas, beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zunächst einmal könnte ich es ganz einfach machen und sagen: Die Auffassung, die Sie in Teil a Ihrer Anfrage äußern, teilen wir nicht. Ich werde aber noch belegen, warum wir Ihre Meinung nicht teilen. Ich bin ziemlich sicher, dass Sie dann Ihre bisherige Auffassung selbst auch nicht mehr vertreten.

Die Polizeidirektion Freiburg hat im Jahr 2008 in ihrem Zuständigkeitsbereich, nämlich der Stadt Freiburg und dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, eine Aufklärungsquote von 53,1 %. Die in der Anfrage genannten 51,9 % beziehen sich lediglich auf den Stadtkreis Freiburg.

Bei Diebstahl liegt die Aufklärungsquote der PD Freiburg bei 27,4 %. Die in der Anfrage genannte Aufklärungsquote von 27,6 % gilt nur für den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald.

So weit die Korrektur der Zahlen. Wir müssen unterscheiden, was die Polizeidirektion insgesamt, was den Stadtkreis und was den Landkreis betrifft. In der Anfrage sind die Zahlen jeweils nicht präzise zugeordnet, sondern auf die Polizeidirektion insgesamt bezogen gewesen.

*(Staatssekretär Rudolf Köberle)*

Der statistische Fünfjahresvergleich zeigt, dass die Aufklärungsquote insgesamt nahezu konstant bei 51 bis 55 % liegt. Im Jahr 2008 lag die Aufklärungsquote mit 53,1 % sogar höher als im Jahr 2004 mit 51,4 %. Schon allein deshalb greifen Überlegungen, dies könnte mit dem Abbau von Personal bei der Polizei zusammenhängen, viel zu kurz.

Beim Vergleich der Stadt Freiburg mit der über eine höhere Aufklärungsquote verfügenden Stadt Mannheim – die hat nämlich eine Aufklärungsquote von 57,7 % – fällt auf, dass Freiburg insbesondere einen geringeren prozentualen Anteil beispielsweise bei Betrugsdelikten und Fällen der Leistungserschleichung wie z. B. Schwarzfahren hat. Diese Delikte haben generell eine hohe Aufklärungsquote und sind geprägt vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung und auch vom Kontrollverhalten der örtlichen Verkehrsbetriebe.

Die gemessen am Landesdurchschnitt niedrige Aufklärungsquote der Polizeidirektion Freiburg erklärt sich insbesondere auch dadurch, dass der prozentuale Anteil der Diebstahlsdelikte dort regelmäßig deutlich höher liegt als bei anderen Polizeidirektionen. Die Aufklärungsquote bei Diebstählen ist jedoch generell erheblich niedriger als bei anderen Delikten. Dies wirkt sich in Freiburg negativ auf die Aufklärungsquote aus.

Innerhalb der Diebstahlsdelikte hat die PD Freiburg gemessen am Landesdurchschnitt einen etwas geringeren Anteil an Ladendiebstahlsdelikten, die generell eine sehr hohe Aufklärungsquote haben. Dies trägt zu einer niedrigeren Aufklärungsquote beim Diebstahl insgesamt bei.

Ein Zusammenhang mit dem aktuellen Stellenabbau bei der Polizei ist daher nicht ableitbar, und dies insbesondere vor dem Hintergrund, lieber Kollege Haas, dass die Polizeidirektion Freiburg im Jahr 2008 vom Stellenabbau noch gar nicht betroffen war. Sie unterstellen ja in Ihrer Anfrage einen Stellenabbau in Freiburg mit der Folge eines geringeren Erfolgs bei der Aufklärung. Wenn aber noch gar kein Stellenabbau stattgefunden hat, dann kann dieser Zusammenhang nicht bestehen.

Jetzt zu Teil b Ihrer Frage: Wie Sie wissen, greift seit 2008 der Stellenabbau bei der Polizei. Bis zum Jahr 2010 sind im Polizeivollzug landesweit 846 Stellen abzubauen. Damit werden die Kapazitätszuwächse aus der Arbeitszeiterhöhung, nämlich 610 Stellen, und das Freisetzungspotenzial aus der Übertragung der Lebensmittelüberwachung auf die Stadt- und Landkreise, nämlich 236 Stellen, ausgeglichen. Mir ist bewusst, dass die Realisierung des Stellenabbaus für die Polizei nicht einfach ist und eine große Herausforderung für sie darstellt. Es ist das erste Mal überhaupt, dass auch im Polizeivollzugsdienst Stellen abgebaut werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Warum machen Sie das dann? – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Frau Haußmann, hören Sie doch einmal zu! Ich weiß, dass Sie zuhören können!)

– Ich habe doch gerade erklärt, dass es einen Zuwachs an Arbeitszeitpotenzial gab, und zwar aufgrund der Arbeitszeiterhöhung und der Aufgabenübertragung. Letztendlich stehen über dem Ganzen eine solide Haushaltsführung und die Erreichung der Nullneuverschuldung. Es bezweifelt niemand, dass das ein sehr erstrebenswertes politisches Ziel für das Land ist.

Vor diesem Hintergrund, lieber Kollege Haas, sind wir bei der Umsetzung des Stellenabbaus sehr sensibel vorgegangen. Unser Ziel war es, im jeweiligen Regierungsbezirk die regionalen, die örtlichen und die organisatorischen Besonderheiten und Bedürfnisse angemessen zu berücksichtigen sowie eine für alle Dienststellen im Land tragfähige Lösung zu finden. Es ist uns im Ergebnis gelungen, den Stellenabbau so festzulegen, dass ein einheitliches Landesbild erkennbar ist und die Verteilung der Abbaukontingente von allen Dienststellen mitgetragen und konstruktiv vertreten werden kann. Alle Dienststellenleiter haben dem Verfahren zugestimmt und nehmen die Herausforderung, die Umsetzung, an.

Jetzt aber konkret: Wie wirkt sich dieser Stellenabbau, der ansteht, im Regierungsbezirk Freiburg aus? Freiburg ist mit insgesamt 73 Vollzugsstellen betroffen. Das ist im Vergleich der vier Regierungsbezirke der niedrigste Wert. Die Polizeidirektion Freiburg muss davon insgesamt neun Stellen tragen. Der Abbau der neun Stellen erfolgt ausschließlich in den Jahren 2009 und 2010, erfolgte also – ich sage es noch einmal – nicht im Jahr 2008, was Grundlage Ihrer Anfrage war.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die Polizeidirektion Freiburg nur so viele Stellen abbauen muss, dass sich vom Umfang her die Arbeitszeitpotenziale ergeben, die durch die Arbeitszeitverlängerung und die Freisetzung von Stellen infolge der Übertragung der Lebensmittelüberwachung auf die Stadt- und Landkreise entstehen. Bei der im Artikel der „Badischen Zeitung“ genannten Zahl von 29 Polizeibeamten handelt es sich nicht um im Jahr 2008 abgebaute Vollzugsstellen; denn 2008 sind gar keine abgebaut worden.

Vielmehr geht es dabei um zum 1. Januar 2008 tatsächlich vorhandene Personalausfälle aus unterschiedlichen Gründen, Personalausfälle aufgrund von Teilzeit, von Abordnungen zu anderen Dienststellen, Elternzeitbeurlaubungen und anderen Fehlgründen wie z. B. der Ausbildung für den gehobenen Dienst oder Langzeiterkrankungen. Diese Ausfallgründe betreffen die Polizeidienststellen im Land nahezu gleichmäßig – es gibt keine besondere Auffälligkeit in Freiburg –, und sie stellen im Ergebnis auch für Freiburg im Landesvergleich keine Besonderheit dar. Dass die Polizeidirektion Freiburg personell schlechter aufgestellt wäre als andere Polizeidirektionen im Land, ist auf der Grundlage dieser Zahlen nicht erkennbar.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank für die ausführliche Antwort. – Zusatzfrage des Herrn Abg. Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas** SPD: Herr Staatssekretär, Sie haben erklärt, Sie seien nicht meiner Auffassung.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Ja.

**Abg. Gustav-Adolf Haas** SPD: Sind Sie auch nicht der Auffassung des Leiters der Polizeidirektion Freiburg? Dieser sagte laut „Badischer Zeitung“ vom 14. März 2009 zur Frage eines Zusammenhangs zwischen Aufklärungsquote und personeller Ausstattung:

*„Die Vermutung liegt nahe ...“*

*(Gustav-Adolf Haas)*

Weiter heißt es dort:

> *Dass die Aufklärungsquote mit mehr Personal besser wäre, glaubt der Polizeichef hingegen schon. Und doch: „Auch mit 200 Beamten mehr wäre Freiburg an der Spitze im Land.“*

Es geht um die unterschiedlichen Aufklärungsquoten in Freiburg und im Land. Weiter:

> *Die Zahl der Polizisten im Gebiet der Polizeidirektion ... ging um 29 zurück, 861 standen zur Verfügung.*

Wenn ich es eben richtig mitbekommen habe, haben Sie dargestellt, als würden diese in der Zukunft abgebaut. Nach diesem Pressebericht sind die Stellen schon abgebaut worden. Klären Sie es doch bitte auf.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Ich habe das aufgeklärt.

**Abg. Gustav-Adolf Haas** SPD: Die nächste Frage: Sind Sie nicht der Auffassung, dass die Polizeidirektion gerade personell verstärkt werden müsste, weil mit Blick auf die grenzübergreifende Kriminalität in andere Länder Europas gerade immer wieder in Bezug auf Freiburg in der Presse erwähnt wird, dass man dort im Hinblick auf die Diebstahlssituation eine Verstärkung der Polizeikräfte benötige?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Lieber Kollege Haas, ich gebe dem Freiburger Polizeidirektor uneingeschränkt recht. Natürlich hat er recht. Wenn wir in Freiburg 200 Polizistinnen und Polizisten mehr einstellen können, hat das natürlich eine Auswirkung auf die Sicherheitslage in Freiburg. Wir könnten dies noch konsequenter machen. Wir könnten neben jede Bürgerin, neben jeden Bürger einen Polizisten stellen. Dann wäre der Sicherheitsstandard in unserem Land weltweit unschlagbar. Weil die Welt und vor allem der Landeshaushalt dafür nicht konstruiert sind, müssen wir mit dem Personalumfang zurechtkommen, den wir haben.

Ihnen ist bekannt – allerdings sprengt dies jetzt die Zeit einer Fragestunde –, dass wir dem Thema „Innere Sicherheit“ einen ganz hohen Stellenwert beimessen, dass wir vor allem der Nachwuchsgewinnung einen hohen Stellenwert beimessen, dass wir mit dem Einstellungskorridor einsetzen und ab dem Jahr 2011 wieder eine personelle Verstärkung in unseren Polizeirevieren bekommen, was den Stellenabbau ausgleicht. Die Maßnahme Stellenkorridor ist eine von einer ganzen Reihe weiterer Maßnahmen, die in den kommenden Jahren einsetzen und draußen in der Fläche wirksam werden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zweite Zusatzfrage des Herrn Abg. Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas** SPD: Ist die folgende Pressemeldung zutreffend?:

> *Auch bei der Aufklärungsquote steht Freiburg schlecht da, sie liegt bei 51,9 % und ist landesweit die niedrigste.*

Stimmt dies?

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Vorhin habe ich die Situation differenzierter dargestellt, als sie im Pressebericht herüberkam, und die Zahlen richtiggestellt. Die Zahlen, so wie ich sie dargestellt habe, sind richtig.

Wir haben in Ballungsräumen, in Großstädten tendenziell eine höhere Kriminalitätsquote und eine niedrigere Aufklärungsquote, aber auch differenziert. Ich habe – entlang der Problematik Diebstähle – dargestellt, dass es unterschiedliche Kriminalstrukturen gibt, Delikte, die leichter oder schwerer aufklärbar sind, bei denen die Bevölkerung mehr oder weniger zum Aufklärungserfolg beitragen kann. Diese Kriminalstrukturen sollte man sich einmal anschauen. Dann wird sichtbar, wo die Gründe für eine Bandbreite bei den Aufklärungserfolgen liegen. Wenn Sie jetzt fragen, ob es richtig ist, dass die Freiburger Region im Vergleich einen schlechten Stellenwert habe, dann ist das so richtig.

Herr Präsident, ich habe vorhin einen weiteren Teil der Frage noch nicht beantwortet, weil vor der Antwort schon die weitere Zwischenfrage dazukam, nämlich das Thema, 29 oder neun Stellen abzubauen. Die 29 Stellen beziehen sich auf den allgemeinen Ausfall beim vorhandenen Personal. Die Stellen sind vorhanden und zugewiesen, aber es gibt mehrere Gründe, warum nicht 100 % im Dienst sind,

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Aber die sind 2008 weggekommen!)

sondern im Durchschnitt 29 Polizisten ausfallen. Aber dies liegt im Landesdurchschnitt und stellt für Freiburg keine Besonderheit dar. Der Stellenabbau in den Jahren 2009 und 2010 bei der Freiburger Polizeidirektion ist klar: Es sind neun Stellen, die dort abzubauen sind.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Zu einer Zusatzfrage, bitte, Frau Abg. Sitzmann.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Staatssekretär antwortet so klasse, da kann man genügend Fragen stellen!)

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Herr Staatssekretär, ich habe vor einem Jahr den Antrag Drucksache 14/2516 mit der Überschrift „Stellenabbau bei der Polizei im Raum Freiburg i. Br.“ gestellt. In der Stellungnahme dazu hieß es am Ende, dass die Landesregierung einen Einstellungskorridor mit 800 Nachwuchsbeamten beschlossen habe und dass das auch für ausreichende Präsenz der Polizei im Raum Freiburg sorgen würde. Ich frage Sie, in welchem Umfang konkrete Einstellungen von Nachwuchskräften für den Raum Freiburg geplant sind, ob da schon Zahlen vorliegen.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Es liegen Zahlen vor. Wenn ich jetzt eine Minute Zeit hätte, hätte ich sie auch griffbereit. Aber das kann ich Ihnen nachher sagen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gibt es weitere Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

Herr Staatssekretär, vielen Dank.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Danke.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Zukunft der Arbeitsverwaltung

Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Wie viele bzw. welche Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagenturen und Kreisen zur Umsetzung des SGB II (ARGEn) in Baden-Württemberg beruhen auf Verträgen, die bis einschließlich Ende Januar 2010 befristet sind?

b) Was unternimmt die Landesregierung, damit sowohl die baden-württembergischen ARGEn als auch die Optionskommunen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Dezember 2007 und den diversen Beschlüssen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz hierzu zügig eine sichere Rechtsgrundlage für ihre Tätigkeit erhalten?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zur Beantwortung dieser Anfrage durch die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Hillebrand das Wort.

**Staatssekretär Dieter Hillebrand:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Frau Sitzmann, namens der Landesregierung beantworte ich Ihre Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Buchstabe a: In Baden-Württemberg sind in sieben Stadt- und Landkreisen die ARGE-Verträge bis zum 31. Januar 2010 befristet. Das sind konkret der Landkreis Esslingen, die Stadt Freiburg, der Landkreis Göppingen, der Landkreis Heilbronn, der Landkreis Konstanz, der Landkreis Lörrach und die Stadt Mannheim. Darüber hinaus – da beantworte ich jetzt mehr, als Sie gefragt haben –

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Sehr schön!)

laufen zwei weitere ARGE-Verträge bis zum 31. März 2010 aus, nämlich bei der Stadt Heidelberg zum 28. Februar 2010 und im Ostalbkreis zum 31. März 2010.

Ich kann ergänzend noch hinzufügen, dass sich unsere Ministerin, Frau Dr. Stolz, bereits im Herbst vergangenen Jahres an Bundesarbeitsminister Scholz gewandt hat mit der Bitte, diese Verträge zu verlängern. Der Grund liegt auf der Hand: Wir hatten in den vergangenen Tagen erste Signale aus Berlin, wonach die Verträge verlängert werden sollten. Seit gestern wissen wir es deutlich per Fax. Mit Schreiben vom 18. März 2009 hat Herr Scholz Frau Dr. Stolz angeschrieben und ihr mitgeteilt – ich zitiere –:

*Die Grundsicherung für Arbeitssuchende muss gerade jetzt, da die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkt spürbar werden, funktionsfähig bleiben.*

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Recht hat er!)

– Da hat er recht. Das ist übrigens eine Meinung, die unser Ministerpräsident vollumfänglich teilt und auch so artikuliert hat. Ich zitiere weiter:

*Ich habe daher den Vorsitzenden des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit gebeten, zu veranlassen, dass alle Verträge über Arbeitsgemeinschaften, die noch in diesem Jahr auslaufen, bis Ende 2010 verlängert werden.*

So viel zu Ihrer Frage unter Buchstabe a.

Die Frage unter Buchstabe b darf ich wie folgt beantworten: Eine erfolgreiche Vermittlung von Langzeitarbeitslosen erfordert dezentrale Organisationsstrukturen. Für alle Organisationsformen sind deshalb gesetzliche Regelungen notwendig, die einen möglichst weiten örtlichen Gestaltungsspielraum gewährleisten. Alle Evaluationen belegen, dass dies ein ganz entscheidender Gesichtspunkt für eine erfolgreiche regionale Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik gerade im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit ist.

Deshalb setzt sich die Landesregierung auf allen Ebenen – z. B. Ministerpräsidentenkonferenz, Arbeits- und Sozialministerkonferenz, aber auch auf Arbeitsebene – immer wieder intensiv dafür ein, dass das sogenannte Optionsmodell dauerhaft gesichert und im Sinne einer echten Wahlfreiheit grundsätzlich für alle Kommunen geöffnet wird – also nicht nur für die fünf Optionskreise, die wir in Baden-Württemberg im Moment haben.

In allen anderen Organisationsformen muss die Kooperation von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen partnerschaftlich, also auf gleicher Augenhöhe, konzipiert und mit örtlichem Gestaltungsspielraum ausgestattet sein. Auch wenn eine möglichst baldige Klärung der Organisationsstrukturen wünschenswert wäre, ist eine gute und tragfähige Lösung, die über das nächste Jahrzehnt hinaus Bestand hat, wesentlich wichtiger. Bis dahin müssen die ARGEn und die Optionskommunen auf der Basis des bis zum 31. Dezember 2010 gültigen Rechts bestehen bleiben.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Zusatzfrage des Herrn Abg. Lehmann.

**Abg. Siegfried Lehmann** GRÜNE: Herr Staatssekretär, mich wundert eigentlich, dass, nachdem das Ganze, sage ich einmal, jetzt geplatzt ist und in den Landkreisen – wie auch im Landkreis Konstanz, aus dem ich komme – seit einem Jahr diskutiert wird, dass das Problem bis zum Ende dieses Jahres besteht, und nachdem in den ARGEn eine hohe Fluktuation besteht und eigentlich keine Stelle mehr vernünftig besetzt werden kann, weil das ausläuft, hier erst jetzt über eine Vertragsverlängerung diskutiert wird. Bis wann wird diese Sache auf politischer Ebene von der Großen Koalition gelöst sein? Denn hier gibt es doch eine erhebliche Dringlichkeit.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Dieter Hillebrand:** Verehrter Herr Kollege Lehmann, ich denke, ich bin der falsche Ansprechpartner, wenn Sie mich fragen, bis wann diese Sache seitens der Großen Koalition in Berlin gelöst sein solle. Ich habe betont – das scheint mir wichtig zu sein –, dass sich unsere Arbeits- und

Sozialministerin, Frau Dr. Stolz, bereits sehr frühzeitig darum bemüht hat, dass eine Planungssicherheit vor Ort eintritt, dass die Verträge verlängert werden können. Dem hat der Bundesarbeitsminister jetzt Rechnung getragen. Ich habe aus dem Schreiben zitiert.

Im Übrigen hat unser Ministerpräsident öffentlich erklärt, er sei der Auffassung – das ist die Auffassung der Landesregierung von Baden-Württemberg –, dass wir möglichst noch in dieser Legislaturperiode eine Lösung haben sollten. Wenn ich richtig informiert bin und die Zeitung richtig gelesen habe, hat sich auch die Bundeskanzlerin gestern so geäußert: Sie wolle darauf hinwirken, dass noch in dieser Legislaturperiode eine Lösung gefunden wird. Für die Frage, ob das der Fall ist, bin ich, wie gesagt, der falsche Ansprechpartner.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Mir liegen jetzt zwei weitere Wortmeldungen vor. Danach werde ich die Fragestunde beenden müssen. Wir haben für die Fragestunde nur eine halbe Stunde Zeit vorgesehen.

Jetzt erhält Herr Abg. Rudolf Hausmann für eine Zusatzfrage das Wort, danach Herr Abg. Wolf.

(Wortmeldung der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

– Wenn es danach noch reicht, Frau Kollegin Sitzmann, erhalten Sie natürlich auch noch das Wort.

Bitte.

**Abg. Rudolf Hausmann** SPD: Herr Staatssekretär, es ist ja bekannt, dass die Verhandlungen für ein neues, verfassungsrechtlich korrektes Modell auf Landesebene stattgefunden haben, dass sich CDU und SPD verständigt hatten, dass die Bundesländer zugestimmt hatten, dass Frau Bundeskanzlerin Merkel zugestimmt hat

(Abg. Reinhold Gall SPD: Und das Präsidium!)

– im Präsidium zugestimmt hat und auch öffentlich zugestimmt hat – und dass vom Herrn Ministerpräsidenten aus Baden-Württemberg Zustimmung zu dem geplanten Konzept vorhanden war. Jetzt erzählen Sie und sagen in Ihrer Antwort, dass eine Verlängerung notwendig gewesen sei, die Herr Scholz, der Bundesarbeitsminister, nun veranlasst habe, um die Arbeitsfähigkeit zu erhalten.

Ich habe zwei Fragen an Sie. Die erste Frage: Stimmen Sie der Auffassung zu, dass das neue Konzept, das einigungsfähig vorgelegen hat, langfristig zur Sicherheit für die Beschäftigten bezüglich ihrer Arbeitsverträge beigetragen hätte? Denn dann wäre letztendlich ein sicherer Anstellungsträger vorhanden gewesen. Das gilt ähnlich auch bezüglich der Arbeitslosen, weil da eine entsprechende Betreuung hätte stattfinden können.

Ich frage Sie zweitens: Stimmen Sie meiner Einschätzung zu, dass die Verlautbarung von Herrn Kauder – er kommt ebenfalls aus Baden-Württemberg –, wonach die Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit ihrem Beschluss gegen das vorliegende Konzept verhindert habe, dass sich die Arbeitsverwaltung um sich selbst kümmere und nicht um Arbeitslose, in höchstem Grad zynisch ist und gegen die Arbeitslosen gerichtet ist?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Dieter Hillebrand:** Lieber Kollege Rudolf Hausmann, ich habe relativ deutlich gesagt, was die Position der Landesregierung ist und wo sie steht. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Der Herr Ministerpräsident hat erst dieser Tage auch seinerseits noch einmal sehr deutlich gemacht, er wünsche, dass es nach Möglichkeit in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung kommen solle, weil wir eine handlungsfähige und stabile Arbeitsverwaltung brauchen. Ich denke, da sind wir uns alle in diesem Hohen Haus einig. Dass es im Rahmen einer Großen Koalition auch unterschiedliche Beurteilungen der einzelnen Koalitionspartner von Papieren gibt, die unter Ministerpräsidenten auf Länderebene und mit dem Bundesarbeitsminister erarbeitet werden, mag so sein und liegt manchmal in der Natur der Sache.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Den Sauhaufen auf Vordermann bringen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Herr Kollege Wolf, ich kann leider keine weiteren Fragen zulassen. Wir müssen jetzt die Befragung zu diesem Thema abbrechen. Die für die Fragestunde vorgesehene Zeit von einer halben Stunde ist vorbei.

Punkt 4 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Finanzministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 3. März 2009 – Vertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Familie von Baden über den Kauf der Schlossanlage Salem und weiterer Kunstgegenstände sowie zur Bereinigung aller streitigen Fragen über die badischen Kunstschätze – Drucksachen 14/4107, 14/4129**

**Berichterstatter: Abg. Ingo Rust**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Die Zähringer Stiftung und ihre Rolle bei den eigentumsrechtlichen Streitfragen um die badischen Kulturgüter – Drucksache 14/2202 (geänderte Fassung)**

**c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Salem und die badischen Kulturgüter aus der veränderten Perspektive nach der Veröffentlichung des Gutachtens der Expertenkommission – Drucksache 14/2209**

**d) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Die Sicherung von Salem im**

*(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)*

**Spannungsfeld zwischen öffentlichem Interesse und den „Eckpunkten des Verhandlungsergebnisses“ der Landesregierung mit dem Haus Baden – Drucksache 14/3533**

**e) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Finanzministeriums – Bewirtschaftung der Schlossanlage Salem – Drucksache 14/3538**

**f) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Die Gesamtanlage Salem und ihre Zukunft im Eigentum des Landes – Drucksache 14/3737**

Dazu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/4215, mit auf.

Das Präsidium hat für die Aussprache über den gesamten Tagesordnungspunkt eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Ich darf für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Dr. Schüle das Wort erteilen.

**Abg. Dr. Klaus Schüle** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute beraten wir im Landtag über das abschließende Vertragswerk des Landes Baden-Württemberg mit der Familie von Baden zur Beendigung des Streits um die badischen Kulturgüter, Schloss Salem. Das ist mit Sicherheit kein gewöhnlicher Tagesordnungspunkt.

(Abg. Ute Vogt SPD: Auch kein erfreulicher!)

Im Hinblick auf die finanzielle Dimension, die kulturelle Dimension und die Geschichte unseres Landes

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Vor allem die Vorgeschichte dieses Vertrags! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist aber eine ganz neue Geschichte!)

ist das eine historische Entscheidung, über die wir heute debattieren.

Am 22. November 1918 hat der letzte Großherzog abgedankt. Damit ging die Regentschaft des Hauses Baden seit 1806 als Großherzogtum zu Ende. Eine Trennung zwischen familiären und staatlichen Gütern wurde seit 1919 nicht vorgenommen und harrte damit seit 90 Jahren einer abschließenden Lösung. Die infrage stehenden Kulturgüter waren und sind über das Land verteilt, ein Großteil davon befindet sich in Museen oder in der Landesbibliothek in Karlsruhe.

Viele Regierungen vor der jetzt amtierenden und auch die Familie selbst hätten die Möglichkeit gehabt, diese Herausforderung einer umfassenden Gütertrennung tatkräftig anzupacken. Aber dazu kam es nicht.

Dann aber kam die Familie auf das Land zu, weil sie die finanziellen Lasten der Gesamtanlage Schloss Salem nicht mehr oder nicht mehr in vollem Umfang tragen konnte. Das Land hat – zu Beginn mehrere Lösungswege ins Auge fassend – die daraus entstehende neue Lage genutzt,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

einen historischen Schlussstrich zu ziehen.

Für die CDU-Fraktion stelle ich heute nach einem fünfjährigen, für beide Seiten bis zuletzt nicht leichten Verhandlungsmarathon fest: Das jetzt vorliegende Ergebnis ist das Resultat einer sehr sorgfältigen Aufarbeitung. Es ist sachgerecht für unser Land, und es ist im kulturellen Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Unser Dank gilt unserem Ministerpräsidenten Günther Oettinger, Herrn Wissenschaftsminister Dr. Frankenberg, Herrn Staatssekretär Dr. Birk, Herrn Minister Stächele, Herrn Staatssekretär Fleischer, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

und allen Gutachtern, die maßgeblich am erfolgreichen Abschluss mitgewirkt haben.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Die vertragliche Gesamteinigung ist sachgerecht, weil auf Dauer sichergestellt worden ist, dass die immens wertvollen Kunstschätze für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes öffentlich zugänglich sind. Es geht um das Gebäudeareal Schloss Salem und um zahlreiche Kunstschätze. Insofern muss man sich über die Tragweite der Einigung im Klaren sein.

In der „Südwest Presse“ vom 6. März 2009 war vonseiten der SPD hierzu die lapidare Äußerung zu lesen, der Kollege Schmid warne mit Blick auf die heute diskutierte Vereinbarung, im Land gebe es noch so manche Schlösser und Burgen. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird man der Bedeutung der „Sicherung Salems“ mit Sicherheit nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Schloss Salem ist nicht irgendein Schloss in Baden-Württemberg oder in Deutschland. Dieses Gebäudeensemble ist einzigartig in unserem Land. Ursprung des Schlosses ist die Gründung des Zisterzienserklosters im Jahr 1137. 1142 wurde das Kloster von Stauferkönig Konrad III. zur Reichsabtei erhoben. Papst Alexander III. erhob das Kloster 1178 zur Konsistorialabtei.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ist das ein Volkshochschulkurs? – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: In der Kulturgeschichte des Landes werdet ihr immer sattelfester!)

Salemer Äbte nahmen seit 1470 regelmäßig an den Reichstagen teil.

Diese wenigen Eckpunkte zeigen, Herr Kollege Schmid: Das ist nicht irgendein Schloss,

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

sondern das Schloss Salem ist eng gekoppelt mit und tief verwurzelt in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

*(Dr. Klaus Schüle)*

Was jetzt kommt, ist entscheidend: Die vertragliche Einigung war die einzige Möglichkeit, sicherzustellen, dass die Kunstschätze für unsere Bürgerinnen und Bürger öffentlich zugänglich sind.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Eijeijei!)

Denn trotz des Vorkaufsrechts bestand bei realistischer Herangehensweise bis zum Abschluss des Vertrags ein erhebliches, ein zu großes Restrisiko, dass das Schloss und ein Großteil der Kunstschätze an Private hätten verkauft werden können.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Das hat die FDP/DVP von Anfang an erkannt und hat die vertragliche Lösung mitgetragen – herzlichen Dank! –, und das haben die Grünen im Grundsatz – lassen wir einmal für einen Augenblick das Oppositionsgeplänkel beiseite –

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

rasch erkannt; das verdient Anerkennung.

Anders jedoch die SPD. Verbal trat sie für den Erhalt ein, aber faktisch war sie dagegen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So sind sie!)

Die SPD hat noch vor wenigen Wochen, als die Eckpunkte vorlagen – der jetzige Vertragsentwurf noch nicht, aber doch die Eckpunkte –, einen Antrag gestellt. Darin forderte sie die Landesregierung am 9. Dezember 2008 auf, „in den Rechtsstreit mit dem Haus Baden zu gehen“.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Nein, die sollen doch klagen, wenn sie wollen, nicht umgekehrt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hätte unweigerlich zum Platzen der gesamten Vertragsverhandlungen geführt. Dann wäre genau das eingetreten, was wir nicht wollen, nämlich dass die Familie die Option gehabt hätte, wertvolle Kulturgegenstände unseres Landes nach außerhalb Baden-Württembergs und teilweise auch ins Ausland zu verkaufen.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Na, na, na!)

Schloss Salem wäre mit großer Wahrscheinlichkeit, mit einiger Wahrscheinlichkeit, an einen privaten Investor gegangen.

Dieser Weg wäre verantwortungslos gewesen. Ich zitiere die „Heilbronner Stimme“ vom 4. März 2009 zur Haltung der SPD – Peter Reinhardt –:

*Realistisch betrachtet war nichts anderes zu erwarten.*

Gemeint ist die Vertragsvereinbarung.

*Deshalb ist die scharfe Kritik der SPD scheinheilig.*

(Zuruf von der CDU: Recht hat er!)

Ein weiterer Punkt. Es gab Befürchtungen, das Land erhalte trotz des Kaufs nicht die Regie in der Schlossanlage. Für die CDU-Fraktion war es eine selbstverständliche Bedingung, dass die Verwaltung der ins Eigentum des Landes übergehenden Immobilienteile in die Regie des Landes kommt. Dies ist erfüllt worden.

Kommen wir abschließend zum Preis. 25,6 Millionen € für das Schloss, 17 Millionen € für die Kunstgegenstände, die unstreitig dem Haus Baden gehören, 15 Millionen € für streitige Gegenstände – dies als Preis für eine abschließende Gesamteinigung über Kunstgegenstände im Wert von 300 Millionen € und den endgültigen Ausschluss jeglichen Prozessrisikos. Das sind die finanziellen Eckpunkte. Die sind kein Zufallsprodukt. Im Gegenteil, die Zahlen sind das Ergebnis intensiver gutachterlicher Prüfungen und Schätzungen über zwei Jahre hinweg, die maßgeblich in die Vertragsverhandlungen eingeflossen sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Wesentlicher Eckpunkt ist das Gutachten der Expertenkommission „Eigentumsfragen Baden“, das unser Wissenschaftsminister schon im November 2006 in Auftrag gegeben hat. Vorangegangen sind Wertschätzungen der mobilen Kulturgüter – zwei weitere juristisch-historische Gutachten.

Grundlage der Einigung mit der Familie von Baden über sämtliche Kaufpreise von Kunstgegenständen waren also ausschließlich fachliche Wertgutachten. Ein sehr sorgfältiger Aufarbeitungsprozess geht heute zu Ende. Gibt es gegen eine solche Vorgehensweise substanzielle Einwände aus der Fachwelt, aus der Wissenschaft? Keine. Nur die SPD kartet am 5. März noch einmal kurz nach. Überschrift: „Offensichtlich will der Markgraf jeden Stein, jede Kirchenbank und jede Putte zu Geld machen ...“

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: So war es!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle zeigt sich, worauf es der SPD von Anfang an ankam, nämlich darauf, den Eindruck zu erwecken, das Land gewähre der Familie von Baden Privilegien. Das zieht sich wie ein roter Faden durch Ihre öffentlichen Äußerungen.

(Unruhe bei der SPD)

Sozialneid zu schüren, das war Ihr eigentliches Ziel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die CDU-Fraktion galt und gilt: Eine Adelsfamilie hat nicht mehr, aber auch nicht weniger Rechte als jeder Bürger in unserem Land.

(Beifall des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Genau!)

Es geht nicht um ein einseitiges Gesetz, es geht nicht um ein einseitiges Diktat. Es geht um eine faire, sensible Lösung für alle Seiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die CDU-Landtagsfraktion ist entscheidend, dass diese Vereinbarung im Interesse der Kultur unseres Landes ist. Wenn Salem jetzt in die Hoheit des Landes kommt, dann wird die historische Verzahnung mit dem badischen Herrscherhaus sicherlich weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Mindestens genauso wichtig für unsere Bevölkerung ist aber auch die Bedeutung von Kloster Salem für unsere christlichen und kirchengeschichtlichen Wurzeln im Südwesten und in ganz Deutschland. Diese wich-

*(Dr. Klaus Schüle)*

tigste kulturhistorische Bedeutung von Salem zukünftig wieder stärker herauszuarbeiten ist eine wichtige Aufgabe für unser Land.

Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte in Salem das einkehren, was der Name Salem bedeutet: Ort des Friedens. Dazu können alle beitragen. Wir stimmen dieser Vereinbarung aus Überzeugung zu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid das Wort.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Nils, jetzt klär einmal auf!)

**Abg. Dr. Nils Schmid** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag von Baden-Württemberg setzt heute den parlamentarischen Schlusspunkt unter ein langes Ringen um den richtigen Weg bei den badischen Kulturgütern. Was einst im Jahr 2006 als Tragödie begann,

(Zurufe von der CDU: Tragödie?)

endet jetzt als Farce, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich einmal die Skandalchronik vor Augen führen, die sich seit September 2006 abgespielt hat, dann kann man das nur noch mit den Begriffen des klassischen Dramas beschreiben:

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Da müssen Sie bloß einmal in Ihre Fraktion gucken!)

Erster Akt: Exposition. Im September 2006 werden Pläne bekannt, nach denen die Landesregierung Kulturgüter im Wert von 300 Millionen € verkaufen will, um 70 Millionen € an das Haus Baden zu geben.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist eigentlich schon ein Lustspiel!)

Ich weiß noch, wie wir als SPD-Landtagsfraktion unsere Herbstklausur in Titisee-Neustadt abgehalten haben und dann die Kollegin Helen Heberer und der Kollege Johannes Stober mit mir schnell nach Karlsruhe geeilt sind, um zu sehen, um welche Kulturgüter es sich denn da handelt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das kann Ihnen nie schaden, nach Karlsruhe zu fahren, um Kulturgüter anzuschauen! Ich hoffe, dass Sie auch sonst Kulturgüter anschauen! – Heiterkeit)

Eines war uns sofort klar. Das haben viele hier nicht gewusst. Herr Goll hat von Papierstapeln im Keller geredet.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Kellerware!)

Wir haben sehr schnell festgestellt – das war von Anfang an die Leitlinie der SPD-Landtagsfraktion –: Es geht nicht an, das Kulturgut Salem gegen die badischen Kulturgüter in Karlsruhe auszuspielen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht nicht an, zur vermeintlichen Sicherung von Handschriften und anderen wertvollen Kunstgegenständen in Karlsruhe Salem in Frontstellung zu bringen. Es gibt eine Gesamtverantwortung des Landes. Nicht umsonst sprechen wir neben der Sozialstaatlichkeit auch von der Kulturstaatlichkeit, die unsere Verfassung kennt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD zu Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Staatssekretär, hast du gehört? – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Dann kam Akt 2 des klassischen Dramas, für die Kenner das beschleunigende Moment. Ein Aufschrei weit über Baden-Württemberg hinaus, Aufforderungen in „Le Monde“, „New York Times“, die Kulturbanausen in Baden-Württemberg zu stoppen. Damals hat der Ministerpräsident das noch als Gezeter in den Feuilletons abgetan. Aber er musste dann schnell merken: Das geht nicht gut.

Deshalb hat er versucht, sein unsägliches Ansinnen durch das sogenannte Dreisäulenmodell zu kaschieren, nach dem dieses ursprüngliche Vorhaben mit Zwangsbeiträgen der Kunsteinrichtungen des Landes und der Landesstiftung in modifizierter Form umgesetzt werden sollte, nämlich der Verkauf von Kulturgegenständen zur Rettung von Salem.

Wir als SPD-Landtagsfraktion haben schon damals gesagt: Wir können uns vorstellen, zur Sicherung von Salem eine Stiftung einzurichten, aber nicht gespeist aus Erlösen einer Veräußerung anderer Kulturgegenstände.

Dann dümpelte die Debatte dahin.

Dritter Akt: Peripetie, entscheidender Höhe- und Wendepunkt dieses Dramas. Oettinger hatte wenige Tage zuvor noch in diesem Haus erklärt, welche Kunstgegenstände unzweifelhaft Privateigentum des Hauses Baden seien, z. B. ein Gemälde von Baldung Grien. Dann kommt ein Professor dahergelaufen

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Die Professoren kommen „dahergelaufen“!)

und veröffentlicht in der FAZ die These – nein: die gesicherte These –, dass das Land Kunstgegenstände kaufe, die ihm schon längst gehörten, meine Damen und Herren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich!)

Es wird herausgearbeitet, dass Herr Mertens recht hat und Belege hat, weshalb wesentliche Kunstgegenstände unzweifelhaft schon im Landeseigentum sind. Es wird die kulturgeschichtliche Verantwortung der badischen SPD in der Weimarer Zeit herausgearbeitet, des Ministers Remmele, der dafür gesorgt hat, dass ein Teil dieser streitbefangenen Kunstgegenstände in der Nachfolge der Monarchie geklärt wurden und deshalb dieses Gemälde von Baldung Grien unzweifelhaft schon dem Land gehört.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Großes Entsetzen; die Landesregierung war entlarvt, nicht nur als Kulturbanausen, sondern auch als unfähig in der Wahrnehmung von Landesinteressen.

(Beifall bei der SPD)

Dann folgte der vierte Akt: retardierendes Moment. Was macht die Landesregierung? Es wird die Geschwindigkeit aus dem Prozess herausgenommen, es werden Gutachten in Auftrag gegeben und Kommissionen eingesetzt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist immer gut!)

Es wird darauf verwiesen, dass ein ominöser Investor da sei, möglicherweise aus Arabien, ein Märchenprinz, und das Ganze geschieht vor einer ständigen Drohkulisse, nach der das Haus Baden jeden Moment insolvent gehen müsse.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Kollege Schmid, Ihr Akt 3 b fehlt: der gescheiterte Untersuchungsausschuss! – Heiterkeit)

– Nein, nein, Herr Birk! Es gilt die Einheit von Zeit und Ort.

(Heiterkeit)

Wenn Sie die zeitliche Abfolge zur Kenntnis nehmen, Kollege Birk,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ist das die Zugabe? – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das war die Hybris!)

dann wissen Sie:

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ist das Ihr Spannungsbogen?)

Der Untersuchungsausschuss war Akt 2, beschleunigendes Moment.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist aber ein ganz schlechtes Drehbuch!)

Retardierendes Moment – –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Dr. Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Dr. Nils Schmid** SPD: Ja.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel** FDP/DVP: Können Sie mir und dem Hohen Haus sagen, für wen der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ein beschleunigendes Moment war?

**Abg. Dr. Nils Schmid** SPD: Für den Spannungsbogen des Dramas. Das war durchaus Bestandteil des dramatischen Prozesses.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Damit haben wir als SPD kein Problem.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Also, retardierendes Moment: Es werden Kommissionen eingesetzt, Gutachten werden erarbeitet, und – oh Wunder – die Rechtsauffassung, die die SPD-Fraktion schon von Anfang an vertreten hat, nämlich, dass die Kulturgegenstände dem Land gehören, wird durch dieses Gutachten im größten Umfang bestätigt.

(Abg. Ingo Rust SPD: Aha! Warum nicht gleich?)

Folgt Akt 5, den wir jetzt behandeln, den wir jetzt abschließen. Normalerweise kommt da die Katastrophe. Die haben wir gerade noch verhindert. Aber nicht Sie, sondern wir haben sie verhindert.

(Beifall bei der SPD)

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Katastrophe für die Kultur des Landes wäre gewesen, Kunstgegenstände im Wert von 300 Millionen € zu verhökern.

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Der jetzige Vertrag sieht den Aufkauf der Anlage Salem vor. Nach dem Scheitern der Stiftungslösung hätte die SPD-Fraktion einer solchen Kauflösung nahetreten können, aber die ausgehandelten Bedingungen sind für uns auf keinen Fall zustimmungsfähig.

Sie haben einen Vertrag mit einem Gesamtvolumen von etwa 60 Millionen € ausgehandelt, davon allein 25,8 Millionen € für den Aufkauf der Anlage Salem. Wenn man bedenkt, dass nach unbestrittenen Informationen der jährliche Sanierungsaufwand für die Anlage zwischen 1 Million und 2 Millionen € liegt, dann ist dieser Kaufpreis von 25 Millionen € nicht nachvollziehbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wer um 1 Million bis 2 Millionen € jährlich entlastet wird, wie das Haus Baden, der kann nicht vom Aufkäufer verlangen, dass er noch 25 Millionen € drauflegt. Nein, der soll froh sein, dass das Land in Zukunft diese 1 Million bis 2 Millionen € übernimmt. Es wäre angemessen gewesen, einen symbolischen Kaufpreis von 1 € auszuhandeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist peinlich, Herr Schmid! Das ist Gelaber von Ihnen! Das ist doch kulturhistorischer Quatsch, was Sie da erzählen! Das ist peinlich!)

Besonders pikant ist, dass in der Mitteilung an den Finanzausschuss festgehalten wird, dieser Kaufpreis würde alle Kunstgegenstände umfassen. Dann wurde herausgearbeitet, dass zusätzlich für 10 Millionen € Kunstgegenstände auf dem Gebiet der Anlage Salem gekauft werden.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Treuhand Salem! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Die Rede von Herrn Frankenberg kommt noch!)

In Salem wurde noch ein Schlussstein für einen Torbogen gekauft; wir haben die Putten etc. schon aufgeführt. Das heißt, wir mussten in Salem für jeden Kunstgegenstand, auch für fest vermauerte Kunstgegenstände, noch einmal extra Geld bezahlen. Dies ist ein ganz schlechtes Verhandlungsergebnis. Das würde kein Privatmann mit sich machen lassen.

(Beifall bei der SPD)

*(Dr. Nils Schmid)*

Schließlich muss das Land akzeptieren, dass der Seniorchef des Hauses Baden ein Luxusloft auf Steuerzahlerkosten in Salem behalten wird, ein Luxusloft,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist Luft, nicht Loft!)

wo die Gesamtanlage auf Steuerzahlerkosten saniert wird, wo dann die Familie des Seniorchefs sozusagen wie die Glucke im Nest in einem Areal wohnen darf, wunderschön, und der ganze Unterhalt liegt beim Land. Dies ist für uns nicht akzeptabel, meine Damen und Herren.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Besonders brisant ist, dass entgegen der Vermutung, die man nach den ersten Äußerungen der Landesregierung haben konnte, dieses Wohnrecht, dieses Teileigentum übertragen werden kann, und zwar nicht nur an unmittelbar Erbberechtigte, sondern an Verwandte dritten Grades innerhalb der Markgrafenfamilie. Das heißt, das wird ein Dauerzustand sein.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sind die nicht erbbrechtigt?)

Denn was gibt es Schöneres, als in Salem zu wohnen? Jeder, der die Gegend kennt, kann das nachvollziehen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Dann machen wir dort einmal eine Klausurtagung!)

Schließlich ist Ihre Aussage nachweislich falsch, das Haus Baden würde nicht schlechter und nicht besser behandelt als jeder Bürger dieses Landes. Dies ist eine unverfrorene Aussage, Herr Dr. Schüle.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Von Ihnen!)

Wenn sich ein mittelständischer Unternehmer an das Land wenden würde, etwa weil er sich verspekuliert hat oder hohe Verluste gemacht hat, und einen solchen Deal abschließen wollte, dann würden wir aufschreien, weil wir das für eine Ungleichbehandlung halten würden. Aber bei einer Adelsfamilie hat das Land keine Manschetten, einen solchen Vertrag abzuschließen.

(Beifall bei der SPD)

Man muss sich einmal vor Augen führen, welche Privilegien sich die Fürstenfamilie gesichert hat: Läuten des Münsters bei bestimmten Anlässen, liturgische Nutzung von Kunstgegenständen im Münster, Platz vorne rechts auf der Kirchenbank für die Familie,

(Lachen bei der SPD)

Marienbilder im Münster, die im Privateigentum bleiben, quasi als Hausaltar – und da sagen Sie noch, diese Familie würde behandelt wie jeder andere Bürger auch.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie machen nur lächerlich, Herr Schmid! Das ist peinlich! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Es stimmt halt!)

Herr Schüle, meine sehr verehrten Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, dies ist eine ausnehmende Vorzugsbehandlung einer bestimmten Familie. Ich frage mich von Anfang dieser Skandalchronik an, weshalb Sie nicht den Mut haben, als demokratisch gewählter Souverän hinzustehen und Landesinteressen offensiv wahrzunehmen. Aus meiner Sicht haben Sie sich dazu hinreißen lassen, vor Fürstenthronen zu kuschen.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Schlimmer geht es nicht! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die SPD kuscht öfter vor der Gewerkschaft! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jaschinski-Kuscher!)

Obwohl Sie die Vollmacht des Parlaments haben – Sie sind vom Volk gewählt und nicht von irgendwelchen Fürsten auserkoren –, obwohl Sie vom demokratischen Souverän alle Vollmachten erhalten haben, haben Sie in dieser Auseinandersetzung mangelndes Selbstbewusstsein gezeigt und voreilig Landesinteressen aufs Spiel gesetzt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Nur der Herr Schmiedel ist noch niveauloser! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie zeigen gerade mangelnde Souveränität!)

– Wir haben von Anfang an gesagt: Es geht darum, die Rechtsposition des Landes überzeugend und offensiv zu vertreten. Sie haben die Position im Vorfeld schlechtgeredet und damit die Chancen des Landes herabgesetzt.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Deshalb sage ich Ihnen: Der Schlusspunkt dieses klassischen Dramas zeigt an: Diese Regierung kann nicht gut mit Steuerzahlergeldern umgehen, und diese Regierung hat kein republikanisches Bewusstsein.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Es sprach der Robin Hood der SPD!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Walter das Wort.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hoffentlich wird es jetzt besser!)

**Abg. Jürgen Walter** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Regierungsfraktionen feiern sich heute für einen Vertrag, den sie ohne uns gar nie abgeschlossen hätten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Oh! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Oi!)

Ohne den weltweiten Protest, ohne den Protest von der Opposition hier in diesem Haus hätten Sie die Handschriften verkauft

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Quatsch!)

oder hätten sonst irgendwelche schrägen Modelle verabschiedet,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Absoluter Quatsch!)

aber diesen Vertrag hätten Sie nicht abgeschlossen.

(Beifall bei den Grünen)

*(Jürgen Walter)*

Ich will jetzt nicht die Geschichtsstunde des Kollegen Schmid wiederholen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Gott sei Dank!)

Aber man muss schon noch etwas auf dieses beschämende Kapitel der Landespolitik eingehen. Der versuchte Verkauf der Handschriften war ein Tiefpunkt, den ich in 17 Jahren Tätigkeit als Abgeordneter erlebt habe.

(Ministerpräsident Günther Oettinger: So lange schon?)

– 17 Jahre, fast so lange wie du.

(Heiterkeit)

Das war einer der Tiefpunkte, den ich in diesen 17 Jahren erlebt habe.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Es ging noch weiter, Herr Kollege Schüle.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Dr. Schüle!)

Dann haben Sie angekündigt: Wir kaufen jetzt den jungen Cranach. Dann wurde Ihnen im Feuilleton der FAZ nachgewiesen, dass uns das schon lange gehört. Solche Peinlichkeiten hätten Sie uns allen ersparen sollen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Kein Drama, ein Lustspiel!)

Jetzt haben Sie zweieinhalb Jahre gebraucht, um uns einen Vertrag vorzulegen. In der Vergangenheit wurde hier schon – auch von mir – sehr viel zur Bedeutung von Salem gesagt.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Das ist der Punkt, bei dem ich dem Kollegen Schüle völlig recht gebe. Wir müssen das nicht wiederholen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

– Leute, die es sich nicht merken können, wie Sie, merken es sich auch nicht, wenn ich es noch einmal sage.

(Heiterkeit)

Wir haben allerdings nie einen Zweifel daran gelassen – das haben wir der Regierung auch immer gesagt –, dass das Land das Schloss Salem kaufen soll.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Als CDU und FDP/DVP noch von Dreisäulenmodellen oder von Stiftungsmodellen geträumt haben, haben wir als Erste den Vorschlag gemacht, der jetzt hier umgesetzt wird, nämlich das Schloss Salem aus dem Grundstock des Landes Baden-Württemberg zu kaufen. Das ist auch der einzige vernünftige Vorschlag.

(Beifall bei den Grünen)

Dazu stehen wir auch noch heute. Wir nehmen zufrieden zur Kenntnis, dass gegenüber dem Novembervorschlag das Schlossgespenst nicht mehr so dominant durch das Schloss Salem spazieren

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Geistern!)

und geistern soll wie damals.

Dennoch, meine Damen und Herren, haben wir diesen Kaufvertrag sehr kritisch überprüft.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wie willst du das tun, wenn er geschwärzt ist?)

– Es ist schwergefallen, denn nach dieser Lektüre hatte man praktisch zwei Tage lang schwarze Balken vor den Augen, weil so viel geschwärzt wurde.

(Zuruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU)

Wir haben uns deswegen erlaubt, in Ihrer Tradition und Logik zum ersten Mal einen Antrag in den Landtag einzubringen, in dem auch schwarze Balken erscheinen, denn das passt haargenau zu dem Vertrag, den Sie uns vorgelegt haben.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen)

Aber nichtsdestotrotz, meine Damen und Herren, haben wir die Schwachstellen erkannt – deshalb auch unser Änderungsantrag, den Sie hoffentlich alle zur Kenntnis genommen haben.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie sind ein Mann der Gags!)

– Ja, Herr Kollege Birk. Ich wäre froh, Sie hätten weniger Gags in dieser ganzen Geschichte eingestreut, als Sie es getan haben.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Zweieinhalb Jahre haben Sie gebraucht, um diese Handschriftenblamage etwas aufzuarbeiten, und dann gewähren Sie uns gerade einmal zweieinhalb Tage Einblick in diesen hauptsächlich geschwärzten Vertrag.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Nein! Völlig falsch!)

Es wurde eine Geheimhaltung aufgebaut, die selbst die Geheimhaltungsvorschriften eines Untersuchungsausschusses überboten hat. Und dann wurde noch – das ist ein weiterer Tiefpunkt – vom FM behauptet, das Prozedere sei mit dem Landtag abgesprochen gewesen. Nur: Im Landtag habe ich keinen einzigen Menschen gefunden, der gesagt hätte: „Jawohl, das war abgesprochen.“ Das war schlichtweg falsch.

Selbst die Liste der Kunstgegenstände, Herr Kollege Birk, wurde zunächst in eine Geheimhaltung einbezogen. Erst als ich dem Herrn Ministerpräsidenten geschrieben habe, wurde uns diese Liste am nächsten Tag zugestellt – wohlgemerkt: ohne einen Vertraulichkeitsvermerk. Das heißt, hier wurde mit dem Parlament umgegangen, wie es einem gerade gepasst hat.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren von der Regierungsseite, in einem demokratischen Staat geht man so mit der Opposition und mit dem Parlament insgesamt nicht um.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Ein angemessener Umgang wäre auch klug gewesen, wenn Sie unsere Zustimmung haben wollen. Solche unwürdigen Dinge können Sie sich künftig ersparen, zumal der Ministerpräsident ohnehin versprochen hatte, es gäbe viel Transparenz. Aber die gab es nur scheibchenweise, wenn überhaupt.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Birk?

**Abg. Jürgen Walter** GRÜNE: Ja, das schadet wahrscheinlich nichts.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das schafft ein bisschen Luft!)

**Abg. Dr. Dietrich Birk** CDU: Herr Kollege Walter, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass Sie Gelegenheit gehabt hätten, den Vertrag bis heute einzusehen, was andere Kollegen reichlich genutzt haben.

Zum Zweiten frage ich: Trifft es zu, dass Sie den Vertrag in den letzten zwei Wochen eine Stunde lang eingesehen haben und darüber hinaus keine weitere Einsicht getätigt haben?

**Abg. Jürgen Walter** GRÜNE: Nein, Herr Kollege, das trifft nicht zu. Wir haben ihn einiges länger als eine Stunde eingesehen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wo ist dann das Problem?)

Da wir des Lesens mächtig sind und uns die Schwärzungen nicht zweimal antun wollten, haben wir es dabei belassen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das kann man in einer Stunde lesen!)

Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass Sie mit der ganzen Geschichte offener hätten umgehen müssen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wer so viel schwärzt, wer ein solches Verfahren wählt wie das Finanzministerium, der erweckt natürlich Misstrauen.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Die Rolle des Schlossgespenstes habe ich schon angesprochen. Wir würden jetzt mit viel Bauchgrimmen, Herr Kollege Scheffold, akzeptieren, dass es dort ein lebenslanges Wohnrecht für den Markgrafen gibt. Was wir aber nicht akzeptieren können – der Kollege Schmid hat es schon erwähnt –, ist, dass in dieses Vorkaufsrecht im Grunde genommen die weltweite Verwandtschaft des Markgrafen mit einbezogen wird. So haben wir nicht gewettet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ebenso sind wir der Meinung, dass bei diesem nicht unerheblichen Betrag, den wir jetzt bezahlen, auch die Kunstgegenstände, die im Schloss Salem, speziell im Münster, stehen, in diesen Preis mit eingeschlossen werden sollen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Die dürfen nicht zweimal bezahlt werden!)

Wir wollen jetzt gar nicht in die Details gehen. Es gäbe ja noch viel zu sagen. Warum weicht man so sehr von der ortsüblichen Miete ab? Das gilt beispielsweise für das Rentamt, das jetzt vom Hause Baden angemietet wird. Auf diese Details wollen wir gar nicht eingehen. Aber, meine Damen und Herren, Sie alle müssen sich die Frage stellen – speziell Sie, Herr Kollege Birk –: Würden Sie einen solchen Kaufvertrag, wie er Ihnen jetzt vorliegt, abschließen, wenn es um Ihr privates Geld gehen würde? Diese Frage stellt sich vor allem vor dem Hintergrund, dass man in der Politik mit Steuergeldern mindestens so vorsichtig umgehen sollte wie mit seinem privaten Geld. Wir in der Fraktion GRÜNE haben uns diese Frage gestellt, und wir haben sie mit Nein beantwortet,

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Wollen Sie privat ein Schloss kaufen?)

es sei denn, Sie schließen sich unserem Änderungsantrag noch an.

Ich möchte noch einmal betonen: Wir wollen dieses einmalige Kulturdenkmal in den Besitz des Landes überführen. Aber im Gegensatz zur Landesregierung wollen wir in Zeiten, in denen Bonusregelungen extrem unbeliebt sind, auch keinen Adelsbonus einführen. Denn in den Genuss dieses Vertrags – Herr Kollege Schüle, Sie haben das umgedreht – wäre ein Nichtadliger in Baden-Württemberg nicht gekommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha no, ha no!)

Sonst hätte man, Kollege Röhm, sicherlich anders verhandelt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha no! – Unruhe bei der CDU)

Eine demokratische Regierung, meine Damen und Herren, sollte sich nicht in Verbeugung vor dem Adel üben. Genau dies haben Sie aber mit dem vorliegenden Vertrag getan.

(Oh-Rufe von der CDU – Zurufe von den Grünen – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: A wa! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Peinlich, diese Aussage! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bachmann?

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE zuckt mit den Schultern und zögert. – Heiterkeit)

**Abg. Jürgen Walter** GRÜNE: Ach.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ja oder Nein?

(Heiterkeit)

**Abg. Jürgen Walter** GRÜNE: Es fällt mir schwer, aber ich akzeptiere eigentlich jede Zwischenfrage.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Kollege Bachmann.

**Abg. Dietmar Bachmann** FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Walter, ist Ihnen bekannt, dass sich Schlösser, in denen die Adelsfamilien noch leben, z. B. das englische Königshaus in Schloss Windsor oder im Buckingham-Palast,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist doch eine Monarchie! – Heiterkeit bei der SPD)

bei den Besuchern durchaus größerer Beliebtheit erfreuen als Schlösser, die inzwischen unbewohnt sind?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Graf ist aber nicht die Queen! – Unruhe)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Kollege Walter.

**Abg. Jürgen Walter** GRÜNE: Herr Kollege Bachmann, wir waren einmal zusammen in Indien.

(Heiterkeit – Oh-Rufe – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jetzt wird es interessant! – Unruhe)

Da haben wir – wenn Sie aufgepasst haben – viel über Karma und Reinkarnation gelernt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Erzählen Sie mehr!)

Deswegen sollte man sich immer überlegen, welche Qualität Zwischenfragen haben.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Was die Frage aber nicht beantwortet! – Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP und Franz Untersteller GRÜNE – Unruhe)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zum Verhalten der SPD sagen. In der Faschingswoche – passend zur Zeit – hat der Kollege Schmid zum ersten Mal den Vorschlag gemacht, Schloss Salem für 1 € zu kaufen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: VEB Salem!)

Lieber Kollege Schmid, wer solche Vorschläge macht, verabschiedet sich

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das ist doch nicht ungewöhnlich!)

aus einer ernst zu nehmenden Diskussion.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Da haben Sie recht! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Auch wenn es der sozialdemokratischen Seele guttun würde: Die Revolution von 1918 können wir heute nicht mehr aufrollen. Meine Damen und Herren, auch die Opposition soll die Probleme redlich angehen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Dr. Nils Schmid: Negative Erträge!)

Herr Kollege, auch wenn es eine rot-grüne Regierung in Baden-Württemberg geben würde, hätten wir Schloss Salem nicht für 1 € bekommen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! Natürlich! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Mit dir nicht, aber mit anderen! – Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das können Sie auch nicht, weil es eine solche Koalition nicht geben wird!)

Zwischen 1 € und einem seriösen Verhandlungsergebnis liegen schlichtweg Welten.

(Beifall des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Wer solche Forderungen wie der Kollege Schmid aufstellt, erweckt in der Öffentlichkeit den Eindruck,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Dass er das Thema nicht ernst nimmt!)

dass er schon längst nicht mehr daran glaubt, dass er dieses Land jemals regieren wird.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist auch so! Das sagen sogar wir! – Widerspruch bei der SPD)

Deswegen darf ein solches Signal niemals von einer Opposition ausgehen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das sagt der Richtige! – Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir schließen uns weder der Krawallopposition an,

(Zurufe von der SPD)

noch können wir an der Anbiederung der Regierungsfraktionen an das Haus Baden Gefallen finden.

(Anhaltende Unruhe – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

– Ich stimme dem Vertrag zu, Herr Kollege Birk, wenn Sie von den Regierungsfraktionen mehrheitlich unserem Änderungsantrag zustimmen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie haben zu schnell zugestimmt beim Haushalt! Das nutzen Sie jetzt nicht! Das ist Ihr Problem! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Bei der Debatte am 5. November 2008, einen Tag nach der Wahl des amerikanischen Präsidenten, habe ich zum Thema Salem gesagt: Das Motto des Tages lautet: „Yes, we can!“

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Yes, we want! – Wortmeldung des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Nach zweieinhalb Monaten Verhandlungen komme ich zum Ergebnis – – Ich lasse jetzt keine Zwischenfragen mehr zu.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Jürgen Walter** GRÜNE: Nein, jetzt komme ich gleich zum Schluss.

(Zurufe von der SPD – Unruhe bei der SPD – Beifall des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo! Sie kommen zum Schluss!)

Nach zweieinhalb Monaten Verhandlungen mit dem Haus Baden muss ich feststellen, das Motto der Landesregierung lautet: „No, we can't!"

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie peinlich! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was? Yes, we want!)

Oder, um es mit Goethe zu sagen:

*Amerika, du hast es besser,*
*als unser Kontinent, der alte,*

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hast keine Grafen, keine Schlösser! – Heiterkeit)

*hast keine verfallenen Schlösser*
*und keine Basalte.*

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und keine Grünen!)

*Dich stört nicht im Innern*
*zu lebendiger Zeit*
*unnützes Erinnern*
*und vergeblicher Streit.*

(Beifall bei den Grünen – Zuruf: Ui! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Berroth das Wort.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle fest: Die Revolution und der Klassenkampf sind für die Opposition im baden-württembergischen Landtag bis heute offensichtlich nicht abgeschlossen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Tosender Beifall! – Zurufe der Abg. Katrin Altpeter und Rainer Stickelberger SPD sowie Jürgen Walter GRÜNE)

Das erstaunt mich einigermaßen, denn ich hätte eigentlich gedacht, dass wir alle gut verankerte Demokraten sind, die jedem Menschen Wertschätzung entgegenbringen und versuchen, alle gleich fair zu behandeln.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Stephan Braun: Dann macht es doch!)

Ich bin erleichtert – das kann ich mit Sicherheit auch für unsere ganze Fraktion sagen –, dass diese unendliche Geschichte, die ja nicht erst seit zweieinhalb Jahren, sondern seit fast 90 Jahren währt – damals hätten Sozialdemokraten durchaus die Möglichkeit gehabt, frühzeitig eine Lösung herbeizuführen –,

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! – Abg. Reinhold Gall SPD: Um Gottes willen!)

heute zu einem Ende kommt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist ganz weit hergeholt!)

Vorweg – weil uns das vorgeworfen wird –: Die Idee des Verkaufs von wertvollen Beständen der Badischen Landesbibliothek ging nie dahin, dass diese endgültig aus dem Einzugsbereich von Baden-Württemberg verschwinden sollten.

(Lachen des Abg. Dr. Nils Schmid SPD – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Oje!)

Nein, es war von Anfang an nur davon die Rede, Sponsoren zu finden, die sie unter der Bedingung erwerben, sie der Öffentlichkeit und der Forschung weiterhin zur Verfügung zu stellen.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie haben aber ein schlechtes Gedächtnis!)

Das lasse ich mir nachträglich auch nicht „wegklittern". In unserer Fraktion bestand diese Position von Anfang an.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist aber ein schlechtes Gedächtnis, was Sie haben!)

– Ich habe ein sehr gutes Gedächtnis, weil ich in dieser Richtung von Anfang an aktiv war und die Unterstützung meiner Fraktion hatte.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Nun sind wir froh – da geht unser Dank an das Finanzministerium, das Wissenschaftsministerium und das Staatsministerium, bis hin zu den Spitzen der Häuser –, dass es inzwischen gelungen ist, sehr konkrete Vereinbarungen zu treffen, mit denen man heute und auch künftig leben kann. Ich darf daran erinnern: Ein Vertrag muss immer so gestaltet sein, dass man nicht nur zusammenkommt, sondern, wenn nötig, auch wieder ordentlich auseinandergeht.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aha!)

Auch das ist alles bedacht.

Es ist gut gelungen, die Bereiche Privatbesitz – Besitz der Familie – und Landesbesitz so zu trennen, dass auch Interessen einer Familie, die nun wirklich lange in diesem Haus gewohnt hat, nicht mit Füßen getreten werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Bis in alle Ewigkeit?)

– Solange die Familie besteht.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Also für Zeit und Ewigkeit!)

– Nein, es gibt durchaus Familien, die irgendwann aussterben. Das wünsche ich niemandem, aber von „Ewigkeit" möchte ich hier nicht reden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie machen es immer schlimmer! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist großartig! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Unruhe)

*(Heiderose Berroth)*

Ich möchte Sie einmal ganz konkret etwas fragen. Viele von Ihnen haben ein Elternhaus, das noch besteht. Was würden Sie sagen, wenn Ihnen jemand sagt: „Die Eltern bzw. Ihre Familie dürfen dort zukünftig nicht mehr wohnen“? Man muss das einmal ganz konkret sehen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Kollegin Berroth, warten Sie bitte einmal. – Die Rednerin sollte man schon noch verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist das Problem! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das versteht man besser nicht!)

Bitte, Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Gehen Sie bitte einmal in Kirchengemeinden in Baden-Württemberg. In vielen dieser Gemeinden werden Sie sehen, wie viele ganz normale Menschen wie Sie und ich dort durchaus auch ihren Stammplatz haben

(Lachen des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

und den mitunter auch ganz energisch verteidigen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: In welche Kirche gehen Sie?)

Auch das sind Sitten und Bräuche, die man nicht zwangsweise auseinandertreiben muss.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist unglaublich! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: In welche Kirche gehen Sie, wo Abgeordnete zugewiesene Plätze haben?)

Herr Kollege Dr. Schmid, Sie haben selbst gefragt – das hat mich jetzt verwundert –: „Wer würde nicht gern in einem Schloss wohnen?“ Sprich: Er wäre auch gern dort.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich sage Ihnen ganz klar: Ich möchte nicht in einem Schloss wohnen, und zwar nicht nur deshalb, weil es dort mitunter zugig ist und schwer zu heizen ist,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Der arme Graf! – Abg. Reinhold Gall SPD: Der Graf hat doch schon eine Heizung! – Unruhe)

sondern weil es dort – jetzt spreche ich als Hausfrau – verdammt viel abzustauben gibt und die Wege entsprechend lang sind. Ich möchte nicht im Schloss wohnen. Bernhard von Baden möchte das übrigens wohl auch nicht. Er hat ja seine Wohnung bewusst anderswo genommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe schon in einem Schloss gewohnt! Das war schön! – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Zum Änderungsantrag der Grünen: Diesem Antrag können und wollen wir so nicht zustimmen. Zu Ziffer 1: Ich denke, dass das, was in dem Vertrag geregelt ist, sehr sachgerecht ist und den Verhältnissen entspricht.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Für alle Ewigkeit!)

Was Sie in Ihrem Antrag fordern, hätte mit Sicherheit auch keine andere Familie – egal, ob mit einem „von“ im Namen oder nicht – so mitgemacht.

(Zurufe von der SPD und des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wenn man eine enge Verbindung zu einem Gebäude hat und ein bisschen Familienbewusstsein hat, dann liegt einem auch daran, das zu erhalten. Das ist im Vertrag sehr ausgewogen formuliert und lebbar.

Zu Ziffer 2: Es ist ja im Ausschuss ausführlich besprochen worden, dass alles, was fest verbunden ist, auch dazugehört, und es wurde gesagt, was dazugehört und was nicht.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das muss man aber nicht so machen!)

Ich war im Wissenschaftsausschuss dabei, als darüber beraten wurde. Dieser zweite Punkt ist also auch obsolet.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Dass die Landesregierung das behauptet, ist ja klar!)

Zum Zweiten: Dass die Familie Baden weiterhin in dem Schloss lebt, ist aus touristischen Gründen mit Sicherheit wichtig und wertvoll.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Kann man die dann auch anschauen? – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Können Sie das einmal begründen?)

Ich möchte Sie einmal daran erinnern – denken Sie einmal darüber nach –, wie viele Menschen, auch Erwachsene, wenn sie an einem Schloss vorbeigehen, darauf schauen, ob die Flagge aufgezogen ist oder nicht.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber wenn, dann nur die Landesflagge!)

Das ist etwas Banales, aber das können Sie täglich erleben. Ich vermute einmal, dass auch die Kinder von Sozialdemokraten und Grünen einem bewohnten Schloss mehr Interesse entgegenbringen als einer leeren Staffage.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wie erklären Sie sich die Besucherströme im Schloss Ludwigsburg? – Abg. Christine Rudolf SPD: Das ist ein Haufen Geld, das wir ausgeben! – Unruhe bei der SPD)

Wir alle sollten bei dieser Gelegenheit den Kindern allerdings auch sagen, dass wir in einer Demokratie leben und dass der Adel heute keine Privilegien mehr hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo!)

*(Heiderose Berroth)*

Ich verlange aber von Ihnen nicht, dass Sie die unrühmliche Rolle, die Sie im Verlauf dieses „Dramas“, wie Sie es nennen, gespielt haben, dann auch noch erwähnen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Gespensterdebatte! – Zurufe der Abg. Dr. Nils Schmid und Christine Rudolf SPD)

Zu den Kosten der Sanierung: Soweit ich informiert bin – da möge mich gegebenenfalls bitte jemand korrigieren –, ist die Familie Baden durchaus für den Unterhalt der von ihr genutzten Teile des Schlosses zuständig. Das ist auch richtig so. Für die Teile, die man gemeinsam nutzt, hat man – wie es in jeder Eigentümergemeinschaft der Fall sein sollte – eine gute Regelung getroffen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Gibt es da auch einmal eine Versammlung, an der man teilnehmen kann? – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die Kosten für die Sanierungsmaßnahmen, die jetzt anstehen, sind für einen Zeitraum von 20 Jahren berechnet. Ich sage Ihnen: Diese Kosten würden auch anfallen, wenn dieses Schloss dem Land schon seit 90 Jahren gehören würde. Schauen Sie doch einmal, was wir bei anderen Schlössern an Sanierung zu leisten haben!

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ich sage nur: Hohenasperg! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber deshalb doch kein Kaufpreis mehr!)

Genau das Gleiche gilt für den Kaufpreis: Wenn wir das Schloss schon vor 90 Jahren erhalten hätten – für den Preis von damals nicht einmal 1 € –, was glauben Sie, was da inzwischen an Steuergeldern hätte hineinfließen müssen? Insofern ist der Preis, der bezahlt wird, adäquat.

Dass bei den Kunstgegenständen ein Schlussstrich gezogen wird, ist eminent wichtig. Das will ich besonders betonen.

Insgesamt sind wir der Meinung, dass von beiden Seiten sehr verantwortungsvoll gehandelt wurde. Der FDP/DVP war es allerdings wichtig, dass wir im Bereich der Denkmalpflege nicht nur in herrschaftliche Häuser und herrschaftliche Anwesen investieren, sondern gleichzeitig auch den Anteil für die Denkmalpflege im Landeshaushalt aufstocken,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

aus dem die Sanierung alter Bauernhäuser und Ähnliches finanziert werden kann, weil uns das ein genauso wichtiges Anliegen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was hat das jetzt mit Salem zu tun?)

Ein Weiteres ist, dass bei dieser Gelegenheit – ich hoffe, dass der Brief, über den im Ausschuss gesprochen wurde, inzwischen geschrieben worden ist – auch Gespräche über das Archiv des Hauses Baden geführt werden müssen, weil die Geschichtsforschung ein durchaus wichtiges Interesse daran hat, in dieses Archiv Einsicht nehmen zu können. Ich bin auch da zuversichtlich, dass man eine gute Lösung findet, dass sich ein guter Weg aufzeigen lässt zwischen den Interessen der Familie, die natürlich das, was sie betrifft, bei sich behalten will, und dem Interesse der Öffentlichkeit, in die für sie wichtigen Dokumente Einblick gewährt zu bekommen.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Als Letztes ist erfreulich, dass das Internat und die Schule Schloss Salem, die mit ihrem guten Ruf weltweit ebenso Aushängeschilder sind wie das Salemer Münster, weiterhin im Gebäude bleiben; der Mietvertrag hat eine Laufzeit bis 2095. Das werden wir vermutlich alle nicht mehr sehr bewusst erleben. Auch der Mietpreis soll so moderat bleiben. Das heißt, der Name Salem wird in Baden-Württemberg und in der Welt weiterhin hoch angesehen sein.

Schließlich, weil ja eine Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vorliegt, über die wir hier sprechen: Uns ist wichtig, dass die Finanzierung nicht aus dem Haushalt, sondern aus dem Grundstock erfolgt. Das heißt, man hat irgendwann Gebäude, die im Bestand des Landes waren und die nicht landeswichtig sind, verkauft und hat aus diesen Erlösen die Möglichkeit, ein für das Land wichtiges Gebäude zu erwerben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Finanzminister das Wort.

**Finanzminister Willi Stächele:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht um die Schlossanlage, und es geht um Kunstgegenstände. Wir teilen uns den Redebeitrag der Landesregierung: erst das Geld und dann das Vergnügen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir alle, die wir heute über die Vertragsverhandlungen und demnächst über den Kaufabschluss befinden, wissen sehr genau, dass es sich hier um ein Objekt von allerhöchster kulturhistorischer Bedeutung handelt.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ja! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wie in Castel Gandolfo!)

Das ist unbestritten. Was sich in dieser Anlage vereint, weiß jeder, der sie besucht: Hochgotik, Barock und Rokoko. Wir wissen um den Wert des Münsters. Ich habe mir von Experten sagen lassen, es sei vergleichbar mit dem Münster von Straßburg oder von Freiburg.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ulm nicht vergessen!)

Wir wissen natürlich, was Salem in Sachen südwestdeutsches Rokoko insgesamt repräsentiert. Das ist ein Kleinod sondergleichen.

Jetzt ging es darum, sich mit dem Eigentümer über den Verkauf zu verständigen. Es ging uns vor allem darum, dass dieses Kleinod weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich bleibt. Wir dürfen nicht vergessen, dass das der Ausgangspunkt der Verhandlungen war.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Ich denke, wir haben dies mit dem Vertrag erreicht.

Es bestand Handlungsdruck, weil bereits ein anderer Interessent nicht nur Kaufinteresse angemeldet hatte, sondern – wir kennen das Memorandum of Understanding –

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Willi, was ist das?)

dies auch notariell geprüft worden ist. Ob ein Abschluss zustande gekommen wäre, wird man nie wissen. Aber es bestand ganz konkret ein Kaufinteresse und demzufolge auch die Gefahr, dass die Öffentlichkeit an dieser Schlossanlage, an diesem kulturhistorisch wertvollen Gut nicht mehr teilhaben könnte.

Wir mussten handeln, und wir haben gehandelt. Es sind Verhandlungen geführt worden. Am Schluss von Verhandlungen stellt sich immer die Frage: War der erzielte Abschluss nun gerechtfertigt oder nicht? Es ist gesagt worden, mit 1 € hätte man die Anlage kaufen können. Dazu hat Herr Walter das Richtige gesagt. Da ist wohl mit dem Kollegen Schmid ein bisschen die alte Jusozeit oder die SDS-Zeit durchgegangen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Da hat es die SDS-Zeit schon gar nicht mehr gegeben!)

1 € ist natürlich jenseits dessen, was man in einer rechtsstaatlichen Ordnung, die auch das Eigentum noch schützt, konkret begreifen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Kurzintervention des Herrn Abg. Dr. Schmid?

**Finanzminister Willi Stächele:** Wenn er den Preis von 1 € erhöhen will – Herr Schmid, bitte schön.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Dr. Schmid.

**Abg. Dr. Nils Schmid** SPD: Die SDS-Zeiten waren vor meiner Zeit. Ich weiß nicht, ob ich das bedauern soll.

**Finanzminister Willi Stächele:** Das Alter ist immer schwer einzuschätzen, Kollege Schmid.

(Heiterkeit)

**Abg. Dr. Nils Schmid** SPD: Aber vielleicht haben Sie ja noch einschlägige Erinnerungen an jene Zeit. Das kann ich mir lebhaft vorstellen. Daher kommt sicher auch noch dieser Affekt gegen diese Begrifflichkeit.

Ich will im Rahmen einer Kurzintervention auf folgenden Sachverhalt hinweisen, der mit Karneval wenig zu tun hat: Das Haus Baden selbst definiert die Anlage als ein wirtschaftliches Unternehmen, bei dem Erträge und Aufwendungen einander gegenüberstehen: Erträge aus Mieten und aus Wirtschaftsbetrieben auf dem Areal und Aufwendungen für den Erhalt der Anlage. Wenn man dies als Immobilienkaufmann miteinander vergleicht, dann kann man daraus ersehen, dass der Betrieb der Anlage strukturell defizitär ist.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist doch bei jedem Schloss so!)

Deshalb war mein Vorschlag – zufällig in der Faschingswoche, aber durchaus sehr ernst gemeint –, dass man einen solchen Betrieb mit den entsprechenden Anlagen zu dem symbolischen Preis von 1 € übernehmen sollte, weil man ja dann auf viele Jahre ein Defizit z. B. für Sanierungsaufwendungen tragen muss.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das sind normale wirtschaftliche Überlegungen, die bei Vertragsverhandlungen durchaus Platz greifen, wenn man ein Unternehmen mit entsprechenden Anlagen übernimmt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Das müsste der Finanzminister wissen!)

**Finanzminister Willi Stächele:** Die Frage ist jetzt, ob ich Ihre Auffassung teile. Nein.

Eines ist sicher, Herr Kollege Schmid – ganz ernsthaft –: Wären wir mit diesem Angebot in die Verhandlungen gegangen, wären wir nicht nur Gefahr gelaufen, sondern wäre die Befürchtung wahr geworden, dass die Öffentlichkeit überhaupt nichts mehr von Salem gehabt hätte. Das „Ding“ wäre weggegangen.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

1 € ist jenseits dessen – –

Nun gestehe ich Ihnen aber zu, Herr Kollege Schmid und meine Damen und Herren, dass die Frage schon war: Was kann es denn wert sein? Da gibt es einen Sachwert. Jenes ominöse Gutachten sprach von bis zu 40 Millionen €. Als Sachwert ist diese Summe gar nicht abwegig.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wenn man jeden Stein zählt!)

Aber welcher Betrag steht dann als Marktwert dagegen? Wie hoch wäre dann ein Liebhaberwert oder wie hoch ein echter Kaufwert? Hier die richtige Mitte zu finden, war gar nicht einfach.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Deswegen meine ich, dass am Schluss dieser Betrag in der Größenordnung von 25 Millionen € durchaus in der Nähe dessen liegt, was man verantworten kann. Letztlich geht es doch um die Frage: Was kann ich verantworten, wenn ich nicht konkret weiß, was ein anderer Käufer wirklich abschließend dafür geboten hätte und was dafür auch ausreichend gewesen wäre? Das Angebot stand zwar in dem Memorandum of Understanding, aber was ein Käufer abschließend gezahlt hätte, werden wir nie wirklich wissen.

Insofern war es wirklich ein Ringen um die Frage: Was soll es und was kann es denn wert sein? Wenn Sie vom laufenden Betrieb ausgehen, dann haben Sie schon recht: Das wäre das erste Schloss, das Gewinn abwerfen würde. Hier sieht es so aus: Die Kosten des laufenden Betriebs nach Abzug der Einnahmen betragen 0,7 Millionen €. Sie haben völlig recht. Aber das kann es auch nicht gewesen sein. Denn es hätte viele gegeben – vielleicht sogar hier in diesem Hohen Haus –, die die Anlage dann für 2 oder 3 € gekauft hätten. Auch das wäre

möglich gewesen. Einen solchen Gedanken kann man also nicht ernsthaft weiterverfolgen.

Kurzum: Ich denke schon, dass wir mit der Festsetzung dieses Kaufpreises richtig gehandelt haben.

Daneben steht natürlich die alte Frage im Raum: War es notwendig, ein Wohnrecht festzuschreiben?

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ein Teileigentum!)

– Teileigentum, Wohnrecht; sicher. – Ich sage Ihnen ganz offen: In der ersten Verhandlungsrunde zu diesem Thema hätte ich lieber ein Wohnrecht gesichert. Es liegt nahe, dass man sagt: ein Wohnrecht. Aber irgendwann – und das kann man nur spüren, wenn man an den Verhandlungen teilnimmt – merkt man schon, dass das ein Essential ist, um das es hier geht und an dem die gesamten Verhandlungen auch hätten scheitern können.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Auch da wissen Sie nicht, ob sie letztendlich gescheitert wären. Aber die Situation war, dass wir ein Memorandum of Understanding hatten. Es war ein Kaufinteressent da, es kam zu diesem Punkt. Da, muss ich sagen, bin ich froh, dass wir durchsetzen konnten, dass, wenn denn ein Verkaufsfall eintritt, das Vorkaufsrecht für das Land in jedem Fall offen ist und dann kein Liebhaberpreis gilt, sondern der Preis objektiv durch einen gemeinsam bestellten Sachverständigen ermittelt wird. Das ist ganz wichtig.

Jetzt sind wir beim nächsten Punkt, nämlich bei dem, was Sie im Finanzausschuss zu Recht angemahnt haben.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Da geht es um „bis in das dritte Glied“!)

– Genau das meine ich. Dazu darf ich Ihnen Folgendes sagen: Diese Abklärung ist Gott sei Dank schnell erfolgt. Es wird nicht bis zur dritten Generation gehen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Aha!)

Da ist ein offener Dissens zwischen beiden Verhandlungspartnern gewesen. Was unser Verhandlungspartner wollte, ist nicht die Geltung bis in die dritte Generation. Denn das hätte bedeutet – das war für uns alle Neuland –, dass das bis in den europäischen Hochadel hineingegangen wäre.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Dr. Nils Schmid: Die Queen in Salem! Das wäre doch nicht schlecht! – Unruhe)

Die Abklärung ist ganz einfach. Es geht auf der einen Seite um das, was man will, und auf der anderen Seite darum, was man auch als Verhandlungspartner richtig verstanden hat. Insofern war das, meine ich, ein offener Dissens. Man wollte nichts anderes, als dass die Abkömmlinge – es sind derzeit 13 an der Zahl – in der Lage sein sollen, im Vorkaufsfall Zugriff zu nehmen bzw. das Vorkaufsrecht des Landes außer Kraft treten zu lassen. Das heißt, all die Ängste, die formuliert worden sind, bis hin zur Gültigkeit bis zur dritten Generation,

(Glocke des Präsidenten)

können in diesem Moment nun wirklich zurückgefahren werden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Frage oder eine Kurzintervention – was ist es, Herr Kollege? –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Eine Frage!)

des Herrn Abg. Kretschmann?

**Finanzminister Willi Stächele:** Bitte schön.

**Abg. Winfried Kretschmann** GRÜNE: Herr Minister, ich war bei den Verhandlungen nicht dabei, und mir fehlt natürlich die Kenntnis, an welcher Stelle es prekär geworden wäre. Aber ich frage: Warum war denn die Familie Baden überhaupt an einem Wohnrecht interessiert? Wir haben doch von der Kollegin Berroth gerade erfahren, dass es eigentlich gar nicht schön sei, in Schlössern zu wohnen, weil es da immer zieht.

(Lebhafte Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die wohnen da schon lange! Die sind den Zug längst gewohnt! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Finanzminister.

**Finanzminister Willi Stächele:** Letztendlich bleibt auch einem Finanzminister die letzte Motivation einer Adelsfamilie unerschlossen. Der Wunsch kam aus Teilen der Familie. Nun können Sie Mutmaßungen darüber anstellen, wer es nun war, der darauf bestanden hat, Wohneigentum behalten zu dürfen. Für unsereinen wäre ein Wohnrecht im Grunde ausreichend. Aber zum Schluss hin wurde es zu einer existenziellen Frage, von deren Antwort es abhing, ob die Verhandlungen überhaupt noch weitergeführt werden konnten oder nicht. Deswegen kam es dann zur Gewährung dieses Rechts.

Dies zum Vorkaufsrecht. Die Situation ist eben die – darüber muss man offen sprechen –, dass ein Teileigentum geschaffen wird; aber das Vorkaufsrecht des Landes ist gesichert.

Nun noch einmal zu dem Preis insgesamt. Niemand darf sagen, dass das kein Geld sei. Der Begriff „Schnäppchen“ passt hier gar nicht, das wissen wir. Es ist gutes Geld. Die Frage ist aber natürlich immer, welche Aufwendungen man hat. Wenn irgendjemand geglaubt haben sollte, dass eine solche Schlossanlage zum Nulltarif in eine Zukunft geführt werden kann, dann ist er nicht von dieser Welt.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das war allen klar!)

Jemand, der Landespolitik betreibt, darf erst recht nicht sagen, dass er diesen Glauben gehabt habe. Wir haben ja solche Einrichtungen in Hülle und Fülle. Wir können jeden Tag im Haushaltsplan nachlesen, was die Anlagen in Schwetzingen, Ludwigsburg oder Rastatt kosten. Hier darf niemand sagen, dass er sich vorstellen könnte, dass man so etwas zum Nulltarif in die Zukunft führen könnte.

*(Minister Willi Stächele)*

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber zum Nulltarif kaufen!)

Auf eine schon sehr frühe Anfrage der SPD, die Kollege Stratthaus beantwortet hat, war deutlich gesagt worden, dass der jährliche Aufwand 1,5 bis 1,7 Millionen € betragen werde. Das muss man einfach einrechnen. Um diese Kosten kommt man nicht herum.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das war immer klar!)

Das war also Bestandteil.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber nicht, noch einmal 25 Millionen € dafür zu bezahlen!)

Wenn man in der weiteren Kostenrechnung zu einem höheren Betrag kommt, dann einfach deswegen, weil man tatsächlich von objektiven Betrachtern und Prüfern alles, aber auch alles zusammenstellen ließ, was in den nächsten 20 bis 30 Jahren an Erhaltungsaufwand entstehen kann. Für mich und für uns war klar, dass das der objektive Prüftatbestand ist. Auf der anderen Seite ist es eine haushaltsmäßige Entscheidung, wie man einem solchen Investitionsbedarf für die Erhaltung im Rahmen unserer Haushaltslinie nachkommen kann. Das ist wie in einem privaten Haushalt. Der Wunsch ist das eine, das Erfüllungsdatum das andere. Insofern würden mich die Zahlen, die genannt wurden, keinesfalls schrecken.

Meine Damen und Herren, es ist tatsächlich so, dass wir eine Gesamtübernahme vornehmen – so ist der Vertrag, so ist unser Wille –; das heißt, auch das dortige Personal wird übernommen. Das beruht auf einer gesetzlichen Vorschrift. Es sind insgesamt 64 Personen; 24 sind voll- und teilzeitbeschäftigt, und 40 Personen sind geringfügig Beschäftigte, die saisonal eingesetzt werden, wie dies der Betrieb verlangt.

Derzeit laufen 30 Mietverträge. Das Ganze ist ein wirtschaftliches Unternehmen. Insofern kann ich mir vorstellen, dass wir uns mit dem eingekauften Sachverstand des Personals, das jetzt dort arbeitet, selbst einen Vorteil erbringen. Es war nicht nur eine leidige Gesetzespflicht, sondern wir können so weitermachen und peu à peu übernehmen. Es ist gesichert, dass kein anderer als das Land das Verfügungs- und Bespielungsrecht hat.

Die Einnahmen betragen 580 000 € pro Jahr. Wir vermieten Teile der Schlossanlage zu ortsüblichen Preisen wiederum an das Haus Baden, insbesondere dort, wo der Keller, der Weinverkauf und die Scheune sind. Das heißt, jetzt findet ein Übergang statt, der unsere Zustimmung erfahren kann.

Es wurde danach gefragt, wie lange man Gelegenheit zur Vertragseinsicht hatte. Ich ging davon aus – das wurde im Finanzausschuss durchaus so bestätigt –, dass diejenigen, die das wollten, ausreichend Gelegenheit hatten, den Vertrag einzusehen. Eines ist mir ganz wichtig, Kollege Walter: Wir hatten im Finanzausschuss die Gelegenheit, ganz präzise die Schwärzungen abzufragen. Da ist nichts im Ungewissen geblieben. Die anwesenden Anwälte haben genau gesagt, was aus welchem Grund geschwärzt ist. Hätte im Finanzausschuss irgendwo ein Widerspruch bestanden, dann hätten wir diese Frage vertiefen können. Insofern darf man nicht sagen, dass irgendetwas verheimlicht worden wäre.

Ich bitte Sie, der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zuzustimmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Wissenschaftsminister das Wort.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! 90 Jahre nach dem Übergang von der Monarchie zur Republik in Baden – eine richtige Revolution hat nicht stattgefunden –

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Genau! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– da sind wir uns einmal einig –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das war der Fehler! – Heiterkeit)

werden erstmals die Eigentumsverhältnisse in Bezug auf die Kunst- und Kulturgegenstände zwischen dem Haus Baden, der damaligen Monarchie bzw. dem damals herrschenden Haus, und dem Land geklärt. Nach Aussage aller Experten ist dies unter den Kunstgegenständen aller deutschen Monarchien der komplexeste und schwierigste Fall, was die Frage der Eigentumsverhältnisse angeht. Wir können hinzufügen „gewesen“, wenn heute unseren Vorschlägen zugestimmt wird.

Von 1918/19 bis heute hat es nicht fünf, sondern 50 oder mehr Versuche gegeben – Frau Berroth, Sie haben darauf hingewiesen –, diese Verhältnisse zu klären. Es gab Versuche des Landtags von Baden, Versuche von Regierungen. Kein Versuch hat zu irgendeinem endgültigen Ergebnis geführt. Es hat eine Unmenge von Gutachten und gutachtlichen Äußerungen gegeben.

Herr Schmid, was Sie uns dargelegt haben, war nicht das ganze Drama, sondern eine verkürzte Taschenbuchausgabe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit der Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Dies ist – daran darf man und muss man erinnern – eine wirklich große Stunde für die Kunst im Land, vor allem für die Kunsteinrichtungen in der ehemaligen badischen Hauptstadt Karlsruhe. Es geht um den Erwerb von Kunst durch das Land und um den Verzicht auf Eigentumsansprüche des Hauses Baden an Kunst.

Zunächst einmal zum Erwerb von Kunst durch das Land. Auch dies war eine komplexe Angelegenheit. Deshalb haben wir ein sehr umfassendes juristisches und historisches Gutachten erstellen lassen – es war das erste dieser Art in den gesamten 90 Jahren –, übrigens mit dem Experten Professor Mertens. Herr Schmid, Professoren sind nie dahergelaufen. Schon gar nicht nehmen wir „dahergelaufene“ Professoren als Experten.

*(Minister Dr. Peter Frankenberg)*

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das musste einmal geklärt werden!)

In diesem Gutachten ist ein Komplex an Kunst definiert worden, die eindeutig im Eigentum des Hauses Baden ist, aber an Kunstgegenständen, die sich überwiegend in unseren Einrichtungen in Karlsruhe bzw. – eine Sammlung – in Konstanz befinden. Es war klar, dass wir diese Kunstgegenstände erwerben wollten. Es war, glaube ich, auch unstrittig, dass wir sie erwerben sollten.

Wir sind wie bei allen anderen Fragen auch hier noch im Weiteren sorgfältig in der Begutachtung vorgegangen. Die Eigentumsfragen waren geklärt – durch dieses Expertengutachten –, für die Wertermittlung haben wir Gutachter bestellt, die von der Kulturstiftung der Länder vorgeschlagen wurden. Wir haben noch nicht einmal selbst Gutachter gewählt, sondern die Neutralität gewahrt, die hier notwendig ist.

Das Haus Baden hat die Preisvorstellungen zum Teil akzeptiert, zum Teil hatte es eigene Gutachten. Wir hatten uns auf ein Mittelwertverfahren geeinigt. Übrigens sind alle Listen dieser Kunst- und Kulturgegenstände mit den entsprechenden Wertermittlungen und den Verhandlungsergebnissen dem Wissenschaftsausschuss zugestellt worden. Es herrscht völlige Transparenz über die Ankaufsgegenstände im Kunst- und Kulturbereich.

Wir haben bei diesem Komplex 35 % des Mittelwerts abgezogen für Gegenstände, an denen das Land ein Besitzrecht hat. Das sind Kunstgegenstände im Wert von insgesamt knapp 6 Millionen €, die in dem Gesamtkomplex von 17 Millionen € an Kunst, die wir erwerben, enthalten sind.

Das Zweite ist die Kunst im Schloss Salem. Herr Schmid, Sie sagen, die wäre mit dem Preis für die Immobilie gleich mit gekauft gewesen. Ich frage Sie, ob Sie bereit sind, mir Ihr Haus oder Ihre Wohnung zum Immobilienpreis zu verkaufen und zu akzeptieren, wenn ich sage: Das, was da drin ist an – hoffentlich werthaltigen – Möbeln und an Gemälden habe ich dann gleich mit gekauft.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Das sind schon recht eigenartige Wertvorstellungen. Vor allem ist schwer zu verstehen, dass Sie sagen, wir hätten die Immobilie für 1 € kaufen sollen, und dann hätte die Kunst gleich mit gekauft sein sollen.

(Heiterkeit der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Auch hier haben wir zwei Dinge sorgfältig geprüft. Wir haben eine Kommission wieder eingesetzt, und zwar eine Rumpfkommission unserer ursprünglichen Kommission. Wir haben also Kommissionsmitglieder gewonnen, die mit der Materie wirklich völlig vertraut waren, nämlich die Professoren Schröder, Laufs und Rödel. Herr Rödel ist Leiter des Generallandesarchivs.

Die Experten haben zwei Fragenkomplexe geklärt. Erster Fragenkomplex: Wem gehört die Kunst? Zweiter Fragenkomplex: Ist diese Kunst so mit dem Gebäude verbunden, dass sie mit der Immobilie erworben wird, oder ist die Kunst so mobil, dass sie eigens erworben werden muss?

Diese sorgfältige Prüfung hat auch den von Ihnen angesprochenen Schlussstein – Sie haben ja einen Stein des Anstoßes gesucht – zum Inhalt gehabt. Dieser Stein des Anstoßes ist von unseren Experten sorgfältig geprüft worden, und die haben ihn nicht als Stein des Anstoßes, sondern als angestoßenen Stein – da mobil – bezeichnet.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Der ja nicht mehr mit dem Gebäude verbunden ist!)

Insofern haben wir die größte Sorgfalt walten lassen.

Der nächste Punkt war die Wertermittlung. Hier haben wir uns auf eine gemeinsame Kommission geeinigt. Sie bestand aus drei Personen. Wir haben zwei Personen von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz vorschlagen lassen. Eine Person davon ist vereidigter Sachverständiger. Auch insoweit haben wir also schon einmal die notwendige Sorgfalt walten lassen.

Diese Kommission hat für jeden Gegenstand und in der Summe den Wert der Kunstgegenstände in Salem ermittelt. Wir mussten uns hier nicht einigen, aber es gibt eigentumsrechtliche Einschränkungen, für die wir Abzüge von dem Wert dieser Kunstgegenstände vorgenommen haben. Das sind 25 % bei den Gegenständen, bei denen es eigentumsrechtliche Einschränkungen, also Dienstbarkeiten – z. B. zugunsten der katholischen Kirche – gibt und die denkmalschutzrechtlich eingetragen sind. Es gibt keine Gegenstände der Kirche, die nicht denkmalschutzrechtlich eingetragen sind. Also: Abzug von 25 % bei eigentumsrechtlichen Einschränkungen und Abzug von 10 % für die nur denkmalschutzrechtlich eingeschränkten Gegenstände.

Kommen wir jetzt zu den Werten. Die ursprüngliche Ermittlung des Werts aller Kunst- und Kulturgegenstände, die uns zum Kauf angeboten worden sind bzw. die wir kaufen wollten, ergab in der Summe 28 Millionen €. Für die Kunstgegenstände, die wir für knapp 6 Millionen € erworben haben, wurde ursprünglich ein Wert von 9 Millionen € ermittelt. Da gab es die entsprechenden Abzüge wegen der Einschränkungen durch Besitzrechte.

Bei den Kunstgegenständen in Salem waren die jünckesche Sammlung im Komplex I und das Klosterarchiv Salem vom Kauf ausgenommen. Die jünckesche Sammlung haben wir nicht gekauft, weil sie uns für einen Kauf kunsthistorisch nicht wertvoll genug erschien. Dies zum ersten Punkt. Und zum Zweiten war das Haus Baden nicht bereit, uns das Klosterarchiv, das sich im Archiv in Karlsruhe befindet, zu verkaufen.

Nun waren es 28 Millionen €, und dann waren von den 9 Millionen € 3 Millionen € abgezogen worden. Von den verbliebenen Beträgen sind für das Klosterarchiv 1,6 Millionen € und für die jünckesche Sammlung 750 000 € abzuziehen. Dann sind wir über die Reduktionen auf einen Kaufpreis für diesen Komplex von insgesamt 17 Millionen € gekommen. Das heißt, es waren genau genommen 17 Millionen und deutlich über 60 000 €. Wir haben uns dann auf die 17 Millionen € geeinigt, und auf die deutlich über 60 000 € hat das Haus Baden verzichtet, sodass wir für den Wert, der in den Eckwerten vorgesehen war, nämlich die 17 Millionen € – –

*(Minister Dr. Peter Frankenberg)*

(Abg. Johannes Stober SPD: Das macht auch etwas aus bei der Summe!)

– Ja, geben Sie mir 60 000 €, Herr Stober,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Heute nicht!)

wenn Sie sagen, das sei eine geringe Summe.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wenn Sie mir 17 Millionen geben, gebe ich Ihnen 60 000! – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

– Für 60 000 € bekommen Sie schon ein gutes Auto, ohne dass Sie die Verschrottungsprämie in Anspruch nehmen müssen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben also genau den Eckwert eingehalten, für 17 Millionen € erstens die Kunst in Salem zu kaufen – und zwar alle Kunst, die wir kaufen wollten – und zweitens die Kunst aus den im Gutachten erwähnten Gegenständen zu kaufen, die wir erwerben wollten. Für das Klosterarchiv haben wir ein Vorkaufsrecht. Der Brief an Prinz Bernhard ist ergangen, um auch das Archiv des Hauses Baden in Salem für die Öffentlichkeit – für die wissenschaftliche Öffentlichkeit – verfügbar zu machen.

Nun zum Verzicht des Hauses Baden auf Ansprüche an Kunst- und Kulturgegenständen im Wert von 300 Millionen €. Herr Schmid, 300 Millionen € war die Gesamtsumme; das war nicht das, was wir verkaufen wollten. 300 Millionen € ist die Gesamtsumme der Kunst- und Kulturgegenstände in Karlsruhe und in Konstanz.

Dies ist der Komplex, zu dem uns die Gutachter, vor allem basierend auf der Pertinenztheorie, erläutert hatten, dass es sich um Eigentum des Landes Baden-Württemberg handelt. Aber man muss wissen: Die Pertinenztheorie hat in der eigentumsrechtlichen Zuerkennung deutliche Abstufungen. Da gibt es sichereres Eigentumsrecht und weniger sicheres Eigentumsrecht. Diese Pertinenztheorie hat auch noch nie vor Gericht bestehen müssen.

Insofern war es klug, für 15 Millionen € eine nochmalige Eigentumsübertragung dieser Gegenstände – wir sagen „nochmalige“, die sagen „erstmalige“ – an das Land zu erwirken. Denn sie werden damit für alle Zeiten – auch ohne dass Dritte Ansprüche erheben könnten – eindeutig Eigentum des Landes Baden-Württemberg. Damit sind sie in unseren Museen sicher, und von niemandem mehr kann die Herausgabe gefordert werden.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Sind Sie da sicher?)

Es gibt noch weitere Sicherungsringe, und es gibt eine Generalbereinigungsklausel, die besagt, dass damit alle wechselseitigen Ansprüche erledigt sind.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Der wichtigste Satz im Vertrag überhaupt!)

Insofern kann man zu Kunst und Kultur wirklich sagen, dass die Sachen des Adels zur Res publica, zu öffentlichen Sachen geworden sind. Nach der Definition von Cicero ist „res publica enim res populi“: Die Kunst des Adels ist zur Sache des Volkes geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Helen Heberer SPD: Für viel Geld!)

Da sollten eigentlich alle Repräsentanten des Volkes zustimmen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Das können Sie noch einmal wiederholen, damit es alle mitkriegen! Gott sei Dank wird mitgeschrieben!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** In der Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb kommen wir jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Initiativen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/4215, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/4129, abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 14/4129 angenommen worden.

Wir kommen nun zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der unter Punkt 5 Buchst. b bis f der Tagesordnung aufgeführten Anträge. Es handelt sich um die Anträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 14/2202, 14/2209, 14/3533 und 14/3737, sowie den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3538. Ich schlage vor, die Anträge für erledigt zu erklären. – Sie stimmen der Erledigterklärung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Verbrauchernahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs in Baden-Württemberg (Nahversorgung) – Drucksache 14/2159**

(Unruhe)

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Frau Abg. Kipfer erhält für die SPD-Fraktion zur Begründung des Antrags das Wort.

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Deutschland ist etwa jeder zehnte Einwohner abgekoppelt von einer wohnortnahen Versorgung mit Gü-

*(Birgit Kipfer)*

tern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. „Wohnortnah“ heißt: in fußläufiger Entfernung oder mit dem Fahrrad zu erreichen. Die Situation dürfte bei uns im Land nicht viel anders sein.

Wo es keine wohnortnahen Läden mehr gibt, insbesondere Lebensmittelläden als Frequenzbringer, schließen auch andere Läden, Post- und Bankfilialen. Das Leben in der Gemeinde wird öde, die Standortqualität leidet. Ich habe Bürgermeister erlebt, die bereits resigniert haben und stattdessen laut nach einer besseren Straßenverbindung zum nächsten Mittelzentrum rufen.

Zu leiden haben darunter Menschen, die für den täglichen Einkauf nicht über ein eigenes Auto verfügen, Familien mit Kindern, deren Vater häufig mit dem Auto zur Arbeit fährt, die dann tagsüber kein Auto zur Verfügung haben, sowie ältere Menschen und Menschen mit Handicaps. Nicht von ungefähr besteht die Tendenz bei älteren Menschen jenseits der Erwerbstätigkeit, in die Städte zu ziehen, wo sie dann allerdings feststellen müssen, dass es auch in den Stadtteilen häufig nicht viel besser aussieht.

Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr. Seit Jahren verzeichnen wir eine Konzentration im Einzelhandel. Sie ist rasant vorangeschritten. Inzwischen beherrschen die fünf größten Einzelhandelsketten vier Fünftel des Umsatzes, also 80 %. Diese Oligopole können jederzeit die Preise diktieren, sowohl gegenüber den Verbrauchern als auch gegenüber den Produzenten. Ganz aktuell kann man das bei den Milchpreisen beobachten.

Während es in den Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts noch 155 000 Verkaufsstellen für Lebensmittel gab, ist diese Zahl inzwischen auf etwa ein Drittel zusammengeschrumpft. Auch das Verbraucherverhalten hat sich verändert, jedenfalls bei den mobilen jungen Familien. Der Wocheneinkauf im Einkaufszentrum steht hoch im Kurs – mit Auto natürlich! Es gibt auch viele Verbraucher, die auf die vermeintlich billigen Angebote der Discounter angewiesen sind. Was jedoch vermeintlich billig ist, erweist sich bei näherem Hinsehen als – ich nenne das immer so – mit Sekundärkosten belastet. Die heimischen Erzeuger, sprich unsere Landwirtschaft, haben von dieser Entwicklung überhaupt nichts, weil sich die Handelsunternehmen am Weltmarkt orientieren.

Wenn es eine gute Nachricht gibt, dann die, dass die Landesregierung diese Entwicklung – zumindest verbal – mit der gleichen Sorge verfolgt wie wir. Schon in der Stellungnahme zu dem ersten Antrag der SPD-Fraktion zu diesem Thema im Jahr 2004 – Drucksache 13/3779 – schrieb die Landesregierung:

> *Die Sicherung einer möglichst wohnortnahen Versorgung muss für alle Beteiligten eine zentrale Aufgabe bilden.*

Nun interessiert uns die Frage: Was ist inzwischen passiert, um dieser zentralen Aufgabe gerecht zu werden? Als Erstes – das sollte man annehmen – wird eine Bestandsaufnahme gemacht, denn schließlich beginnt Politik mit dem Erkennen der Wirklichkeit. Aber ich stelle fest: Fehlanzeige. Die Landesregierung erklärt diese Aufgabe schlicht zur kommunalen Aufgabe. Harte Daten liegen nicht vor. Nach meinen Recherchen wurde die letzte globale Studie 2003 vom Hauptverband des Deutschen Einzelhandels bzw. 2005 vom Verband Region Stuttgart vorgelegt. Fehlanzeige also!

Die Landesregierung verweist auf ihren Kabinettsausschuss Ländlicher Raum – eine löbliche Einrichtung, möchte ich hinzufügen. Dieser hat kürzlich eine Halbzeitbilanz vorgelegt. Die flächendeckende medizinische Versorgung wird als eines der Hauptproblemfelder hervorgehoben. Offenbar sind die Dinge in Arbeit.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Ausdrücklich loben will ich auch die Anstrengungen im Bereich der Breitbandversorgung; sie gehört auch zur Grundversorgung. Aber das Wort „Nahversorgung“ kommt jedenfalls in der Pressemitteilung zur Halbzeitbilanz dieses Ausschusses nicht vor.

Der Landesentwicklungsplan aus dem Jahr 2002 hat auch als eines der zentralen Ziele die Sicherung der verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung hervorgehoben. Die Vorgaben im Landesplanungsgesetz und der berühmte Einzelhandelserlass sollen die Steuerung des großflächigen Einzelhandels bewirken. Hat man schon einmal differenziert untersucht, welche Wirkungen diese Rahmenbedingungen gezeigt haben?

Dann gibt es noch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum. Dort ist neben Wohnen, Arbeiten, Gemeinschaftseinrichtungen auch die Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen als Förderschwerpunkt ausgewiesen. Die Ziele sind klar. Hat aber einmal jemand untersucht, ob die Sicherung der Grundversorgung hier zum Durchbruch gekommen ist? In den vergangenen 14 Jahren sind immerhin mehr als 800 Gemeinden mit Fördermitteln in Höhe von rund 700 Millionen € bedacht worden. Dabei seien, so heißt es, 18 000 Arbeitsplätze neu geschaffen worden. Wurde das Ziel, die Nahversorgung zu sichern, inzwischen erreicht? Offenbar doch eher nicht! Wie sonst nämlich ist zu erklären, dass die Landesregierung die Sicherung der Nahversorgung wortreich bis heute zum Problem erklärt? Ich zitiere aus der Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag:

> *In kleineren Gemeinden, aber auch in Orts- bzw. Stadtteilen größerer Kommunen, bestehen zunehmend*

– ich betone: zunehmend –

> *Probleme bei der Nahversorgung.*

Das steht in der Stellungnahme zu unserem jetzt vorliegenden Antrag.

Auch Minister Hauk hat bereits im Jahr 2005 die Situation beklagt, nämlich bei der Eröffnung einer Tagung der Akademie Ländlicher Raum zum Thema „Wenn der letzte Laden schließt“. Da heißt es in einer Pressemitteilung vom 27. Oktober 2005:

> *Nach Prognosen von Experten müssen wir davon ausgehen, dass die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs in mehr als der Hälfte der Gemeinden in Baden-Württemberg gefährdet ist.*

*(Birgit Kipfer)*

Drei Jahre später kann man in einer Tischvorlage der CDU bei einer Vorsitzenden- und Mandatsträgerkonferenz vom 25. Januar 2008 lesen – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo haben Sie das her?)

– So etwas findet man Gott sei Dank im Internet. – Diese Tischvorlage behandelt die Zukunft des ländlichen Raums. Nach einem wortreichen Lob der Politik der Landesregierung heißt es da:

*Mit diesen Aktivitäten wurden bereits wesentliche Weichen gestellt. Sie reichen aber noch nicht aus, um die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums zu erhalten.*

Es folgt dann am Ende unter zwölf Zielen auch das Stichwort „Nahversorgung sicherstellen".

Schließlich möchte ich eine Aussage von Staatssekretärin Gurr-Hirsch vom 24. Juni 2008 – also erst vor einem guten halben Jahr – zitieren:

*Nahversorgung ist ein unverzichtbares Stück Lebensqualität. Leider ist dies in kleinen Gemeinden häufig nicht mehr gegeben. Diesem Thema müssen wir uns intensiv zuwenden ...*

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu Minister Ernst Pfister: Dann machen Sie das doch! Sie sind doch zuständig!)

Ich frage mich: Wann wollen Sie von der Landesregierung eigentlich sagen können: „Unsere Politik hatte Erfolg"?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie müssen sich doch wirklich einmal die Frage stellen, ob die Instrumente, mit denen Sie agieren, die richtigen sind. Die Landesplanung jedenfalls hat hier offensichtlich nicht gewirkt. Auch der berühmte Einzelhandelserlass hat ganz offensichtlich nur wenig dazu beigetragen. Im Übrigen wurde er nachträglich aufgeweicht. Mit dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum schüttet das Land zwar eine ganze Menge nützlicher Gelder aus, aber das Ziel, die Nahversorgung zu sichern, ist offensichtlich nicht erreicht worden.

Wir wollen mit diesem Antrag nichts anderes erreichen, als dass Sie endlich einmal Ihre Handlungen und Instrumente evaluieren, überprüfen und nachjustieren. Ich bin gespannt, was wir dazu heute hören werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo ist denn der für den ländlichen Raum zuständige Minister? Sollen wir ihn herbeizitieren?)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Netzhammer für die Fraktion der CDU.

**Abg. Veronika Netzhammer** CDU: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag beinhaltet ein ganzes Sammelsurium von Themenfeldern. Insofern ist es auch nicht ganz eindeutig, welches Ministerium oder welcher Ausschuss damit angesprochen ist.

Von den 1 102 Kommunen in Baden-Württemberg haben rund 600 – also über die Hälfte – weniger als 5 000 Einwohner. Diese kleineren Gemeinden liegen vorrangig im ländlichen Raum.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo ist der für den ländlichen Raum zuständige Minister?)

Gleichzeitig laufen Bestrebungen bei Unternehmen wie Post und Banken, ihr Filialnetz zur Kostenersparnis weiter zu konzentrieren bzw. auszudünnen. Handelsunternehmen z. B. im Bereich Möbel versuchen durch einen maximalen Flächenausweis von 30 000 m² einen großen Einzugsbereich abzudecken und wirken damit – da gebe ich meiner Vorrednerin recht – wie ein Staubsauger auf die Kaufkraft des Umlands.

Die Suche des Handels, insbesondere des Lebensmittelhandels nach autogerechten Standorten führt im Ergebnis oft dazu, dass Standorte in den Ortskernen – verbrauchernah und fußläufig erreichbar – aufgegeben werden müssen, während die Verkaufsfläche am Ortsrand, in Gewerbegebieten, entlang von Schnellstraßen oder in der Nähe von viel befahrenen Straßenkreuzungen ständig zunimmt.

Aus diesen Gründen möchte ich bei meinen Ausführungen – wie es meine Vorrednerin auch gemacht hat – die Nahversorgung, speziell die Nahversorgung mit Gütern und Dienstleistungen ansprechen. Vor diesem Hintergrund verwundert es auch nicht, dass Experten sagen, die Menge der aus Einkaufsgründen gefahrenen Kilometer sei in den letzten Jahren allein in Deutschland auf 440 Millionen angestiegen.

Nahversorgung steht bei den Bürgern in Bürgerversammlungen immer ganz oben auf der Wunschliste. Sie kommt auch allen Bürgern zugute: Autofahrern, aber auch Kindern und Jugendlichen, die noch nicht Auto fahren können, und den älteren Mitbürgern, die oftmals nicht jeden Einkauf mit dem Auto erledigen wollen – auch wenn sie es könnten, aber sie wollen es eigentlich nicht. Im Ergebnis – summa summarum – ist Nahversorgung auch klimafreundlicher und energiesparender.

Ich glaube, wir können sagen, dass wir in Baden-Württemberg zwar die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen gesichert haben, aber nahe Versorgung, also Angebote der kurzen Wege, integrierte Angebote in der Tat ein Thema sind, an dem man ständig arbeiten muss. Auch kann man diese Entwicklung nicht nur dem Wettbewerb, der Privatwirtschaft überlassen. Vielmehr ist oftmals das Engagement der öffentlichen Hand, der Kommunen oder eventuell auch des Landes, erforderlich.

Ich möchte an dieser Stelle aber ausdrücklich sagen, dass die Kommunen mit ihrem Planungsrecht und ihrer Grundstückspolitik sehr wohl starke Instrumente in der Hand haben, mit denen sie Nahversorgung im Sinne ihrer Bürger gestalten können, so sie denn diese Instrumente anwenden. Oftmals sind es auch kommunale Grundstücksverkäufe, durch die gerade großflächiger Einzelhandel konkret im Gewerbegebiet eines Ortes angesiedelt wird. Damit hat das Land nichts zu tun, son-

dern es ist die Kommune. Wenn man einmal durch das Land fährt, kann man feststellen, dass die Ansiedlungspolitik in den Unternehmen, die Politik zur Entwicklung der Ortskerne sehr unterschiedlich ist.

Dass inzwischen auch Bürger einen ungebremsten Flächenzuwachs kritisch sehen, zeigt u. a. ein Fall, der derzeit im Petitionsausschuss behandelt wird, der auch durch die Presse ging. Bei diesem Fall ist ein Teil der Bürger der Meinung, dass mit zwei Lebensmittelmärkten die Versorgung im Ort gesichert sei und ein weiterer Markt mit 1 500 $m^2$ plus 100 Parkplätzen nicht notwendig sei, um die Versorgung der Einwohner im Ort zu sichern.

Im Gegensatz zu meiner Vorrednerin begrüße ich es ausdrücklich, dass die Landesregierung den Kabinettsausschuss Ländlicher Raum eingesetzt hat. Ich glaube, dort sind eine ganze Menge von sinnvollen Empfehlungen herausgearbeitet worden. Es wäre sicher wichtig, diese auch im zuständigen Ausschuss zu behandeln.

Ich bin auch der Meinung, dass Landesentwicklungsplan und Landesplanungsgesetz und auch der Einzelhandelserlass die richtigen Instrumente sind, um die regionalplanerische Steuerung von Handelsflächen durchzuführen und auch Nahversorgung zu sichern.

Die Landesregierung macht über das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum und die Stadtsanierung sehr viel, um die verbrauchernahe Versorgung zu sichern. Es gibt gute Beispiele dafür, dass durch die Umnutzung bestehender Gebäude, durch Schließung von Baulücken in den Ortskernen wettbewerbsfähige Handelsflächen mit den entsprechenden Parkflächen geschaffen werden konnten.

Ich möchte an dieser Stelle, weil es auch im Antrag vorkommt, der Landesregierung ausdrücklich dafür danken, dass sie mit ihrer Breitbandinitiative und ihrem Gang nach Brüssel – ich möchte nicht sagen: nach Canossa – erreicht hat, dass sich die Kommunen beim Ausbau der Breitbandinfrastruktur engagieren können. Das war vorher nicht möglich. Sie hat ein Förderprogramm aufgelegt, und die Bundesregierung hat die Förderung jetzt aufgestockt. Insofern können wir davon ausgehen, dass der Ausbau der Breitbandinfrastruktur – die Breitbandversorgung gehört inzwischen ja zur Grundversorgung, insbesondere wenn es um die Ansiedlung von Unternehmen geht – zügig vorangehen kann. Es gibt ja gerade im ländlichen Raum Unternehmen, die ihren Bürgermeistern mit Abwanderung drohen, wenn die Infrastruktur nicht möglichst schnell verbessert wird.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Veronika Netzhammer** CDU: Abschließend möchte ich sagen, dass Nahversorgung aus unserer Sicht ein wichtiges Zukunftsthema ist, auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Ältere Menschen legen mehr Wert auf Nahversorgung als junge, automobile Menschen. Oder, umgekehrt gesagt: Eine funktionierende Nahversorgung ermöglicht älteren Menschen, länger selbstständig in ihrem gewohnten Umfeld zu leben. Aus diesem Grund wird sich die CDU-Fraktion auch in Zukunft für eine verbrauchernahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs einsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Murschel für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Dr. Bernd Murschel** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Anbetracht der vorherigen Diskussion und der jetzigen Debatte

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Und auch nachher!)

kommt mir in den Sinn: Wäre die Nahversorgung ein Schloss, dann hätten wir, glaube ich, schon lange eine Lösung dafür gefunden.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Aber das Thema ist derart komplex und verwoben und in den verschiedensten Bereichen untergebracht, dass man irgendwie keinen Zugang dazu findet. Als wir darüber diskutiert haben, wer heute zu diesem Thema sprechen soll, ist die Frage aufgekommen: Ist das ein Thema der Wirtschaftspolitik? Ist das ein Thema des Verbraucherschutzes? Ist das ein Thema des ländlichen Raums?

(Zuruf des Abg. Fritz Buschle SPD)

Wo ist es denn eigentlich verortet? Wo greift man dieses komplexe Thema eigentlich auf, sodass man tatsächlich in absehbarer Zeit zu konkreten Umsetzungsschritten kommt? Genau darin liegt nämlich das Problem: Das Thema ist derart komplex, dass man die betreffenden Probleme sicherlich nicht dadurch löst, dass ein Ressort anfängt, etwas zu tun.

Ich will das einmal an einem Punkt, der mir gerade wichtig erscheint, ein bisschen aufdröseln. Wir haben jetzt 150 Millionen € für den ländlichen Raum, die wir in diesem Jahr investieren. Damit bekommt das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum eine neue historische Dimension, zumindest wenn es um die Frage des Geldes geht. Dabei handelt es sich um 62 Millionen € „altes“ Geld für private und kommunale Investitionen –

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

das ist die gleiche Betragshöhe wie die Mittel für Schloss Salem – und um über 88 Millionen € für neue Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket. Darin – das klang jetzt schon an – sind sicherlich ganz viele gute Projekte enthalten. Wer das Ganze durchblättert, sieht, dass es da um Infrastrukturmaßnahmen, um Bildungseinrichtungen im ländlichen Raum, um Naturschutzzentren im Allgäu, in Oberschwaben, um eine Jugendbildungsstätte, die Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau, das Haupt- und Landgestüt in Marbach, Bildungsverbesserungen und, und, und geht.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Worüber spricht er denn jetzt?)

*(Dr. Bernd Murschel)*

Wenn man das Ganze jetzt in neuer Dimension sieht, in der Geld in nie dagewesener Größe investiert wird, stellt sich nur die Frage: Ist dieses Geld jetzt richtig investiert? Bringt dieses Geld für das Thema „Grundversorgung und Nahversorgung“ tatsächlich einen echten Schub? Man kann schon Zweifel daran haben, dass das tatsächlich so passiert, und sich fragen, ob nicht, gerade weil es so schwierig ist, weil wir jetzt auch eine schwierige Zeit haben, neue Maßnahmen, neue Denkansätze notwendig wären, um das Geld auch gezielt und effizient einzusetzen.

Für die künftige Verwendung öffentlicher Mittel brauchen wir ein transparentes Kriterium, mit wie viel Euro man wie viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum schafft. Es muss darum gehen, den Geldeinsatz hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen zu optimieren.

Ein weiterer notwendiger Punkt ist die Verzahnung der Förderkulisse im ländlichen Raum. Dazu gehört einerseits die Vernetzung der Infrastruktur- und der Wirtschaftsförderung, wie wir sie klassischerweise haben, mit den Zielen, die es auf EU- und Bundesebene gibt, und mit den Zielen, die sich das Land selbst gesetzt hat.

Was heißt das konkret? Ich nenne zwei, drei Beispiele.

Wasserrahmenrichtlinie: Nach Aussagen von Frau Gönner wird es nicht möglich sein, die Wasserrahmenrichtlinie im Zielrahmen 2015 umzusetzen, damit der Wasserschutz den Stand erreicht, der in Europa geschaffen werden soll. Dann muss das Land aber tatsächlich auch die jetzige Förderkulisse mit den Maßnahmen nach der Wasserrahmenrichtlinie verzahnen.

Biodiversität ist genauso ein Thema. In Bezug auf Natura 2000 bestehen Defizite ohne Ende. Es gibt keinerlei Verzahnung mit den Maßnahmen, die hier jetzt für den ländlichen Raum vorgesehen sind.

Das Thema Flächenverbrauch hatten wir gestern. Wo findet sich – mit Ausnahme von MELAP – tatsächlich eine Verzahnung mit der Förderung aus dem Konjunkturpaket? Fehlanzeige, nichts da. Es ist viel zu wenig da.

Wir fordern andererseits eine stärkere Unterstützung von Modellprojekten. Ich nenne als Stichwort LEADER. Wir wollen den Flächenspareffekt, den ich gerade genannt habe, stärker verankern. Die 5 Millionen €, die für den ländlichen Wegebau vorgesehen sind, wollen wir in die Förderung des ÖPNV umschichten.

Letzter Aspekt – dann ist meine Redezeit auch vorbei –: Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die Förderung auf die mittelständischen Unternehmen konzentriert. Aber wir sagen auch eindeutig Nein zur Förderung der interkommunalen Gewerbegebiete auf der grünen Wiese; so muss man es nennen. „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ ist nach wie vor das Thema, das auch den ländlichen Raum betrifft.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das wissen wir doch!)

– Wir wissen es, aber wir setzen es nicht um. Deswegen reden wir immer wieder über das Thema „Nahversorgung und ländlicher Raum“. Ich hoffe, dass der Zustand besser wird

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Noch besser!)

und nicht auf dem jetzigen Niveau stagniert.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Es gibt nichts, was nicht noch besser werden kann!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es trifft nicht zu, dass, wie Herr Murschel gerade gesagt hat, die Landesregierung zwar das Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ in Sonntagsreden propagiere, aber nicht danach handle. Wenn man sich die Programme der Landesregierung, insbesondere das Landessanierungsprogramm, aber auch die Programme des Ministeriums Ländlicher Raum anschaut,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: ELR!)

dann stellt man fest, dass genau solche Projekte gefördert werden, die etwa geeignet sind, eine innerstädtische Industriebrache für die Entwicklung einer kleineren Gemeinde im ländlichen Raum umzuwandeln. Es gibt vielfältige Beispiele dafür, dass das gelingt

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Dann haben wir ja kein Problem mehr!)

und durchaus auch die Nahversorgung im ländlichen Raum von einer solchen Entwicklung profitiert.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: In ganz Baden-Württemberg!)

– Das gibt es im gesamten Land; das ist völlig richtig. – Insofern sind das nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern gibt es vielfältige Beweise dafür, dass dies funktioniert.

Richtig ist allerdings, dass diese Programme nicht ausreichen, weil sie allein nicht in der Lage sind, eine angemessene Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs für den ländlichen Raum in Baden-Württemberg zur Verfügung zu stellen. Notwendig sind natürlich auch andere Maßnahmen; das ist völlig klar.

Da widerspricht sich auch etwas die Argumentationsweise der Opposition. Die Opposition fordert nämlich immer, im ländlichen Raum Flächen zu sparen, keine Gewerbegebiete auszuweisen, Restriktionen bei der Landesplanung für die Ausweisung von Einkaufsmärkten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bei dieser Rede schlafen einem ja die Füße ein! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Was steht im Koalitionsvertrag?)

Damit kann man durchaus Flächen sparen. Damit kann man durchaus auch den innerstädtischen Handel

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Kaputt machen!)

in Unterzentren, in Mittelzentren, in Oberzentren beleben, indem man die Leute zwingt, dass sie sich ins Auto setzen und zum Einkaufen in die Oberzentren oder in die Mittelzentren

fahren, weil man nämlich den Handel im ländlichen Raum unterbindet. Das ist keineswegs ökologisch.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Das ist auch nicht generationengerecht.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist eine merkwürdige Argumentation!)

Das ist auch nicht behindertenfreundlich.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist an der Realität vorbei!)

Es ist notwendig, für die kleineren Kommunen im ländlichen Raum die Möglichkeit zu schaffen, angemessene Einkaufsmärkte auszuweisen, wenn sie die Bevölkerung nicht anders versorgen können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie widersprechen sich jetzt!)

Darum bemühen wir uns. Darauf haben wir jetzt auch bei der Novellierung des Landesplanungsgesetzes Rücksicht genommen. Wenn Sie nämlich stur in den Kommunen im ländlichen Raum, die nicht Oberzentrum, nicht Mittelzentrum, nicht Unterzentrum sind, maximal 800 m² Verkaufsfläche zulassen, dann bekommen Sie maximal einen Discounter. Der Vollversorger baut einen solchen Einkaufsmarkt nämlich gar nicht erst, weil dieser nicht wirtschaftlich ist.

Das sind genau die Maßnahmen, die Sie einerseits immer begrüßen. Andererseits jammern Sie hier, dass die Versorgung für die Bevölkerung im ländlichen Raum nicht ausreichend sei.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist die Doppelzüngigkeit!)

Genau das ist die Problemstellung. Darüber sollte man sich durchaus im Klaren sein, wenn man dies beklagt.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Buschle?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Bitte schön.

**Abg. Fritz Buschle** SPD: Herr Kollege Dr. Rülke, würden Sie mir darin zustimmen, dass die hauptsächlich von Ihrer Partei betriebene Freigabe der Ladenöffnungszeiten dem Einzelhandel gerade im ländlichen Raum schwer geschadet hat?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Nein.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Er hat recht! – Unruhe)

Wir brauchen passgenaue Lösungen und – das steht auch in der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zum vorliegenden Antrag – die Möglichkeit, vor Ort zu planen. Wir brauchen eben nicht den großen weisen Mann in Stuttgart,

(Oh-Rufe – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Der meint den Peter Hauk!)

der dem ländlichen Raum bis in den letzten Winkel des Landes irgendwelche Lösungen vorbetet. Vielmehr müssen wir den Kommunen im ländlichen Raum die Möglichkeit lassen, im Rahmen ihrer eigenen Planungshoheit die Lösungen umzusetzen, die für die jeweilige Kommune die richtigen sind. Wenn wir dabei helfen können, beispielsweise durch das ELR oder durch die Landessanierungsprogramme, dann tun wir das. Aber wir müssen ihnen auch die entsprechenden Planungsmöglichkeiten lassen. Das heißt beispielsweise, dass sich ein Vollversorger mit einer Fläche von mehr als 800 m² auch in einer kleineren Kommune ansiedeln kann.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Das rechnet sich doch wirtschaftlich gar nicht!)

Diese Vielfalt an Möglichkeiten ist der Weg für eine angemessene Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum mit den entsprechenden Gütern

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das hat doch bisher nichts genützt! – Gegenruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das kann man so nicht sagen!)

und nicht die entsprechenden Klagen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Pfister.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das hätten Sie sich sparen können, Herr Rülke! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So, wie Sie sich alle Ihre Beiträge auch sparen könnten!)

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass die Versorgung mit Gütern, mit Dienstleistungen, mit Waren des täglichen Bedarfs einen hohen Stellenwert für uns haben muss, ist schon deshalb unumstritten, weil nur eine funktionierende Nahversorgung Lebensqualität und vor allem auch die Lebendigkeit und Funktion unserer Städte und Gemeinden garantieren kann.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt!)

Die Probleme, die sich in diesem Zusammenhang auftun und die hier genannt worden sind, will ich gar nicht abstreiten. Ich füge jedoch hinzu: Das sind keine baden-württembergischen Probleme.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es! Genau!)

Es sind auch keine Probleme, die nur im ländlichen Raum auftreten, sondern solche Probleme können ebenso in Verdichtungsgebieten auftreten.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das habe ich gesagt!)

Aber es sind Probleme, die in der Zukunft wahrscheinlich nicht leichter, sondern noch schwerer zu bewältigen sein wer-

den. Ich nenne als Beispiel die demografische Entwicklung. Innerhalb der nächsten Jahrzehnte werden wir hier in Baden-Württemberg – nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in Deutschland insgesamt – eine Situation haben, die dadurch gekennzeichnet ist, dass rund 40 % der Menschen älter als 60 Jahre sind. Gleichzeitig beobachten wir den Trend, dass ältere Menschen gern wieder in einer Stadt, in einer Gemeinde wohnen.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Wegen der besseren Infrastruktur!)

Die Neigung der letzten Jahrzehnte, auf die grüne Wiese hinauszuziehen, ist eindeutig gestoppt worden. Daraus wird deutlich, dass wir schon allein aufgrund der demografischen Entwicklung eine Menge tun müssen,

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Richtig! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Und die Konsequenz?)

um die Infrastruktur in der Stadt, in der Gemeinde im Interesse der immer größer werdenden Anzahl von älteren Menschen zu garantieren. Insofern ist das richtig.

Nun stellt sich die Frage:

(Abg. Katrin Altpeter SPD: „Was machen wir?“)

Was können wir in dieser Angelegenheit konkret tun?

Weshalb nun gerade der Wirtschaftsminister hier steht, weiß ich auch nicht ganz genau.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wegen der Wirtschaft!)

Aber irgendjemand muss ja hier stehen.

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist okay!)

– Ja, ich weiß schon. Es haben ja auch eine ganze Reihe von Fragen mit Wirtschaftspolitik zu tun.

Ich nenne als Beispiel einmal die Postversorgung. Sicherlich bekommt jeder von Ihnen immer wieder einmal Briefe mit Klagen, die Deutsche Post baue ihre Filialen ab und gebe ihre Aufgaben an Agenturen weiter etc. Sie kennen diese ganze Diskussion. Ich will nur einmal auf Folgendes hinweisen: Ich glaube schon, dass wir gerade im ländlichen Raum an einer ordentlichen Postversorgung interessiert sein müssen.

(Zuruf: Natürlich!)

Jetzt ist das Monopol der Deutschen Post seit 1. Januar dieses Jahres weggefallen. Gleichzeitig ist aber nirgendwo gesetzlich festgehalten, dass irgendein Anbieter gewissermaßen verpflichtet wäre, diese Universaldienstleistungen der Post tatsächlich vorzunehmen. Das heißt, wir haben hier eine Lücke. Diese Lücke kann meines Erachtens in Zukunft nur dadurch geschlossen werden, dass wir auch bei den Universalpostdienstleistungen ein größeres Maß an Wettbewerb zulassen. Nur so können die Lücken, die im Augenblick bestehen, in Zukunft geschlossen werden.

Ich rate Ihnen, diesen Wettbewerb im Interesse des Schließens von Lücken nicht unnötig zu behindern. Ich habe aber den Eindruck, dass diese Lücken nicht geschlossen werden, übrigens auch deshalb, weil wir nach wie vor ein Mehrwertsteuerprivileg für die Deutsche Post haben, die die Lücke nicht schließt. Diejenigen privaten Anbieter, die in der Lage und auch willens wären, diese Lücken zu schließen, werden von diesem Mehrwertsteuerprivileg ausgeschlossen und sind deshalb nicht wettbewerbsfähig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Insofern wäre es richtig, wenn diese Dinge geregelt würden – um nur einmal einen Punkt zu nennen.

(Zuruf von der SPD)

Einen zweiten Punkt hatten Sie, Frau Kollegin, zu Recht angesprochen. Jeder von Ihnen bekommt Briefe – ich könnte Ihnen Packen davon zeigen – von kleinen und mittleren Unternehmen, die irgendwo im Hochschwarzwald oder auf der Schwäbischen Alb sitzen. Wir sind ja froh, dass wir diese Unternehmen im ländlichen Raum haben. Sie sagen, dass der Anschluss an die Autobahn wichtig ist, dass aber der Anschluss an die Datenautobahn für sie mindestens ebenso wichtig ist.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Deshalb ist das Thema Breitbandverkabelung nicht nur ein technisches Thema. Das ist kein Thema für ein paar Freaks, die möglichst schnell im – –

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Im Internet sein wollen! – Minister Ernst Pfister nimmt einen Schluck Wasser.)

– Pardon! Sie sehen, wie wichtig eine „Zweitstimme“ ist.

(Heiterkeit – Beifall – Abg. Reinhold Gall SPD: Und eine Wasserversorgung in öffentlicher Hand!)

Es ist also keine Angelegenheit für ein paar verrückte Internetfreaks, sondern das ist für unsere mittelständische Wirtschaft ganz entscheidend.

Sie haben gefragt, was wir konkret tun, was wir machen können. Ich spreche jetzt vom ländlichen Raum. Was können wir machen, damit der ländliche Raum auch für Unternehmen attraktiv wird und bleibt? Denn das ist die Voraussetzung dafür, dass Arbeitsplätze vorhanden sind. Das ist auch die Voraussetzung, damit das Aussterben von Städten und Gemeinden gestoppt werden kann.

Es war eine wichtige Initiative, dass jetzt, wenn Sie alles zusammen nehmen, über 50 Millionen € Landesmittel – Konjunkturpaket und vieles andere mehr – auf den Weg gebracht worden sind, um auf diese Art und Weise Lücken, die wir noch heute haben – schätzungsweise 20 bis 25 %, bezogen auf die gesamte Fläche Baden-Württembergs –, jetzt peu à peu zu schließen und damit einen Attraktivitätsschub für den ländlichen Raum auf den Weg bringen zu können, der dazu führt, dass der ländliche Raum in Zukunft auch für mittelständische Unternehmen interessant ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dann stellt sich die Frage der Versorgung mit Nahrungsmitteln und allem, was dazugehört. Kollege Rülke hat zu Recht

*(Minister Ernst Pfister)*

darauf hingewiesen, dass wir Landesplanungsgesetze mit Steuerungsmöglichkeiten haben. Er hat zu Recht darauf hingewiesen, dass in allererster Linie natürlich der großflächige Einzelhandel in den Mittel- und Oberzentren gefragt ist. Aber wir haben jetzt aktuell im neuen Planungsrecht Wert darauf gelegt, dass in Zukunft auch überall da, wo es sich nicht um ein Mittelzentrum, sondern um ein Unterzentrum oder um eine nicht prädikatisierte Gemeinde handelt, im Zweifelsfall, wenn die Nachfrage vorhanden ist, ein solcher großflächiger Einzelhandel angesiedelt werden kann. Das heißt, wir haben schon einen Beitrag geleistet, damit die Nahversorgung mit Lebensmitteln in ländlichen Räumen in Zukunft besser garantiert werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Bleibt noch das Thema Städtebau. Städtebau gilt nicht nur für Städte wie Freiburg oder Stuttgart, sondern auch für kleine Gemeinden. Ich halte das Städtebausanierungsprogramm für eines der erfolgreichsten Programme, die wir in der Vergangenheit auf den Weg gebracht haben, und dies nicht nur deshalb, weil es eine konjunkturbelebende Wirkung hat. Ich werde am nächsten Montag Städtebausanierungsmaßnahmen in der Größenordnung von 270 Millionen € auf den Weg bringen.

(Beifall des Abg. Walter Heiler SPD)

Wenn Sie sich vorstellen, dass es den berühmten Faktor 8 gibt, dass also jeder Euro, den das Land Baden-Württemberg in die Städtebausanierung gibt, das Achtfache an Investitionsvolumen auslöst, können Sie sich bei 270 Millionen € leicht ausrechnen, welche konjunkturbelebende Wirkung das hat.

Aber es geht nicht nur um die konjunkturbelebende Wirkung, sondern es geht vor allem auch darum, dass wir mit diesen Mitteln die Schwerpunktbildung – das steht ausdrücklich so drin: Schwerpunktbildung – Kernstadtbelebung, Innenstadtbelebung, Zentrenbelebung vornehmen können, um auf diese Art und Weise unsere Städte so attraktiv zu machen, dass beispielsweise Einzelhändler ein attraktives Umfeld vorfinden und deshalb gar nicht auf die Idee kommen, auf die grüne Wiese zu gehen oder in eine Großstadt zu ziehen, sondern in der Gemeinde bleiben wollen. Ich halte das für ein wichtiges Instrument.

Übrigens in diesem Zusammenhang: Sie alle miteinander können einen großen Beitrag dazu leisten, diesen Prozess noch weiter nach vorn zu bringen.

Ich habe, glaube ich, an anderer Stelle schon einmal darauf hingewiesen, will es jedoch wiederholen, weil mich das wirklich umtreibt: In den nächsten fünf Jahren werden 60 000 Unternehmen in Baden-Württemberg vor der Frage der Unternehmensübergabe stehen. Das sind durch die Bank Mittelständler, Ladengeschäfte, Einzelhandelsgeschäfte, familiengestützte Unternehmen, durch die Bank kleine bis mittlere Betriebe. 60 000 solcher Unternehmen stehen vor der Frage: Was mache ich? Die Seniorchefin oder der Seniorchef geht in den Ruhestand, und noch ist nicht ganz geklärt, wie es weitergehen soll. Wenn es uns gelingt – wir haben deshalb ein Zwölfpunkteprogramm auf den Weg gebracht –, die jungen Leute dafür zu begeistern, diese Geschäfte zu übernehmen, dann haben wir einen wunderbaren Beitrag geleistet, um die Attraktivität einer Innenstadt auch für die Zukunft zu beleben.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie alle ohne jegliche Polemik, unter dem Aspekt „Übernahme eines Geschäfts durch Sohn/Tochter“ noch einmal darüber nachzudenken, ob das, was wir in Sachen Erbschaftsteuer gemacht haben, wirklich der Weisheit letzter Schluss war. Ich glaube, wir haben hier einen großen Fehler gemacht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Mit Sicherheit!)

Bleibt das Thema Mittelstand. Ich will abschließend noch darauf hinweisen – Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss –, dass gerade in dieser schwierigen Zeit, in der wir uns im Augenblick befinden, gerade in den ländlichen Räumen, in den kleinen und mittleren Städten und Gemeinden die angesprochenen Unternehmen – natürlich auch die Einzelhändler, die für die Nahversorgung zuständig sind – schon in schwierige Zeiten kommen, in schwere See geraten.

Deshalb war es richtig, dass die Landesregierung – ich habe das heute auch bekannt gegeben – 1 Million € zusätzlich in die Hand nimmt, um dafür zu sorgen, dass diese kleinen und mittleren Betriebe, wenn sie in Schwierigkeiten kommen, eine entsprechende Beratung erhalten. Diese Beratung ist wichtig, wenn wir deren Existenz tatsächlich erhalten wollen.

Frau Kollegin, Sie haben die Frage gestellt, was die Landesregierung dafür tut, um dieses Ziel, von dem auch Sie zu Recht gesprochen haben, tatsächlich zu erreichen. Ich habe Ihnen einige Punkte genannt, die wir nicht nur angegriffen haben, sondern schon längst aufgegriffen haben, die auch dazu führen, dass erste Erfolge sichtbar sind. Der Einzelhandelsverband lässt jedenfalls verlauten, dass er glaubt, dass die Versorgung mit wichtigen lebensnahen Gütern auch im ländlichen Raum heute einigermaßen vernünftig – ich sage nicht perfekt, sondern einigermaßen vernünftig – geregelt ist. Ich finde, das ist eine Entwicklung, die in den letzten fünf bis zehn Jahren eigentlich ganz gut gelaufen ist. Sie können davon ausgehen, dass wir auch in Zukunft an den Stellschrauben, an denen wir die Möglichkeit haben, zu drehen, Neujustierungen vornehmen werden. Insofern glaube ich, dass man ohne Übertreibung sagen kann: Die Landesregierung ist hier wirklich auf einem guten Weg, um dieses wichtige Ziel zu erreichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Kipfer. Sie haben noch eine Minute und 15 Sekunden Redezeit.

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Wenn nicht einmal der Wirtschaftsminister der Landesregierung weiß, warum er hier eigentlich zu diesem Thema spricht, dann zeigt das nur, welchen Stellenwert dieses Thema bei der Landesregierung hat. Und wenn hier nicht einmal der Landwirtschaftsminister, der Vorsitzender der Kommission Ländlicher Raum ist, anwesend ist, dann zeigt das dasselbe.

Herr Wirtschaftsminister, Sie haben haarscharf an dem Thema vorbeigeredet. Sie haben nämlich überhaupt nicht die Frage behandelt, welche Ergebnisse die bisherigen Instrumente eigentlich zutage gefördert haben. Ich habe Ihnen nachgewie-

sen, dass das Thema heute wie auch schon vor sechs Jahren auf der Tagesordnung steht. Offensichtlich haben die Instrumente nicht gegriffen.

Warum geben Sie nicht einmal eine Studie jenseits der Landesregierung in Auftrag, eine neutrale Studie, die nachweist, dass die ganzen Programme, die ganzen Instrumente, die Sie haben, Wirkungen zeigen, und dann erkennen lässt, dass sich dann, wenn man so weitermacht, die Dinge vielleicht ändern? Aber bisher kann ich nur feststellen, dass diese Instrumente nicht wirken und dass Sie dringend aufgefordert sind, sie nachzujustieren, zu optimieren. Nicht mehr wollen wir.

Wir bitten übrigens, diesen Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft zu überweisen, weil wir dann auch Gelegenheit haben werden, mit dem anderen zuständigen Minister darüber zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung des Antrags Drucksache 14/2159. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil; er ist durch die Aussprache erledigt.

Über Abschnitt II des Antrags möchte die Fraktion der SPD abstimmen lassen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Nein! Wir möchten überweisen lassen!)

– Die SPD-Fraktion möchte diesen Abschnitt zur weiteren Beratung an den Landwirtschaftsausschuss überweisen lassen. Sie stimmen dem zu. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Rücknahme der Regionalisierungsmittelkürzungen durch im Lokführerstreik eingesparte Bestellerentgelte – Drucksache 14/2191**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Haller.

**Abg. Hans-Martin Haller** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Anlass für diesen Antrag ist vor etwa eineinhalb Jahren aktuell gewesen. Sie mögen sich zu Recht fragen, ob es sich lohnt, darüber noch zu diskutieren. Ich würde sagen, der Kern des Antrags – damit auch Abschnitt II des Antrags – ist durch Zeitablauf erledigt. Nichtsdestotrotz ist es ein zeitloses Thema, und deswegen will ich die Chance nutzen, nachdem die Fragen des Schienenpersonennahverkehrs, des öffentlichen Personennahverkehrs fast nur im Ausschuss debattiert werden, auf das Thema des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs einzugehen.

Der Lokführerstreik ist sozusagen nur der Aufhänger, um auf eine Problematik hinzuweisen, die die Pendler im Land, die Bahnfahrer, mehr und mehr beschäftigt. Es geht darum, dass das Land, gebunden durch den Verkehrsvertrag, nicht in der Lage ist, die Mängel, die der Leistungserbringer, die Deutsche Bahn AG, vorweist, abzustellen. Man kann das wöchentlich abwechselnd in den Zeitungen lesen. In der letzten Woche war es erst wieder der revolutionärer Ansichten völlig unverdächtige Landrat …

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Ich darf bitten, Unterhaltungen außerhalb des Plenarsaals zu führen.

**Abg. Hans-Martin Haller** SPD: … aus dem Rems-Murr-Kreis, Fuchs, der erklärte, die Fahrgäste im Kreis führen weiterhin dritter Klasse.

(Der Redner hält einen Zeitungsartikel hoch.)

Ich kann aus eigener Erfahrung die Zollernbahn nennen, den Pendolino. Anfragen belegen auch, dass es zu viele Phasen gibt, in denen die vereinbarte Leistung nicht erbracht wird; es gibt Verspätungen, Zugausfälle und, und, und. Oder im Sommer heizt die Klimaanlage, anstatt zu kühlen. Das sind untragbare Zustände. Der Zug hat im Volksmund ja auch schon den schönen Namen „Bangladeschi“, weil er offensichtlich manchmal – nicht immer – auf Dritte-Welt-Niveau verkehrt. Das Dilemma lässt sich hier am besten aufzeigen. Das Nichtfunktionieren einer Klimaanlage ist nach dem Verkehrsvertrag kein Qualitätsmangel. Deswegen wird es auch nicht sanktioniert. Auf diese vielen Missstände möchte ich nochmals hinweisen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle auch ausdrücklich bei Ihnen, Herr Kollege Scheuermann,

(Zuruf von der SPD: Wieder einmal!)

dass Sie immer wieder einmal den Finger in die Wunde legen. Das ist nicht nur ein Thema der SPD.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wie bei den Windrädern!)

Unsere Forderung war und ist, die jährliche Pönale – das ist natürlich so weit gewährleistet – in die Mittel für den Schienenpersonennahverkehr einzubringen. Der Herr Staatssekretär hat immer wieder dargelegt, dass dies für verschiedenste Maßnahmen geschieht. Aber die Frage war natürlich auch: Kann man das nicht einbringen zur Wiederaufnahme von Zugverbindungen, die aufgrund der Kürzung der Regionalisierungsmittel aus den Fahrplänen gestrichen wurden? Antwort: Das ist ein Einmalvorgang, deswegen kann man die Mittel dafür nicht verwenden. Das ist so weit logisch. Aber kein Einmalvorgang sind natürlich die Mängel der Deutschen Bahn. Mit der Pönale können Sie gesichert immer rechnen. Das ist das Dilemma, in dem wir stecken. Es ist einfach – so sage ich einmal – der gewisse Fatalismus, mit dem das Land diese Mängel der DB hinnehmen muss.

Beim Thema Straßenverkehr übt die Landesregierung schneidig, übermütig Kritik am Bund – manchmal zu Recht; wir fordern das ja auch immer wieder. Aber beim Schienennahverkehr ist sie leise, lasch und stiefmütterlich, was Forderungen an den Bund und vor allem an die DB AG betrifft.

*(Hans-Martin Haller)*

Der Blick zurück fordert auch den Blick nach vorn. Meine Damen und Herren, in den Jahren 2015/2016 läuft der Verkehrsvertrag aus. Wenn wir uns einmal klarmachen, welche Zeiträume wir brauchen, um bis dahin eine angemessene Ausschreibung vorzunehmen, müssen wir, rückwärts gerechnet, etwa im Jahr 2013 ausgeschrieben haben, damit der Anbieter, der den Wettbewerb gewinnt, Zeit hat, Wagenmaterial zu beschaffen. Die Anbieter brauchen dafür zwei, drei Jahre. Schon jetzt sagt die Bahn, es lohne sich nicht, für dem Rems-Murr-Kreis neues Material anzuschaffen, weil sie nicht weiß, was nach 2015 passiert. Das ist aus Sicht der Bahn nachvollziehbar.

Deswegen meinen wir: Die Landesregierung muss, was die Vorbereitung eines neuen Verkehrsvertrags betrifft, langsam in die Gänge kommen, muss Grundlagen erarbeiten,

(Beifall bei der SPD)

damit es ihr nicht wie beim S-Bahn-Verkehr in Stuttgart geht. Die wollten ausschreiben,

(Abg. Manfred Hollenbach CDU: Die haben!)

aber letztendlich ist das Vorhaben aus vielerlei Gründen gescheitert. Aber es kann ja wohl nicht sein, dass wir da nicht in der Lage sind, eine wettbewerbskonforme Ausschreibung zu machen.

Wir von der SPD haben auch Bedenken, dass Sie das mit dem vorhandenen Personal leisten können. Wenn ich bedenke, wie viele Strecken alle in die Ausschreibung müssen, dann kann ich nur sagen: Ran an die Arbeit, meine Damen und Herren von der Regierung!

Vielleicht kriegen wir dann auch einmal Schlagzeilen wie in Bayern. Dort hat der Übergang des Amts des Verkehrsministers von der CSU zur FDP – meine Damen und Herren, das muss man einfach lobend erwähnen – eine schöne Schlagzeile produziert: „Für die Bahn wird es ungemütlich“ – seit die FDP das Verkehrsministerium besetzt, weil dort nun ganz gezielt, und zwar jetzt beginnend, der Wettbewerb herbeigeführt werden soll.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wollen Sie das in Berlin auch?)

Das ist eine lange Geschichte. Das geht nicht innerhalb eines Jahres.

Deswegen ist unsere dringende Aufforderung im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Landes und insbesondere auch der ländlichen Räume, über die wir gerade diskutiert haben – da braucht man auch Verkehrsinfrastruktur –: Packen wir es an, für dieses Land im Schienenpersonennahverkehr auf allen Strecken wettbewerbsfähige Ausschreibungsunterlagen zu erarbeiten, und zwar so rechtzeitig, dass gesichert ist, dass der Wettbewerb auch funktioniert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Scheuermann für die Fraktion der CDU.

**Abg. Winfried Scheuermann** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Haller hat seinen Antrag ja quasi zurückgenommen. Das Ziel, das mit dem Antrag begehrt wird, ist völlig richtig, nämlich eine Verbesserung des ÖPNV und hier ganz besonders des Schienenpersonennahverkehrs zu erreichen. Das Mittel – das wissen Sie aber auch, Herr Haller – ist untauglich: Man kann nicht mit einer einmaligen Ersparnis eine Daueraufgabe finanzieren. Deshalb möchte auch ich die Gelegenheit ergreifen und ein paar mir wesentlich erscheinende Gesichtspunkte zum Schienenpersonennahverkehr beitragen.

Meine Damen und Herren, der Schienenpersonennahverkehr ist ein Erfolgsmodell, wie man es sich kaum besser vorstellen kann. Die Bahnreform hat dem Land im Jahr 1996 die Zuständigkeit dafür beschert, und mit dieser Zuständigkeit haben wir wirklich Großes erreicht – auch deshalb, weil mit dieser Zuständigkeit, die neu auf die Länder zugekommen ist, entsprechende Finanzmittel dazugegeben worden sind.

Nun bin ich beim ersten Problem: Eine Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs ist nur zu erreichen, wenn in den ÖPNV mehr Geld fließt als bisher. Wenn schon der ÖPNV und der SPNV so erfolgreich sind, wie wir alle täglich merken, kann dieser Erfolg letztlich nicht dadurch gebremst werden, dass wir sagen: Uns steht nur so viel Geld zur Verfügung, und wir können einfach nicht mehr. Ich glaube, dann haben wir alle, Herr Staatssekretär, die Aufgabe, uns wirklich zu überlegen, wie wir für den ÖPNV zu mehr Geld kommen.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Jetzt bin ich zunächst bei den Regionalisierungsmitteln. Diese sind im Jahr 1994 nach dem Schienenpersonennahverkehr berechnet worden, der im Jahr 1994 gefahren worden ist. Dann hat man sie zwar dynamisiert, aber nachdem man sie ein paar Jahre lang dynamisiert hatte, ist man auf die Idee gekommen, dies zu überprüfen, und hat die Regionalisierungsmittel gekürzt. Ich kann auch sagen: Man hat quasi die Dynamisierung über ein paar Jahre wieder rückgängig gemacht.

Nun glaube ich schon, dass es eine mehr als berechtigte Forderung an den Bund ist, zu sagen: Genauso, wie sich die Regionalisierungsmittel aus einer bestimmten Menge des Verkehrs von 1994 ergeben haben, muss bei einer Revision – es steht ja bald wieder eine an – einmal das Verhältnis zwischen dem heutigen Verkehr und der Höhe der Regionalisierungsmittel hergestellt werden.

Ein Zweites, was ich sagen möchte: Der ganz große Gewinner dieses Erfolgs – sprich mehr Frequenz im SPNV – ist die Deutsche Bahn. Wenn ich es richtig überblicke, ist der Nahverkehr für die Bahn eine der größten Ursachen für den Gewinn, den die Bahn mittlerweile hat. Dann kann sie aber nicht so tun und einfach sagen: „Diesen Gewinn streichen wir ein, und wenn die Länder als für den Schienenpersonennahverkehr Zuständige meinen, mehr tun zu müssen – entweder mehr Kurse oder in bestehenden Kursen mehr Kapazität anzubieten –, dann sollen sie uns bitte das Geld dazu geben.“ Hier muss unsere Forderung heißen: Wer eine Menge Gewinn einheimst, ist praktisch dazu verpflichtet, auch einen Teil dieses Gewinns wieder in die gewinnbringende Unternehmung, sprich den SPNV, zu investieren.

*(Winfried Scheuermann)*

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Martin Haller SPD: Sehr richtig!)

Letztlich, meine Damen und Herren – das sage ich auch als Vertreter einer Regierungsfraktion –, kommen wir als Land nicht darum herum, uns zu überlegen, ob wir nicht auch vonseiten des Landes etwas mehr für den ÖPNV tun müssen.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Noch besser!)

Wenn wir sagen, das sei eine Erfolgsgeschichte, die beibehalten werden müsse, dann müssen wir wenigstens danach trachten, wie wir die größten Anstände beseitigen können. Ich darf jetzt noch einmal auf meinen Antrag zu sprechen kommen, mit dem ich um Auskunft über die Kapazitätsengpässe gebeten habe. Was dabei als Ergebnis herausgekommen ist – das sagt die Landesregierung selbst –, das ist schon mehr, als wir bei der Formulierung des Antrags tatsächlich vermutet haben.

Deswegen, Herr Staatssekretär, möchte ich einmal ganz sachte anfragen, ob wir nicht in der nächsten Zukunft überlegen müssen, die vor ein paar Jahren getroffene Entscheidung, Landeszuschüsse für das rollende Material einzustellen, rückgängig zu machen. Wir sind es dem SPNV und dem ÖPNV schuldig, die weitere gute Entwicklung nicht zu bremsen, indem wir sagen: „Ins rollende Material investieren wir nicht mehr“, sondern vielmehr zu sagen: „Wir müssen diese gute Entwicklung weiterhin unterstützen und deshalb auch wieder Landesmittel zur Verfügung stellen.“

Ich möchte nur noch einmal sagen: Nach den Überlastzahlen, die in diesem Antrag für die einzelnen Strecken aufgeschlüsselt sind, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als uns wirklich darum zu bemühen, dass für die Beseitigung dieses Problems in Zukunft – von mir aus schon beim nächsten Doppelhaushalt – ein bisschen mehr Geld vonseiten des Landes kommt, als dies bisher der Fall war oder der Fall sein musste.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Christine Rudolf SPD: Sehr gut!)

Vielen Dank.

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Untersteller für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Franz Untersteller** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es eigentlich relativ kurz machen. Beide Vorredner haben davon gesprochen, dass wir mehr in die Qualität des Schienenpersonennahverkehrs in Baden-Württemberg investieren müssen. Ich hatte gestern selbst wieder einmal das Erlebnis, mit einem dieser umgespritzten Silberlinge fahren zu dürfen.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Waren Sie in Schwäbisch Hall, oder wo?)

Ich finde, es ist einfach ein Unding, auf der einen Seite den Fahrgästen die Preise zuzumuten, die man ihnen heute zumutet, und auf der anderen Seite eine Qualität zu bieten, die der Kollege Haller mit dem Begriff „Bangladeschi“ gekennzeichnet hat. Ich finde, das geht so nicht, weil man die Leute dadurch abschreckt, anstatt sie als Kunden für den öffentlichen Schienenpersonennahverkehr zu gewinnen.

Der Vorschlag, den Sie in Ihrem Antrag gemacht haben – Sie haben es dann selbst zurückgenommen –, diese 2,5 Millionen € dauerhaft wieder für die Zugbestellung einzusetzen, ist, denke ich, vom Tisch, weil er so nicht realisierbar ist. Nichtsdestotrotz kann der Herr Staatssekretär nachher vielleicht kurz darauf eingehen. Sie schreiben in der Stellungnahme, dass dieses Geld wieder in den Schienennahverkehr münden soll. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie kurz ausführen würden, was das konkret bedeutet.

Herr Kollege Scheuermann, wir sind uns hier einig, dass wir mehr in die Qualität investieren müssen. Es darf nicht sein, dass die Bahn auf der einen Seite enorme Gewinne einstreicht, insbesondere was den Fernverkehr betrifft, und auf der anderen Seite solche Entwicklungen auf diejenigen „ablädt“, die im Nahverkehr Leistungen bestellen. Das Problem wird nur sein, dass wir sie nicht zwingen können. Daher habe ich die Befürchtung, dass es bei der Auseinandersetzung bleibt, die wir hier im Landtag zwischen den Fraktionen über die Frage führen, was wir an Mitteln aus dem Landeshaushalt gewinnen, um die Qualität im Nahverkehr weiter zu verbessern.

Die nächsten Haushalte werden schwieriger sein als die, die wir bisher hatten. Das wissen Sie, und das weiß ich. Daher werden die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Gleichzeitig – auch wenn ich mich jetzt unbeliebt mache, will ich das erwähnen – stemmen wir auf der anderen Seite wiederum Projekte – Stichwort Stuttgart 21 –, die auf Jahre hinweg – das wissen Sie, und das weiß ich – Mittel binden, die uns im anderen Fall für mehr Qualität im Schienennahverkehr in der Fläche zur Verfügung stehen würden. Das ist Fakt.

Jetzt kann man werten, indem man sagt: Dieses Projekt ist uns das wert. So entscheiden Sie sich. Wir haben uns anders entschieden und gesagt: Dieses Projekt ist uns das nicht wert, weil es uns wichtiger wäre, die Qualität des Schienenverkehrs insgesamt in der Fläche zu verbessern.

Nichtsdestotrotz bin ich für meine Fraktion gern dabei, wenn es darum geht, sich bei den nächsten Haushaltsberatungen zu verkämpfen, Mittel für die Verbesserung der Qualität des SPNV in Baden-Württemberg zu gewinnen. Ich denke, wir sollten weiter alles daransetzen, noch mehr Menschen in die Züge, in den Nahverkehr zu bekommen – aus Umweltgründen, aber auch zur Bekämpfung der Staus, die wir tagtäglich hier in Städten wie Stuttgart in den Ballungsräumen erleben. Es gibt dazu keine Alternative. Wir erleben tagtäglich die vollen Straßen. Letztlich ist es, glaube ich, die einzige Lösung, Möglichkeiten, die wir im Schienennahverkehr haben, weiter auszubauen, weiter zu verbessern. Das heißt, wir müssen hier weiter Geld hineinstecken und weiter investieren.

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir so etwas bei den nächsten Haushaltsberatungen mit Sicherheit unterstützen würden. Nur, wie gesagt: Ich bin skeptisch, welche Möglichkeiten wir da haben werden.

Auch wenn es darum geht, hier gemeinsam mit der Bahn zu verhandeln und Druck auf sie zu machen, ist es, glaube ich,

*(Franz Untersteller)*

angesagt, dass alle vier Fraktionen hier im Landtag zusammenstehen sollten, um für die Fahrgäste im Nahverkehr in Baden-Württemberg noch mehr herauszuholen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bachmann für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dietmar Bachmann** FDP/DVP: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt einen ganz entscheidenden Unterschied zwischen dem regionalen Schienenverkehr in Baden-Württemberg und in anderen Flächenländern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Oh!)

Lassen Sie mich dies mit einem Zitat verdeutlichen: „Ein Reisender ist ein Mensch, der sein Leben in vollen Zügen genießt."

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Zitat wird zwar einem unbekannten Autor zugeschrieben. Aufmerksame Beobachter der Szene erkennen aber, dass es von Ihnen, lieber Kollege Haller, stammen muss. In jeder Sitzung des Innenausschusses berichten Sie uns von einem überfüllten Zug.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Ich freue mich dann jedes Mal, denn jeder dieser Züge beweist, dass die Menschen bei uns ihr Leben eben in vollen Zügen genießen können.

Denn was ist die Alternative? Fahren Sie einmal abends um 20:38 Uhr von Greifswald nach Anklam.

(Abg. Walter Heiler SPD: Was soll ich da? – Heiterkeit)

– Genau. – Da haben Sie im Winter den ganzen Zug für sich allein. Wundern Sie sich also bitte nicht, wenn die aus Vorpommern stammende Bundeskanzlerin unsere Probleme nicht versteht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Hans-Martin Haller SPD – Abg. Christine Rudolf SPD: Aua!)

Dort gibt es selbst in der Hochsaison kaum volle Züge. In Sachsen bei Herrn Tiefensee sieht es auch kaum besser aus. Also darf es eigentlich nicht verwundern, wenn die Große Koalition in Berlin die Regionalisierungsmittel kürzt.

Aber was für Vorpommern und für Sachsen richtig sein mag, ist für Baden-Württemberg noch lange nicht gut. Dort werden leer stehende Plattenbauten gesprengt – bei uns fehlt Wohnraum.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Dort werden Bahnhöfe stillgelegt – bei uns werden sie modernisiert. Dort werden leere Züge gestrichen – bei uns müsste man neue Züge anschaffen.

Deshalb treffen die Kürzungen der Regionalisierungsmittel uns in Baden-Württemberg ganz besonders. Es ist unverantwortlich, dass Minister Tiefensee zwischen 2006 und 2010 im Durchschnitt jährlich über 80 Millionen € streicht. Das sind weit über 10 % der vorher, bis 2005 vorgesehenen Summe. Die Landesregierung hat diese Kürzungen nicht in vollem Umfang weitergegeben. Denn die Koalition steht zu einem attraktiven Nahverkehrsangebot in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Deshalb stellt die Landesregierung – Kollege Köberle wird es noch sagen – Kompensationsmittel von über 17 Millionen € in diesem Jahr und fast 28 Millionen € im nächsten Jahr bereit. Im Jahr 2008 waren es über 6,8 Millionen €. Im Namen meiner Fraktion möchte ich dem für Verkehr zuständigen Innenministerium hierfür ausdrücklich danken.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Lieber Kollege Haller, auch für Ihren Antrag sind wir sehr dankbar. Es stehen 2,5 Millionen € – hoffentlich immer noch – zusätzliches Geld zur Verfügung, die im System bleiben sollten. Wir haben der Stellungnahme der Landesregierung mit Freude entnommen, dass dieses Geld auch im System bleiben wird.

Nicht sinnvoll wäre es natürlich, Kürzungen nur für begrenzte Zeit zurückzunehmen. Aber Kollege Haller hat ja heute gesagt, dass wir ein solches Strohfeuer auch nicht wollen. Wir halten es für sinnvoll, das Geld langfristig und nachhaltig zu nutzen. So könnte man z. B. mit der Bahn darüber verhandeln, ob man das Geld nicht als Zuschuss für die Anschaffung neuer und zusätzlicher Züge verwenden könnte. Denn gerade bei den überfüllten Zügen – Kollege Scheuermann hat zutreffend darauf hingewiesen – macht die Bahn ja sehr ordentliche Gewinne. Sie sollte ein Interesse daran haben, auch einen Eigenbeitrag zur weiteren Steigerung ihres Fahrgastaufkommens zu erbringen. Deshalb erscheint es durchaus möglich, mit diesem Geld und einem angemessen hohen Anteil an Mitteln der Bahn neue Züge auf den überlasteten Strecken einzusetzen.

Lieber Herr Staatssekretär Köberle, Sie versichern uns im Innenausschuss gebetsmühlenartig, dass Sie den Rahmenvertrag mit der Bahn nicht ändern können. Zu dem Vertrag und der Fortschreibung ist schon viel gesagt worden. Aber bei diesem zusätzlichen Geld könnten Sie eben, wie Kollege Scheuermann vorgeschlagen hat, über eine Zusatzvereinbarung verhandeln.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das habe ich aber nicht vorgeschlagen!)

Dann müssten wir uns vielleicht nicht mehr ganz so oft mit den Worten des Benimmpapstes Adolph von Knigge trösten, der einmal sagte:

*Zum Reisen gehört Geduld, Mut, Humor und dass man sich durch kleine widrige Zufälle nicht niederschlagen lasse.*

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das war vor der Zeit der Eisenbahn!)

*(Dietmar Bachmann)*

Lieber Kollege Köberle, krempeln Sie die Ärmel hoch, packen Sie es an, und berichten Sie uns bald von den Erfolgen, die wir alle im Haus hier wünschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hochkrempeln nicht vergessen! – Abg. Hans-Martin Haller SPD: Die Ärmel hoch! – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Ärmel hoch!)

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Liebe Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte eigentlich nicht vermutet, dass dieser überholte Antrag doch zu einer sehr sachlichen Debatte führt – mit einer hohen Übereinstimmung, was Qualität, Bedeutung und Erwartungen beim Nahverkehr im Land Baden-Württemberg betrifft.

Lieber Herr Haller, ich spreche einfach einmal ein Lob für diesen Antrag aus. Zumindest auf den ersten Blick ist das eine sehr interessante, kreative Idee, die Sie da äußern.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das macht er immer so! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist aber nur der erste Eindruck!)

Ihre Idee ist, Entgelte gegenzurechnen mit Dauerinvestitionen in neue Bestellungen. Auf den zweiten Blick ist dieser Vorschlag allerdings, wie Sie als ehrlicher Mensch selbst ein Stück weit zugestehen müssen, ziemlich unbrauchbar. Ich will das einmal an Zahlen deutlich machen, einmal ganz abgesehen davon, dass wir Gott sei Dank nicht in jedem Jahr einen Lokführerstreik haben und dadurch bestimmte Überweisungen an die Bahn nicht machen müssen oder wieder Rücküberweisungen bekommen.

Inzwischen liegt die Abrechnung vor. Das war bei der Beantwortung des Antrags noch nicht der Fall. Aufgrund des Lokführerstreiks sind 564 718 Zugkilometer nicht gefahren worden. Diese nicht gefahrene Kilometerleistung kann jetzt in Geld berechnet werden. Dafür müssen wir nämlich nicht bezahlen. Das sind 4,2 Millionen €.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das glaube ich!)

Das ist ein beachtlicher Betrag. Wenn wir diesen Betrag in jedem Jahr zusätzlich hätten, könnten wir natürlich in jedem Jahr damit einige Lücken schließen und einige Wünsche erfüllen.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Zum Streik aufrufen! – Abg. Christine Rudolf SPD: War das ein indirekter Aufruf zum Streik? – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber auf der anderen Seite haben wir das Geld nur deshalb, weil Züge nicht gefahren sind. Das ist ja das Problem. Schon die Rechnung, mit nicht gefahrenen Zügen eine zusätzliche Verkehrsanbietung zu bekommen, geht ja nicht auf.

Schauen wir uns einmal die Endabrechnung für das Jahr 2007 an. Da kamen diese 4,2 Millionen € in die Kasse zurück bzw. sind dort geblieben. Aber wir mussten schon aufgrund gestiegener Energiepreise in diesem Jahr 8,2 Millionen € mehr bezahlen und durch gestiegene Trassenpreise weitere 3,8 Millionen €. Das sind in der Summe 12 Millionen € mehr Ausgaben im Jahr 2007, als ursprünglich geplant waren. Diese 12 Millionen € müssen wir erst einmal irgendwoher bekommen. Wenn wir davon diese 4,2 Millionen € abziehen, bleibt noch immer eine große Lücke. Dies hat überhaupt nichts mit dem Bahnvertrag zu tun; denn darüber klagen alle Länder gleichermaßen, weil die Trassenpreiserhöhung und die Stationspreiserhöhung natürlich deutschlandweit ausgebracht werden und nicht aufgrund von Bahnverträgen.

Ich will noch auf einige wenige Punkte eingehen, die in der Debatte angesprochen worden sind.

Wie sieht es in Bayern aus? Ich glaube, Herr Haller, Sie waren auf Bayern gekommen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Einschließlich Tirol! – Zuruf des Abg. Hans-Martin Haller SPD)

vor allem mit Hinweis auf den Wechsel im Amt des Verkehrsministers in Bayern aufgrund einer neuen Koalition. Ich stelle einfach einmal fest – das können wir im Verkehrsbereich, aber auch in anderen politischen Bereichen wahrnehmen –, dass Bayern gut ist im Produzieren von Schlagzeilen. Wir sind da in Baden-Württemberg sehr solide. Wir lassen uns an Fakten messen. Wir können uns, was den ÖPNV und den SPNV betrifft, in allen Fakten mit Bayern messen lassen: in der Qualität der Verkehrsverträge, in der Weiterentwicklung der Infrastruktur und vor allem auch in der Akzeptanz des ÖPNV, ausgedrückt in Fahrgastzahlen.

Das zweite Thema ist: Wir sind aufgefordert worden, an die Zeit nach dem großen Bahnvertrag ab den Jahren 2015/16 zu denken, wenn wir den Nahverkehr in unserem Land neu vergeben müssen. Lieber Herr Haller, da sind Sie sehr spät dran, uns dazu aufzufordern. Wir wären zu spät dran, wenn wir uns erst jetzt Gedanken darüber machen würden, wie es nach 2015/2016 weitergeht.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Dann noch besser!)

Wir arbeiten bereits mit Hochdruck an dieser Frage, weil wir nicht erst 2013 mit neuen Verträgen anfangen können. Vielmehr muss spätestens 2012 mit der Ausschreibung alles klar sein, damit sich dann die Verkehrsunternehmen, die den Zuschlag bekommen, mit ihren Investitionen auf mögliche Aufträge ausrichten können.

Es sind Gutachten in Auftrag gegeben, die neue Bündelungen erarbeiten. Wir müssen ja auch das völlig neue Bahnsystem in Baden-Württemberg ab 2019/2020 in unsere Überlegungen einbeziehen, wenn der Hauptbahnhof Stuttgart vom Kopfbahnhof zum Durchgangsbahnhof wird und völlig neue, viel interessantere Relationen damit möglich werden, als es bisher der Fall war. Wir müssen konzeptionell weiterarbeiten. Natürlich richtet sich die Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg, die weitgehend diese Aufgabe zu übernehmen hat, auch personell, das heißt durch die Aufstockung ihres Per-

sonals, auf diese doch sehr große und schwierige Herausforderung aus.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Erfreulich!)

Das finde ich gut. Sie halten es für richtig, dass man frühzeitig an diese Aufgabe herangeht. Ich will Ihnen zusichern, dass wir dabei sind. Begleiten Sie diesen Prozess mit Ihrem Interesse, mit Ihrer Kompetenz weiter. Wir sortieren ja Züge im Land nicht nach parteipolitischen Farben, sondern die Menschen steigen in Züge ein unabhängig davon, wie sie sich bei Wahlen entscheiden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wirklich?)

Deshalb ist die Gestaltung des ÖPNV eine parteiübergreifende Aufgabe.

Ich komme zum dritten Thema. Jetzt will ich mich dem lieben Kollegen Scheuermann zuwenden und mich bedanken für seine Initiative, aber auch querbeet bei Kollegen hier aus dem Landtag, die uns immer wieder auch von ganz persönlichen Erfahrungen berichten: Ich bin mit diesem und jenem Zug gefahren, er war übervoll, es herrschten fast unzumutbare Zustände in diesem Zug.

Auf einen Antrag des Kollegen Scheuermann hin haben wir jetzt einmal aufarbeiten lassen: Wo haben wir die größten Schwierigkeiten? Wo ist die Nachfrage zu groß oder die Wagenkapazität zu gering?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Oder zu elend!)

Wo müssen wir handeln?

Wir sind bei der Auswertung. Wir können – da folge ich dem Kollegen Scheuermann natürlich nahtlos – nicht sagen: Überall dort, wo Wünsche im ÖPNV vorhanden sind, ist automatisch das Land in der Pflicht, durch mehr Geldeinsatz diese Probleme zu lösen.

Der ÖPNV ist d i e Gewinnquelle für die Deutsche Bahn. Deshalb müssen wir der Bahn sagen: Dort, wo es ihr zumutbar ist, wo sie mit mehr Flexibilität im Einsatz von Wagenmaterial, mit längeren Fahrzeugen, mit höherer Fahrzeugkapazität, nicht unbedingt mit schnelleren Umläufen von Fahrzeugen, Abhilfe schaffen kann, können wir das von der Bahn erwarten. Das muss dort geschehen, wo die Einnahmen besonders hoch sind, weil die Nachfrage nach den Bahnangeboten besonders stark ist.

Dann ist uns klar, dass wir in einem zweiten Schritt, vermutlich schon im Hinblick auf den nächsten Fahrplan, auch – leider, sage ich jetzt, weil das Geld immer knapp ist – mehr Geld in die Hand nehmen müssen, um den einen oder anderen Zug zusätzlich bestellen zu können und den Schienenverkehr zu entlasten.

Herr Kollege Untersteller, ich bin dankbar, dass Sie sachlich auf die grundsätzlichen Meinungsunterschiede hingewiesen haben, die zwischen Ihrer Fraktion und der großen Mehrheit in diesem Landtag in der Einschätzung von Stuttgart 21 bestehen. Wir werden über Jahre landauf, landab zu hören bekommen, dass man sagt: Weil Stuttgart 21 gebaut wird, können wir dieses und jenes im Verkehrsbereich und in anderen Bereichen nicht tun.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das Geld haben wir eben nicht!)

Ich glaube, diese Grundsatzdebatte haben wir generell geführt. Aber, lieber Kollege Untersteller, bei der Verkehrspolitik in einem hochmodernen Land wie Baden-Württemberg, in einem wirtschaftlich so starken und in seinen Wirtschaftsstrukturen auf ganz Europa ausgerichteten Land, können wir nicht davon ausgehen, dass die Baden-Württemberger sich ausschließlich im Nahbereich über attraktive und gute Verkehrsangebote fortbewegen wollen.

Wenn wir erreichen wollen, dass sich Verkehre im europäischen Zusammenhang auch über größere Strecken hinweg auf der Schiene abspielen – und das ist immer besser als mit dem Auto oder dem Flugzeug –,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

dann müssen wir dafür sorgen, dass über weite Strecken hinweg unser Bahnsystem aus dem 19. Jahrhundert herauskommt und im 21. Jahrhundert ankommt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Kein Widerspruch!)

Wir müssen dafür sorgen, dass wir in unserem Land schnelle Verbindungen und leistungsstarke Strecken bekommen.

Ich sage Ihnen weiter – das ist so –: Wir werden gerade über Stuttgart 21, über den Systemwechsel im Stuttgarter Bahnhof, ganz neue Dimensionen für den Nahverkehr erschließen. Deshalb sind Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nicht nur das richtige, das zukunftgerichtete Fernverkehrskonzept für Baden-Württemberg, sondern auch Voraussetzung dafür, dass wir Qualitätssprünge und Quantitätszuwächse im Nahverkehrsbereich bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Die gestatte ich gern.

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Bitte schön, Herr Abg. Lehmann.

**Abg. Siegfried Lehmann** GRÜNE: Herr Staatssekretär, ich pflichte Ihnen ja darin bei, dass der Fernverkehr auf der Schiene eine große Bedeutung hat. Aber wie erklären Sie sich, dass die Gäubahn auf der Strecke Stuttgart–Zürich vor wenigen Tagen eine qualitative Verschlechterung in Bezug auf das Wagenmaterial und die fahrplanmäßige Anbindung an andere Züge erleiden musste? Hier hat sich für das Land Baden-Württemberg eine Verschlechterung ergeben, und das ist ja sicher auch etwas, was Beachtung verdient. Hier müsste ebenfalls gehandelt werden.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Vielen Dank für die Frage. Der von Ihnen geschilderte Fall macht nochmals deutlich, dass wir im Verkehrsbereich nicht alles in einen Topf werfen dürfen. Das, was Sie ansprechen, ist auch für uns schon immer ein Thema gewesen. Die Frage lautet: Wie können wir die Bahn – und das ist deren Zuständigkeit; das ist kein Nahverkehrsthema –

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Aber Sie haben den Nahverkehr angesprochen!)

zu ihrer Pflicht heranziehen – und es ist nach unserer Einschätzung deren Pflicht –, dass die Relation Stuttgart–Zürich gut bedient wird, besser bedient wird als bislang? Da ist uns manches gelungen. Aber das ist kein Thema, das Stuttgart 21 betrifft, und es ist auch kein Thema des Nahverkehrs, sondern es betrifft einen Wirtschaftsbetrieb, ein am Markt ausgerichtetes Wirtschaftsunternehmen, die Bahn.

Stuttgart 21 ist ein anderes Thema. In Bezug auf die Gäubahn wird auch das interessant; denn wenn wir das für das gesamte Schienennetz betrachten und Umläufe sehen, die völlig neu gestaltet werden können, wird klar, dass das Jahr 2019 für die Schienenverkehrsangebote im Land insgesamt ein gutes Jahr sein wird.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Letzter Gedanke, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich frage einmal – das sollte man auch einmal überlegen, wenn man über all die Probleme im Nahverkehr und im Fernverkehr im Land diskutiert –: Gibt es in Deutschland ein anderes Land, dem man das Prädikat oder den Namen „Autoland“ zuordnen würde, als Baden-Württemberg? Es kann wohl nicht bestritten werden, dass wir, was die Produktion betrifft, europaweit d i e Autoregion sind. Aber wir hören auch die Frage: Wo ist denn der ÖPNV am attraktivsten, am interessantesten? In diesem Zusammenhang verweise ich auf einen Antrag der Fraktion GRÜNE in diesem Landtag, der mich außerordentlich gefreut hat. Er wurde in der Zeit der Kürzung der Regionalisierungsmittel gestellt, und dort heißt es: „Erfolgskurs des ÖPNV in Baden-Württemberg fortsetzen“.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das hätten wir gern! Fortsetzen!)

Wir waren mit der Übergabe der Zuständigkeit für den ÖPNV unter allen deutschen Ländern und Regionen am erfolgreichsten unterwegs.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Aber dann müssen Sie jetzt dranbleiben! – Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Wir waren am erfolgreichsten,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Aber Sie haben in den letzten Jahren Kürzungen vorgenommen!)

was die Investitionen, die Modernisierung des ÖPNV und was die Akzeptanz des ÖPNV und die Zuwächse bei den Fahrgastzahlen betrifft. Manche Probleme, die wir hier diskutieren, lieber Herr Haller, und die wir auch heute dank des Antrags der SPD diskutieren konnten, weisen auf den Erfolg des ÖPNV und nicht auf eine Schwäche des ÖPNV in Baden-Württemberg hin.

Wir sollten nun alle Kräfte bündeln. Anregungen sind gegeben worden, lieber Herr Kollege Scheuermann – vielen Dank; da habe ich schon einen Verbündeten für die nächsten Haushaltsberatungen –, damit wir in der Infrastruktur und in den Angeboten auf der Schiene diesen Erfolgskurs fortsetzen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wie wünschen die Antragsteller mit dem Antrag umzugehen? Wünschen Sie die Abstimmung über Abschnitt II?

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Durch Zeitablauf erledigt!)

– Danke schön. Damit ist der Antrag Drucksache 14/2191 insgesamt erledigt.

Punkt 7 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD – Überprüfung von Datenabgleichen durch den Landesdatenschutzbeauftragten – Drucksache 14/4011**

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/4216.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, keine Aussprache zu führen, sondern gleich in die Abstimmung einzutreten.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Wer dem Änderungsantrag der vier Fraktionen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist einstimmig angenommen. Damit hat sich der ursprüngliche Antrag der Fraktion der SPD erledigt.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 17. November 2008 – Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks 2006 durch die Rechnungshöfe der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz – Drucksachen 14/3570, 14/4171**

**Berichterstatter: Abg. Günther-Martin Pauli**

Meine Damen und Herren, es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

*(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)*

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Dezember 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Kinder- und Jugendmedienschutz im Bereich der Bildschirmmedien (Internet, Videospiele, Fernsehen, Handys) – Drucksachen 14/3732, 14/4173**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 15. Dezember 2008 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrages über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe – Drucksachen 14/3798, 14/4174**

**Berichterstatter: Abg. Nikolaos Sakellariou**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 8. Dezember 2008, Az.: 1 BvR 2544/08 – Verfassungsbeschwerde gegen die in das Bayerische Polizeiaufgabengesetz und das Bayerische Verfassungsschutzgesetz neu aufgenommenen Online-Durchsuchungsbefugnisse – Drucksache 14/4175**

**Berichterstatter: Abg. Rainer Stickelberger**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 2. Dezember 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2006 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Nr. 8) – Erhöhungsanträge bei Infrastrukturmaßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs – Drucksachen 14/3712, 14/4130**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 16. Dezember 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2005 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 (Nr. 7) – Elektronische Zeiterfassung bei der Landespolizei – Drucksachen 14/3782, 14/4131**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Dezember 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 (Nr. 10) – Datenverarbeitung der Polizei – Drucksachen 14/3738, 14/4133**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. Dezember 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 (Nr. 16) – Ausgaben im Zusammenhang mit Aufenthalt und Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer – Drucksachen 14/3741, 14/4134**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. Dezember 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 (Nr. 20) – Betätigungsprüfung bei einem Medienunternehmen – Drucksachen 14/3742, 14/4135**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 8. Dezember 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 6. Oktober 2006 zur Struktur der Grundbuchämter und Einführung des Elektronischen Grund-**

**buchs in Baden-Württemberg – Drucksachen 14/3767, 14/4136**

**Berichterstatter: Abg. Karl Klein**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. Dezember 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens in Deutschland – Folgerungen für Baden-Württemberg – und Denkschrift 2002 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2000 (Nr. 13) – Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf des Statistischen Landesamts – Drucksachen 14/3739, 14/4137**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 20** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 3. Dezember 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien – Drucksachen 14/3735, 14/4138**

**Berichterstatter: Abg. Ingo Rust**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 21** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Dezember 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2005 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 (Nr. 21) – Bürgschaften zur Förderung der Wirtschaft – Drucksachen 14/3721, 14/4139**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 22** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport zu der Mitteilung der Landesregierung vom 2. Dezember 2008 – 8. Bericht der „Interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen“ – Drucksachen 14/3613, 14/4123**

**Berichterstatter: Abg. Christoph Bayer**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 23** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/4097, 14/4098, 14/4099, 14/4100, 14/4101, 14/4102, 14/4103, 14/4104**

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 24** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten sowie zu Eingaben – Drucksache 14/4089**

Ebenfalls gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 22. April 2009, 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ebenfalls danke schön!)

und schließe die Sitzung.

**Schluss: 16:49 Uhr**